

DIE WELT IM GESPRÄCH



Hat das Kunstherz Zukunft?

Professor Emil Bücherl, Chefchirurg des Klinikums in Berlin-Charlottenburg, ist der erste deutsche Mediziner, der ein Kunstherz eingesetzt hat. Bücherl ist hochgerühmt und heftig geschmäht. Sind die Erfolge zu teuer erkauft? Hat das Kunstherz überhaupt Zukunft? Wie reagiert Bücherl auf die Angriffe aus der Öffentlichkeit? Wie beurteilt der Wissenschaftler den Stand der deutschen Universitäten? Wie hält der Herz-Spezialist sein eigenes Herz fit? Der Pionier aus Berlin stand der WELT Rede und Antwort.

Heute in der WELT

Ein brisantes Papier

Die Serbische Akademie der Wissenschaften hat in einem unveröffentlichten Memorandum brisante Thesen aufgestellt. Zum Beispiel: „Ein Ausweg aus der Krise ohne grundlegende Veränderungen im wirtschaftlichen und politischen System ist nicht möglich.“ Und: „Der Bund der Kommunisten (KP) lebt nur noch von seiner revolutionären Rente und ist in hohem Maße privatisiert.“ Die WELT veröffentlicht Auszüge. Seite 8

POLITIK

Polen: Namhafte Persönlichkeiten, darunter Lech Walesa, haben alle gesellschaftlichen Kräfte des Landes aufgefordert, in gemeinsamer Anstrengung die gegenwärtige Wirtschaftskrise zu überwinden. Sie bedrohe „Regierende wie Regierte“ gleichermaßen.

Demonstration: Den Ausstieg aus der Kernenergie und die Stilllegung aller Nuklearanlagen haben 15 000 Demonstranten in Hannover gefordert. Zum Schluss der Demonstration kam es zu Ausschreitungen. 15 Gewalttäter wurden festgenommen. (S. 3)

WIRTSCHAFT

Luxus: Vorbei die Zeit, da sich jede beliebige Ware, versehen mit dem Namen eines Pariser Haute Couturiers, spielend in aller Welt verkaufen ließ. Die Nachfrage nach schmeckenden und echten Luxusartikeln schrumpft. Die Stunde der Wahrheit schlägt. (S. 14)

KULTUR

Elisabeth Grümmer: Die Jugendlichkeit ihrer Stimme hatte darüber hinwegtäuscht, daß auch sie älter wurde. Das feine Timbre verriet immer wieder, daß Gesang vor allem auch eine Sache des Herzens ist. Elisabeth Grümmer ist gestorben. (S. 21)

SPORT

von Worcester (USA) das Halbfinale erreicht. Sie gewann gegen die Tschechoslowakin Helena Sukova mit 6:4 und 7:6. (S. 18)



Tennis: Bettina Bunge (Foto) aus Aschaffenburg hat bei dem mit 250 000 Dollar dotierten Turnier

AUS ALLER WELT

Amazonas: Die brasilianischen Pläne zur Erschließung der Grenzregionen des Amazonasbeckens sollten vorerst geheim bleiben, um keine übertriebenen Erwartungen zu wecken und unbegründete Furcht der Nachbarn zu vermeiden. Zunächst sollen in den Zonen nur militärische Stützpunkte entstehen. (S. 22)

Leserbriefe und Personalien Seite 10
Fernsehen Seite 11
Pankraz Seite 21
Wetter: Meist trocken und mild Seite 22

Kritik konzentriert sich auf Sandoz

SPD nimmt jetzt die deutsche Chemie-Industrie ins Visier / Töpfer: Keine neuen Gesetze

ULRICH REITZ, Bonn
Die Diskussion über die Folgen des Großbrandes bei der Schweizer Chemiefabrik Sandoz hat sich auf die deutsche parteipolitische Ebene verlagert. Dabei waren die Sozialdemokraten bemüht, die „Defizite“ bei der Informationspolitik über den Unfall, der nach Ansicht von Experten verheerende Auswirkungen auf das Ökosystem im Rhein haben wird, der Bundesregierung anzulastet. Demgegenüber erklärte die Regierung, die notwendigen Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung (kontrolliert werden) in CDU-Kreisen wird befürchtet, daß die deutsche chemische Industrie aus wahlrechtlichen Gründen von der Opposition ins Kreuzfeuer gebracht wird.

Der stellvertretende SPD-Fraktionschef Hauff zog eine Parallele zur Reaktorkatastrophe von Tschernobyl und behauptete, Umweltminister Wallmann (CDU) habe bei der Reaktorkatastrophe ebenso versagt wie ein halbes Jahr zuvor Innenminister Zimmermann (CSU) bei dem Atomunfall in der Ukraine. Die Bundesregierung habe, so Hauff, die 20 Millionen am Rhein lebenden Menschen im Stich gelassen.

Umweltminister Wallmann hatte offenbar mit einer solchen Kritik aus den Reihen der Opposition gerechnet. Er ließ bereits am Samstag über das Bundespresidium eine Erklärung verbreiten, in der nicht nur die Schweizer Regierung gegen Anwürfe in Schutz genommen, sondern auch auf die bereits auf Initiative seines Ministeriums eingeleiteten Schutzmaßnahmen verwiesen wird. Aus rheinland-pfälzischen Regierungskreisen wurde darauf hingewiesen, daß die Firma Sandoz für Unzulänglichkeiten bei der Information verantwortlich sei, nicht die Schweizer Behörden, die ihrerseits von dem Chemiekonzern schlecht informiert worden seien. Wallmann räumte allerdings ein, daß die Schweizer es „versäumt“, den internationalen Alarmplan Rhein auszulösen. Tags zuvor hatte darauf auch Regierungssprecher Ost hingewiesen.

Darauf, daß die SPD jetzt die chemische Industrie in der Bundesrepublik ins Visier nimmt, deutet eine Erklärung von SPD-Spitzenkandidat Rau hin. Er fordert die Bundesregierung auf, zu klären, ob die Sicherheitsvorkehrungen für die Produktion und Lagerung von Chemikalien ausreichend sind. Doch auch in diesem Punkt hatte Wallmann schon vorgebaut: Er teilte mit, daß er den Verband der chemischen Industrie für morgen zu einem Gespräch über die „Bewertung des Unfalls im Hinblick auf die in der Bundesrepublik Deutschland gelegenen Anlagen“ eingeladen habe.

Der rheinland-pfälzische Umweltminister Töpfer hat „kein Verständnis“ dafür, jetzt die chemische Industrie aufs Korn zu nehmen. Eine neue Chemiepaktik forderte indes schon gestern der Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND).

Mit einem Katalog von Forderungen meldete sich der stellvertretende FDP-Vorsitzende Baum zu Wort, der auf einer Präsidiumssitzung nach der niedersächsischen Kommunalwahl Anfang Oktober als Umweltminister ins Gespräch gebracht worden war. Im übrigen trat der FDP-Politiker der Behauptung Wallmanns entgegen, die Schweiz habe noch am Tag des Brandes, dem 1. November, die Bundesregierung informiert. Seine These: Es sei drei Tage später informiert worden.

Umweltminister Töpfer hat eine Prüfung angekündigt, „ob das, was in der Schweiz passiert ist, auch bei uns passieren kann“. Entsprechende Untersuchungen habe es bisher bei allen aus dem Ausland importierten Skandalen gegeben, sagte Töpfer der WELT. Zu den Forderungen aus der SPD und denen Baums sagte der CDU-Politiker: „Wer schon jetzt Reize gibt, der handelt zwar schnell, aber nicht redlich“. Töpfer kündigte an, ein Vertreter des rheinland-pfälzischen Umweltministeriums werde heute gemeinsam mit dem baden-württembergischen Umweltminister Weiser (CDU) nach Basel fahren, um sich von Sandoz über den Ablauf der Katastrophe und die bestehenden Vorkehrungen informieren zu lassen. Die Frage nach einer Verschärfung bestehender Gesetze in der Bundesrepublik „stellt sich nicht“, so Töpfer.

Nach Ansicht des CDU-Politikers müssen „wir mit Langzeitschäden rechnen“. Ein weiteres Fischsterben sei „nicht auszuschließen“, obwohl die Giftwelle bereits die Niederlande erreicht hat. Holland hat die Verbindungen zwischen dem Rhein und anderen Wasserstraßen geschlossen.

an, ein Vertreter des rheinland-pfälzischen Umweltministeriums werde heute gemeinsam mit dem baden-württembergischen Umweltminister Weiser (CDU) nach Basel fahren, um sich von Sandoz über den Ablauf der Katastrophe und die bestehenden Vorkehrungen informieren zu lassen. Die Frage nach einer Verschärfung bestehender Gesetze in der Bundesrepublik „stellt sich nicht“, so Töpfer.



Sandoz wird vorgeworfen, die Schweizer Regierung unzulänglich informiert zu haben. Aufklärer belächeln nach der Katastrophe. FOTO: DPA

DER KOMMENTAR

Hilfloses Schweigen

FRITZ WIRTH

Wenn Menschenleben auf dem Spiel stehen und wenn Regierungen notgedrungen mit Terroristen zu tun haben, kann Schweigen vorübergehend notwendig sein. Die Iran-Affäre schien ein solcher Konflikt zu sein; die US-Regierung kann immerhin die Freilassung von drei Geiseln als Rechtfertigung vorweisen.

Inzwischen jedoch hat dieses Schweigen einen Schwall von Gerüchten, Verdächtigungen und Spekulationen ausgelöst, die schweren Schaden anzurichten beginnen. Sie haben die Antiterrorpolitik der USA in Frage gestellt, die amerikanische Neutralität im Golfkrieg in Zweifel gezogen und schwere interne Spannungen bloßgelegt, die am Wochenende in Rücktrittsspekulationen um Außenminister Shultz mündeten.

Der Zeitpunkt der Schadenskontrolle - in Reinschrift: das Ende des Schweigens - ist zweifellos gekommen, zumal da dieses Schweigen zuerst von der anderen Seite durchbrochen wurde. Sie hat es lange zu einer Waffe gegen die USA gemacht.

Es zeichnet sich in dieser Affäre der alte Konflikt zwischen nobler humanitärer Rücksichtnahme und kaltem politischem Kalkül ab. Die Männer der Gewalt bedienen sich rücksichtslos dieses Dilemmas. Es geht nicht an, daß eine Weltmacht sich durch hilfloses Schweigen zur Ohn-Macht verurteilt läßt.

Israel: Haft für Atomtechniker

DW, Jerusalem

Die israelische Regierung hat gestern zugegeben, daß der Atomtechniker Mordechai Vanunu in Israel inhaftiert ist. Vanunu hatte einer britischen Zeitung erklärt, in der geheimen Versuchsanlage Dimona, in der er selbst gearbeitet hätte, würden Atomwaffen produziert. Am 30. September, kurz nach der Veröffentlichung des Berichts, war Vanunu aus London verschwunden. In einer kurzen Erklärung bespritzte Jerusalem Mutmaßungen, der israelische Geheimdienst Mossad könnte den Experten entführt und nach Israel verschleppt haben. Es wird nicht gesagt, auf welchem Weg Vanunu nach Israel gelangt ist. Es heißt dort nur, er sei von einem Gericht in Haft genommen worden. Unzutreffend seien auch Berichte, Israels damaliger Regierungschef Peres habe mit seiner britischen Kollegin Thatcher telefoniert, um dem Mossad freie Bahn zur Verschleppung Vanunus zu schaffen.

Führt Iran-Affäre zum Rücktritt von Shultz?

Spekulationen um Spannungen in der Administration wachsen

FRITZ WIRTH, Washington
Die Welle der Gerüchte über Kontakte der amerikanischen Regierung mit Iran hat gestern mit Berichten über Rücktrittsansichten des amerikanischen Außenministers Shultz ihren Höhepunkt erreicht. Shultz ist damit zu einem Opfer des selbstauferlegten und möglicherweise von iranischen Geiselnehmern aufgezwungenen Schweigens geworden.

Das Weiße Haus ist unter wachsendem Druck geraten, dieses Schweigen zu beenden. Ronald Reagan hat sich bisher mit dem Argument widersetzt, daß das Leben von sechs amerikanischen Geiseln, die in Libanon offensichtlich von Terrororganisationen festgehalten werden, die Iran nahe stehen, auf dem Spiel stehe.

Shultz erklärte nun, ihm mache die Nachrichtensperre des Weißen Hauses „keinen Spaß“ und flüchte hinzu: „Ich ziehe es vor, zu sagen, was ich über die Dinge denke.“

Es war nicht zuletzt diese Äußerung, die Gerüchte über seinen möglichen Rücktritt auslöste. Die „New York Times“ zitierte einen Beamten aus dem State Department mit der Bemerkung: „Wenn es einen Anlaß zum Rücktritt für ihn geben sollte, dann ist es dieser. Kein Thema liegt ihm so nahe wie der Kampf gegen den Terrorismus.“

Tatsächlich hat Shultz in den vergangenen Jahren wie kein anderer leitender Minister der Administration eine Politik der Härte gegenüber dem

internationalen Terrorismus gefördert. Es gibt jedoch in wachsender Zahl Hinweise darauf, daß die Regierung Geiseln in Libanon möglicherweise durch Waffenlieferungen an Iran freigekauft hat. Über das Ausmaß und den Weg dieser Lieferungen liegen keine präzisen Angaben vor.

Nach weitgehend übereinstimmenden Informationen aus der Administration ist die Initiative zur Kontaktaufnahme mit Iran direkt vom Weißen Haus ausgegangen. Sie führte im vergangenen Jahr zur Freilassung des Geistlichen Benjamin Weir, löste zugleich aber auch scharfe Proteste von Shultz und Verteidigungsminister Weinberger aus, die darauf drangen, diese Kanäle zu schließen.

Offenbar sind diese Kanäle vom Weißen Haus auf Druck der Familienangehörigen dieser Geiseln wieder geöffnet worden; wahrscheinlich mit Wissen von Shultz und Weinberger, doch ohne deren Billigung. Dabei war der inzwischen zurückgetretene Sicherheitsberater McFarlane mit mehreren Reisen nach Iran offensichtlich die Schlüsselfigur.

Hauptziel dieser Kontakte war angeblich der Versuch, die Konflikte innerhalb der iranischen Regierung zu nutzen, um größeren Einfluß auf die politischen Entscheidungen der Theras im Golfkrieg und der Anwendung von Terrormaßnahmen zu gewinnen. Die Freilassung der Geiseln sei nur ein Punkt einer wesentlichen vielschichtigeren Initiative gewesen.

Banken: Nur Vergleich rettet NH vor Konkurs

Heute treffen sich die Großgläubiger in Frankfurt

cd/DW, Frankfurt/Bonn
Von dem heutigen Treffen der 13 Großgläubiger der Neuen Heimat (NH) sowie zwei weiteren Banken mit dem neuen NH-Eigentümer Horst Schiesser in Frankfurt erhofft man sich in Bonn Aufschluß über die Zukunft des Wohnungskonzerns, nachdem es am Wochenende Spekulationen um einen bevorstehenden Zusammenbruch der NH gegeben hatte. Das Gespräch war für vergangenen Freitag geplant, dann aber verschoben worden, um Schiesser mehr Bedenkzeit zu geben.

In der Gruppe der Banken, die einen NH-Konkurs verhindern wollen, der mit großen Verlusten bei der Verwertung des Vermögens verbunden wäre, sieht man einen Vergleich als die einzig mögliche Lösung an. Dem müßte Schiesser freilich zustimmen. In Kreisen der Gläubigerbanken zweifelt man daran, daß Schiesser sein Konzept einer Fortführung der Neuen Heimat durchsetzen kann, selbst wenn unterstellt wird, daß die von ihm präsentierten Zahlen, die noch nicht vollständig nachgeprüft sind, stimmen. Ein geordneter Rückzug durch einen Vergleich sei für Schiesser schließlich nicht ehrenrührig, heißt es. Ein derartiger Vergleich setze allerdings einen erheblichen Kapitaleinschuß durch die früheren NH-Eigentümer BGAG voraus.

Eine geordnete Vergleich wird vor allem deshalb angestrebt, weil nur auf diese Weise verhindert werden kann, daß sich weitere Banken aus der NH-Finanzierung zurückziehen und damit schließlich einen Konkurs provozieren. Bislang ist für Kredite in Höhe von 317 Millionen Mark die Kündigung ausgesprochen oder angedroht worden. Zur Zeit gehen einschließlich dieser Beträge Kredite von rund zwei Milliarden Mark als „wackelig“, weil die Zahlungsmöglichkeiten von weiteren Auskünften Schiessers abhängig gemacht wurden. Bislang ist Schiesser sämtlichen Zahlungsverpflichtungen gegenüber den Gläubigerbanken der NH - mit Ausnahme der im Stillhalteabkommen geregelten - nachgekommen, so daß kein Gläubiger einen Konkurs beantragen kann.

Für einen Konkurs der Neuen Heimat gibt es nach Überzeugung des Vorsitzenden der Industriegewerkschaft Chemie, Hermann Rappe, keine Hinweise. In einem Gespräch mit dem Hamburger Nachrichtenmagazin „Spiegel“ sagte er: „Unsere Experten von der BGAG sagen, dies ist alles in Ordnung.“ Gegenteilige Behauptungen seien „Theaterdonner“, der dazu diene, den DGB in die Ecke zu drängen.

Im Zusammenhang mit dem in der vergangenen Woche beantragten Konkurs der Berliner Schiesser-Firma Atelier Berlin New Style Entertainment GmbH wird in Berlin kolportiert, Schiesser habe sich mit der Übernahme der Paachbrot-Gruppe übernommen.

Der ehemalige Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Herbert Wehner, hat sich mit „DDR“-Staats- und Parteichef Erich Honecker zu einem Gespräch in Hubertusstock am Werbellinsee getroffen.

Die Nachrichtenagentur ADN teilt mit, beide Politiker hätten einen intensiven Meinungsaustausch über die Entwicklung der internationalen Lage und aktuelle Fragen der Friedenssicherung geführt. Wehner, der in Skandinavien lebt, werde in Begleitung seiner Frau Greta Dresden und andere Orte in der „DDR“ besuchen.

Für großes Aufsehen hatte Wehner mit seinem ersten Besuch bei Honecker Ende Mai 1973 gesorgt. Damals hatten beide mit Vertretern der Volkskammer in Ost-Berlin Gespräche geführt. Es ging dabei um die Aussichten und Entwicklungen, die mit dem Inkrafttreten des Grundgesetzes zwischen Bonn und Ost-Berlin verbunden waren.

Aquino sucht in Japan um finanzielle Unterstützung nach

Tokio nennt Wünsche „unrealistisch“ / Putschgerüchte

DW, Manila/New York

Ungeachtet der anhaltenden Putschgerüchte auf den Philippinen tritt Präsidentin Corazon Aquino heute einen viertägigen Besuch in Japan an, von dem sie sich mehr politische Unterstützung und Wirtschaftshilfe in Höhe von rund 1,6 Milliarden Dollar erhofft.

Am Wochenende nahm die philippinische Staatschefin ihrem Widersacher, Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile, das Versprechen ab, dafür zu sorgen, daß während ihrer Abwesenheit „nichts geschieht“. Erst am vergangenen Freitag hatte der philippinische General Ramos die Armee seines Landes in Alarmbereitschaft versetzt, um den umlaufenden Putschgerüchten entgegen zu wirken. Der General ermahnte nach Angaben eines Sprechers in Manila hohe Offiziere, Einheit, Ordnung und Disziplin zu wahren. Zuvor hatte er der Präsidentin Aquino seine Unterstützung zugesichert. Bereits während ihrer ersten beiden Auslandsreisen nach Indonesien und Singapur sowie

in die USA hatte es Gerüchte um einen Staatsstreich gegeben. Corazon Aquinos Hilferuf an Japan wird durch das Scheitern der Umschuldungsverhandlungen mit den Gläubigerbanken noch dringender. Die Gespräche, bei denen die Philippinen eine Umschuldung von 17 Milliarden Mark erreichen wollten, waren am Freitag in New York ergebnislos abgebrochen worden.

In der japanischen Regierung wurden die Wünsche Frau Aquinos von vornherein als „unrealistisch“ bezeichnet. Gleichwohl möchte Japan, nach den USA der zweitgrößte Handelspartner und ausländische Investor des Inselstaates, die Präsidentin unterstützen, die durch den kommunistischen Widerstand zunehmend in Bedrängnis gerät.

Bei den Wirtschaftsvertretern, die enge Verbindungen zu dem ehemaligen Marcos-Regime unterhielten, dürfte Frau Aquino dagegen auf eine abwartende Haltung stoßen. Japanische Firmen hatten Marcos früher mit hohen Summen bestochen, um Aufträge aus Manila zu bekommen.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Vogel schürt

Von Enno v. Loewenstern

Während die UdSSR das Thema Goebbels-Gorbatschow herunterspielt, will Vogel es am Kochen halten. Nicht unverständlich, denn es ist Wahlkampf. Andererseits wirkt der Gegensatz im Fernsehen schon sehr seltsam zwischen einem wütend kollernden Vogel und einem gelassen lachenden Schwarnadse zum selben Thema. Bemerkungen quer durch die Medien, daß die SPD nicht sowjetischer wirken sollte als die Sowjets, sucht die Opposition durch einen kuriosen Alibi die Spitze zu nehmen: der außenpolitische Aspekt sei erledigt, in der nächsten Bundestagsitzung müsse man jedoch innenpolitische Aspekte aufarbeiten. Und was dann? Wirtschaftspolitische, kulturpolitische, bis der 25. Januar endlich vorbei ist?

Es ist nicht anzunehmen, daß Vogels verzweifelte Bemühungen zugunsten einer uns nicht wohlgesonnenen Regierung im Volk sehr großartig ankommen. Müssen die Deutschen nicht zwangsläufig fragen, in welchem Ton die SPD unablässig über einen ausländischen Staatsmann herzieht, mit dem wir befreundet sind? „High noon“, „Wildwest“ sind noch die mildesten Formeln, meist wird Reagan Friedensgefährdung unterstellt, und auch manch übler Vergleich mit unserer Vergangenheit ist schon gezogen worden. Müssen die Deutschen sich nicht auch fragen, wo Vogel war, als demokratische Politiker hierzulande mit der Vergangenheit in Beziehung gesetzt wurden – als Brandt Geißler mit Goebbels verglichen, als Lafontaine die Grundsätze Helmut Schmidts „Sekundärfugenden“ nannte, mit denen „man auch ein KZ betreiben“ könne?

Die Deutschen können Vogels Anstrengungen verkraften: den Sowjets dagegen scheinen sie eher peinlich zu sein. Das geht auch daraus hervor, daß die sowjetischen Medien den Wortlaut der Interview-Stelle nicht veröffentlicht haben. Jetzt rauschen beflissene Deutungen durch den Blätterwald, daß sie wohl keinen Entrüstungsturm im eigenen Volk auslösen wollten. Ist das so sicher? Oder wollen sie vielleicht verhindern, daß das eigene Volk auf unerwünschte Gedanken kommt?

Sie selbst sind ja nicht zimperlich im Umgang mit uns; ihr Magazin „Sputnik“ zeterie jüngst über eine „Verleumdungskampagne“ wegen Tschernobyl: „Übertrifft noch die Hetze eines Rütlers und Goebbels gegen die Sowjetunion.“ Das wurde zwar als Leserbrief präsentiert, aber Schwarnadse weiß und Vogel weiß, wie Leserbriefe in Sowjetblättern zustande kommen. Vogels künstliche Aufregung könnte zu einem echten Problem für seine Partei werden.

Wiederkehr der Leistung

Von Uwe Bahnsen

Null Bock und no future sind out, Leistung ist in – für diese Erfahrung von Pädagogen und Ausbildern in der Wirtschaft hat die Handelskammer Hamburg in diesen Tagen einen eindrucksvollen Beweis präsentiert: Noch nie haben so viele Lehrlinge an der Abschlußprüfung teilgenommen und dabei so gute Noten erzielt wie in diesem Jahr.

Die Traumnote „sehr gut“ erzielten in allen Fächern zweiundzwanzig Prozent mehr Lehrlinge als im Vorjahr. Dieses erfreuliche Resultat basiert nicht auf herabgesetzten Anforderungen, sondern auf einer deutlich gestiegenen Leistungsbereitschaft der jungen Menschen. Sie haben erkannt, daß ihre Chancen für einen sicheren Arbeitsplatz nach der Ausbildung wesentlich von einem guten Prüfungsergebnis abhängen.

Darüber hinaus wirkt sich die schulische Vorbildung aus. Mehr als die Hälfte der Jugendlichen, die eine Ausbildung beginnen, hat das achtzehnte Lebensjahr bereits vollendet, und der Anteil der Realschulabsolventen und der Abiturienten steigt von Jahr zu Jahr. Von den Kandidaten im kaufmännischen Bereich, die bei der Hamburger Handelskammer das Prüfungsergebnis „sehr gut“ erzielten, besaßen achtzig Prozent das Abitur.

Den Politikern aller Parteien, vor allem denen in der Regierungsverantwortung, sollte das alles zu denken geben. Zu Recht hat Bundeskanzler Helmut Kohl in der vergangenen Woche bei der Abschlusssitzung der CDU im Bürgerhaushalt darauf hingewiesen, daß es Aufgabe und Pflicht der Politik sei, der jungen Generation Hoffnung zu geben, Horizonte zu eröffnen und Möglichkeiten zu schaffen. Es ist zutiefst verantwortungslos, junge Menschen zu demotivieren, statt sie zur Leistung und zum konstruktiven Engagement in Staat und Gesellschaft zu befähigen.

Das sollten vor allem jene Bildungsexperten aus dem linken Spektrum erkennen, die jahrelang ihre Konfliktstrategien entwickelt und vor allem in den Schulen betrieben haben. Die Botschaft der Prüflinge, die in Hamburg mit Glanz und Gloria abgeschnitten haben, an die Adresse der Politiker lautet schlicht und klar: Wir wollen. Ihr habt dafür zu sorgen, daß wir können.

Listen-Illusion

Von Albert Müller

Es ist sicher feilkalkuliert, wenn von der neuen Arzneimittel-Preisvergleichsliste, die ab Januar in den Arztpraxen benutzt werden soll, Spareffekte in Milliardenhöhe erwartet werden.

Denn so richtig es sein mag, daß der bisher ungebrochene Ausgabenanstieg beim Medikamentenkonsum auch ein Informationsdefizit auf ärztlicher Seite zur Ursache hat, das sich mit dem Ziel größerer Wirtschaftlichkeit beheben läßt – der Arzt kann mit der Liste arbeiten. Er muß es nicht.

Doch selbst wenn der Kostenzuwachs sich abflacht – bei qualitativ unverminderter, ja verbesserter medikamentöser Versorgung der Patienten, versteht sich –, wer garantiert denn, daß als Folge davon bei den Kassen später die Kasse besser stimmt?

Es würde Umschichtungen innerhalb des Ausgabenspektrums geben, aber eine Wende im Kostentrend ist nach aller Erfahrung auszuschließen. An Steigerung sind alle Beteiligten dieser Versicherung so gewöhnt, daß sie anderes nur als Systembruch beurteilen könnten.

Gewiß, jedes Jahr eine runde Milliarde Mark mehr für Arzneien, die an Kassenpatienten gehen, muß man nicht uneingeschränkt als schicksalhaft ansehen. Und die aufgeraute Sorge um Umsetzeinbußen, wie sie in der Pharmaindustrie gehegt wird, ist zunächst wahrscheinlich so unbegründet wie eine Entlastungseuphorie bei den Krankenkassen.

Indessen könnte dem Bundesarbeitsminister Norbert Blum, der in der nächsten Legislaturperiode die Krankenversicherung insgesamt reformieren will, jetzt schon ein kleiner Fortschritt im Kostenbewußtsein Mut machen. Denn natürlich weiß er, daß einer seiner Vorgänger, Theodor Blank, bei dem gleichen Vorhaben politisch unterging.



MACNELLY / CHICAGO TRIBUNE

Tagungsort Gorki?

Von Carl Gustaf Ströhm

Die ersten Tage des Wiener Nachfolgetreffens der KSZE haben zumindest ein Ergebnis gebracht: Sie haben Theorie und Praxis, offizielle Beteuerungen und Realität auf der europäischen Sicherheits- und Zusammenarbeitsbühne deutlich hervortreten lassen. Wie bereits in Reykjavik, wurde ein Teil der westeuropäischen Öffentlichkeit auch am Vorabend des Treffens Shultz-Schwarnadse ein Opfer hochgeschraubter Medien Erwartungen und unkritischer Medienrhetorik.

Es war ein soeben aus jahrelanger sowjetischer Haft freigekehrter Bürgerrechtler, der außerhalb des offiziellen Konferenzgeschehens auf den Kern des europäischen Sicherheitsproblems zu sprechen kam. Juri Orlow sagte, die Westeuropäer müßten begreifen, daß ihre eigene Sicherheit unauflöslich mit dem Problem der Menschenrechte in der Sowjetunion verknüpft sei. Solange die Sowjetunion ihren Bürgern keine Menschenrechte gewähre, solange sie als geschlossene, totalitäre Gesellschaft existiere, könne niemand von ihr die Einhaltung vertraglich übernommener Verpflichtungen erwarten, weil die Erfüllung kaum zu kontrollieren sei.

Orlow stimmte hier auf überraschende Weise mit einigen neutralen Abrüstungsexperten überein, die aus einem ganz anderen Blickwinkel die bei der Konferenz in Stockholm jüngst erzielte ost-westliche militärische Inspektionsregelung als „Schönwetter-Regime“ bezeichneten. Und zwar deshalb, weil im Konfliktfall solche Inspektionen am allerwenigsten bei den Sowjets erzwungen werden könnten. Anders gesagt: Wenn die Beziehungen „gut“ sind und folglich ohne dies wenig zu inspizieren wäre, würden die Inspektoren zugelassen. Wenn es aber kritisch werden sollte und die Sowjetunion – sei es gegen einen Staat des eigenen Bündnisystems oder gegen neutrale oder gar NATO-Staaten – etwas im Schilde führen sollte, dürfte sie jede Inspektion verweigern.

Es wäre im Sinne westeuropäischer militärischer Sicherheit daher ein Idealfall, wenn es gelingen sollte, die Sowjetunion in eine halbwegs offene Gesellschaft zu verwandeln, in der Menschen- und Bürgerrechte wenigstens ansatzweise respektiert werden. Die Welt

könnte froh sein, wenn es in der sowjetischen Gesellschaft von heute auch nur etwas von der Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit – und Rechtssicherheit – gäbe wie im kaiserlichen Rußland vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges (wo etwa marxistische Zeitungen legal erscheinen konnten und es sogar bolschewistische Parlamentsabgeordnete gab).

Trotz aller Erklärungen über die Notwendigkeit der „Offenheit“ und Öffentlichkeit (Glasnost) durch Gorbatschow ist die heutige Sowjetunion weit davon entfernt, die in der Schlußakte von Helsinki niedergeschriebenen Menschen- und Bürgerrechte auch nur annähernd zu verwirklichen. Unter Gorbatschow hat sich (im Gegensatz zur Chruschtschow-Zeit) weder die Zahl der politischen Häftlinge nennenswert reduziert, noch wurden die Bedingungen für nonkonformistische Tätigkeit gelockert. Auch unter Gorbatschow bleibt das Sowjetimperium ein totalitärer Polizeistaat, eine Ideokratie, in der nur eine wahre Lehre gestattet und nur eine politische Richtung an der Macht ist.

Hier aber kommen wieder der innere Zustand des Systems und seine Beziehungen nach außen zusammen – und der Kreis schließt sich. Denn solange die führende Schicht oder „Klasse“ des sowjetischen Imperiums der Meinung ist, sie habe das einzig richtige Rezept für die gesamte Welt, wird sie im Inneren keine Freiheit zulassen und nach außen überall dorthin



Keine Sicherheit ohne Menschenrechte. Orlow in Wien. FOTO DPA

vorstoßen, wo sie Schwäche wittert. Sie kann deshalb den eigenen Bürgern keine Freiheit, den Vasallen kein Recht auf freie Entscheidung und der übrigen Welt keine ideologische Existenzberechtigung zubilligen. Der unablässige Kampf, den Gorbatschow etwa gegen das amerikanische Raketenabwehrsystem SDI führt, hat sein Motiv in der Erkenntnis, daß die moderne Technologie drauf und dran ist, die Sowjetunion auf dem einzigen Gebiet aus dem Feld zu schlagen, wo sie noch auf den Westen einwirken kann: in der Rüstung. Deshalb muß, von Gorbatschow aus gesehen, SDI zu Fall gebracht werden – weil andernfalls die Hegemonialstellung der Sowjetunion ins Rus-schen kommen könnte.

Nun aber ist in Wien etwas zugefallen, was nach Hegel als List der Geschichte bezeichnet werden kann. Die Sowjets mußten sich überzeugen, daß die Diskussion um die Menschenrechte im Osten immer weitere Kreise zieht. Eine Rückkehr zur Kabinettdiplomatie, wie sie vielleicht auch im Westen einige gern hätten, läßt sich nicht durchsetzen.

Gorbatschow hat nun die Flucht nach vorn angetreten und versucht, das Menschenrechtsthema auf seine Art zu besetzen. Schwarnadse Vorschlag, eine Menschenrechtskonferenz ausgerechnet in Moskau abzuhalten, war der Versuch Moskaus, den Tiger zu reiten, um nicht von ihm gefressen zu werden. Aus einigen nicht-kommunistischen Delegationen hörte man als erste Reaktion, man solle auf den Vorschlag eingehen, aber den Tagungsort nach Gorki verlegen und Andrej Sacharow zum Konferenzleiter wählen.

Vor elf Jahren hat die Sowjetunion die KSZE-Schlusssätze unterzeichnet, weil sie darin den Ersatz für den nicht zustande gekommenen Friedensvertrag mit Deutschland sah. Die Schlusssätze gah ihr die heißersehnte Anerkennung der Nachkriegsgrenzen – und, wenn man so will, auch der Teilung Europas. Es liegt eine seltsame Dialektik in der Tatsache, daß die Menschenrechtsfrage, die damals von den Sowjets als Beiwerk am Rande betrachtet wurde, nun die Teilung wieder aufheben und die garantierten Grenzen auf eine ganz andere Weise in Frage stellen könnte.

Auch wenn wirklich jahrelang nichts passiert ist ...

Welche Konsequenzen muß die Industrie aus der Rheinvergiftung ziehen? / Von Joachim Neander

Wer in diesen Tagen in heller Aufregung ans Rheinufer eilt, um das Vorbeirauschen der Giftwelle aus Richtung Basel mitzuerleben, der hat nicht viel davon gehabt. Es gab nichts zu sehen und nichts zu riechen. Auch ein Teil der Schlagzeilen der letzten Tage gibt nur unzureichend wieder, was dem Strom und damit auch denen, die in seinem Bereich leben, widerfahren ist.

Die Trinkwasserknappheit in einigen Regionen wird sich nach Aussagen der Experten vermutlich (hoffentlich) in Grenzen halten oder zu überbrücken sein. Was jetzt einzelne Wasserwerke an Einschränkungsmaßnahmen ergreifen, ist zunächst nur Vorsorge. Baden ist zu dieser Jahreszeit nicht üblich. Trinken würde die schmutzige Brühe, die der goldene Vater Rhein mit sich führt, sowieso niemand. Ein paar kräftige Hochwasser im Winter und Frühjahr können schon vieles bessern.

Der eigentliche Schaden liegt tiefer. Noch kennt keiner sein genaues Ausmaß. An einem kleinen Beispiel kann auch der Laie etwas davon erschnen. Man setze dieser Tage versuchsweise Wasserflöhe in das verseuchte, aber zuvor achtmal verdünnte Rheinwasser. Sie waren sofort tot.

Wasserflöhe aber sind die Nahrung für andere Kleintiere, dieses wiederum ist die Existenzgrundlage unter anderem für Fische. Die gesamte Nahrungskette ist zerstört. Was im Rhein jetzt noch am Leben ist, z. B. ein Großteil der Fische, wird unter Umständen Hungers sterben. Und was ein toter Fluß dieser Größe für den ganzen Naturhaushalt bedeutet – wie lange es dauern wird, bis das alles sich wieder von neuem aufbaut – das alles läßt sich gar nicht ermessen.

Und noch etwas scheint zerstört: Die jahrelangen, mühseligen, von kleinen Erfolgen gekrönten Bemühungen der Rheinanliegerstaaten, mit Hilfe gigantischer Kläranlagen, mit Medstationen, Laborschiffen, Datenaustausch und vorbildlicher Kooperation über die Grenzen hin-

weg die Folgen des Leichtsinns und der Gleichgültigkeit früherer Zeiten zu begrenzen und zu beheben. Wer will denn jetzt noch die Franzosen mahnen, die flüssige Salzfracht aus dem lothringischen Kalibergbau in Mosel und Rhein endlich zu verringern?

Ein Großbrand wie bei Sandoz in Basel wird sich nie völlig ausschließen lassen. Und auch der Umgang mit gefährlichen Giften ist in der modernen Welt unvermeidlich. Aber die großen Unternehmen verfügen heute auch über eine hochentwickelte Technik zur Bekämpfung solcher Katastrophen und zur Begrenzung des Schadens. Wenn sich die Gerichte bestätigen sollten, daß diese Möglichkeiten in Basel entweder nicht funktioniert haben oder nicht genutzt worden sind, dann tauchen einige sehr beklemmende Fragen auf.

Immer wieder hört man in den Medien den Satz von der in Umweltfragen „hoch sensibilisierten“ Bevölkerung. Aber wie paßt denn diese erstaunliche und – betrachtet

IM GESPRÄCH Robert Byrd

Das Adrenalin fließt wieder

Von Fritz Wirth

Sechs Jahre lang saß Robert Byrd im Senat wie ein Hausherren, der im eigenen Hause zum Untermieter geworden war: unbequem und leicht beleidigt. Seit der Kongreßwahl des letzten Dienstag ist ein aufgeräumter, redseliger, selbstbewußter älterer Herr zu beobachten, der in der nächsten Woche neunundsechzig wird, dem sich aber ein Jungbrunnen eröffnet hat. „Das Adrenalin fließt wieder“, sagt er fröhlich. Der Grund: Robert Byrd ist wieder Herr im eigenen Hause, Mehrheitsführer, und damit während der nächsten zwei Jahre einer der wichtigsten Männer der amerikanischen Politik.

Viele Jahre lang hatten die Demokraten das Amt des Mehrheitsführers im Senat als eine selbstverständliche Prämie verstanden, bis Reagan sie 1980 zur Minderheitspartei machte. Für Robert Byrd, der bereits von 1977 bis 1980 den Senat geleitet hatte, waren die folgenden sechs Jahre eine Demütigung. Sein Verhältnis zum republikanischen Mehrheitsführer Dole war gespannt, sein Einfluß in der eigenen Partei gering.

Seine Rückkehr zum Chefmanagers des Senats ist für ihn Höhepunkt und zugleich Abschluß seiner Karriere. Ehrgeiz zu noch höheren politischen Zielen existiert nicht, denn niemand kennt die Grenzen des Robert Byrd besser als Robert Byrd selbst. Er war niemals ein glanzvoller Redner oder ein großer Strategist. Sein Aufstieg ist das Ergebnis harter Arbeit, seines unerschütterlichen Willens, seines schlagbaren Wissens um parlamentarische Prozeduren und seines Hangs zum Detail.

Er war zeit seines Lebens der große Meister der kleinen Gesten, der selbst minimale Leistungen und mittelmächtige Reden seiner Kollegen im Senat oft mit kleinen geschriebenen Glückwünschen versah, sich um das Wohlbefinden seiner Fraktionskollegen kümmerte und sich nicht zu schade war, ihnen in später Nacht ein Taxi zu besorgen. Er war stets der fürsorgliche Hausmeister der Demokraten, und das zahlte sich aus.

Zuerst 1971, als er Edward Kennedy das Amt des Fraktions-Geschäftsführers streitig machte. Dann 1976, als er Hubert Humphrey im Kampf um das Amt des Senatsführers besiegte. Er setzt auch am 20. November auf diesen Bonus, wenn er sich von seinen 54 Senatskollegen gegen den



Verspricht Reagan Zusammenarbeit: Byrd. FOTO CAMERA PRESS

Herausforderer Bennett Johnston in geheimer Wahl im Amt des Mehrheitsführers bestätigen lassen muß. „Die Stimmen sind schon im Sack“, sagt er zuversichtlich. Byrd hat nie in seinem Leben eine Wahl verloren, so der er sich stellte.

Sein Aufstieg zu politischer Macht basiert auf einer soliden Grundlage: daheim, wo er sich nach Jugendsünden (er war einst Mitglied des Ku Klux Klan, bis er 1945 diese Organisation verließ) zielstrebig eine politische Hausmacht aufbaute, die ihn seit zwanzig Jahren zum mächtigsten Politiker in West Virginia machte. Eine seiner Techniken: Er hat in seinem Büro eine Liste mit Tausenden Namen wichtiger und einflussreicher Wähler in West Virginia, die er regelmäßig per Telefon aus dem Senat heraus informiert und um ihre Meinung befragt. Ob er in den kommenden zwei Jahren zum großen politischen Herausforderer Reagans und zur Symbolfigur neugewonnener politischer Macht der Demokraten wird, darf bezweifelt werden. Er hat in seinen bisherigen Ämtern Kooperation und Goodwill versprochen.

Sein Hauptproblem in den kommenden zwei Jahren wird jedoch sein, nicht Ronald Reagan, sondern die unruhigen und kampflustigen Kräfte in seiner Fraktion im Schach zu halten. So gesehen, hat sich für Robert Byrd am letzten Dienstag möglicherweise nicht viel verändert. Er wird vermutlich im Senat ein Untermieter der Macht bleiben.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BERLINER MORGENPOST

Die greift Probleme im Schlesier-Bereich auf.

Horst Schiesser muß den Überblick verloren haben. Nur so ist das Hickhack um seine Video-Firma „Atelier Berlin“ zu erklären. Da wird Konkurs angemeldet, der zwei Tage später wieder zurückgezogen wird. In dieser Zeit muß dem neuen Eigentümer der Neuen Heimat klar geworden sein, daß eine Platte in seinem Imperium von rund 40 Firmen das ganze Gebäude des von den Gewerkschaften übernommenen Wohnungskonzerns einreißen könnte. Schiessers Schicksal als Unternehmer hängt jetzt ganz an der Neuen Heimat. In seinem Reich kann er nicht mehr waten wie in früheren Zeiten. Er wird genau beobachtet.

LIBERATION

Es sind Äußerungen, die die US-Zeitung „Washington Times“ dem französischen Premierminister Chirac im Zusammenhang mit dem veränderten Attentat auf die „El Al“-Flugzeug in London zugeschrieben hat (der französische Geheimdienst sei der wahre Urheber), meißelt die Partner-Zeitung:

Diese bereits von dem syrischen Präsidenten Hafez Al Assad untermauerte These war bisher von keinem europäischen Politiker aufgenommen worden. Nichtsdestoweniger

ger war sie in unterschiedlichen Versionen zumindest als Hypothese in „gutinformierten Kreisen“ verschiedener europäischer Hauptstädte im Umlauf. Was ist von diesen Behauptungen zu halten? Sollten sie dazu dienen, die Kompromisse derjenigen zu rechtfertigen, denen es einzig und allein um die Wahrung ihrer eigenen Interessen geht? Hat Frankreich nicht auch ein Recht auf seine Restpolitik? Dann sollte man aber auch klar sagen, um welche Politik es genau geht und warum sie verfolgt wird.

WESTFALENPOST

Das Hamburger Blatt greift eine Forderung des öffentlichen Dienstes auf:

Warum wollen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes nicht in den Vorratshaus? Gerade sie müßten sich doch angesichts der vielfältigen Forderungen nach ausgeweiteten Stellenplänen wegen Arbeitsüberlastung besonders nach einem Ruhestand sehnen. In den Amtsstuben würden so viele Arbeitsplätze frei, in die junge Arbeitslose nachrücken könnten. Statt dessen wird die illusorische Forderung nach vollem Gehaltsausgleich bei vorzeitiger Rente gestellt. Gleiches Geld auch ohne Arbeit – ein Schlag ins Gesicht aller Arbeitslosen, die liebend gern für weniger als die üppige Alterssicherung im öffentlichen Dienst arbeiten würden.

سنة ١٤٠٧ هـ

Die Vermummten kommen mit „Feuer und Flamme“

Zerbrochene Schaufenster, beschädigte Autos, ein geplündertes Supermarkt, verletzte Polizisten, 15 Festnahmen, 136 beschlagnahmte Waffen oder waffenähnliche Gegenstände – Begleiterscheinungen einer Demonstration gegen die Hanauer Nuklearkentrale.

Von CHRISTIAN GEYER

Auf der Holztribüne ist die Attrappe eines Strommastes aufgebaut. Dieter Schöffmann von der Demonstrationsleitung wirft einen Blick auf die wartende Menge, umklammert das Mikrofon mit beiden Händen und kündigt eine „Besonderheit der Autonomen“ an. Zwei vermummte Gestalten steigen auf die Bühne, zünden eine Sprengladung, der Mast knickt krachend ein.

Applaus und Jubelrufe von vielen der Demonstranten, die sich aus allen Teilen der Bundesrepublik auf dem Hanauer Kurt-Baum-Platz eingefunden haben. Nach Angaben der Polizei sind es 12.000 Kernkraftgegner, die hier und vor den Toren der Hanauer Nuklearkentrale Nukern und Alkern für die „sofortige Abschaltung aller Atomkraftanlagen“ demonstrieren. Die Veranstalter nennen die doppelte Zahl. Mehr als hundert Gruppierungen sind vertreten, vom Bundesverband der Grünen bis zum „Libertären Forum Aschaffenburg“. 3500 Polizisten, auch aus benachbarten Bundesländern, machen an diesem Samstag in Hanau Dienst.

In den vergangenen Tagen wurde viel darüber spekuliert, ob diese Demonstration friedlich verlaufen oder in Randalen enden würde. Ihr Auftakt ließ letzteres erwarten. Nach der praktischen Anschauung zum Thema „Wie zerstöre ich einen Strommast?“ lieferte eine Vertreterin der Autonomen die Theorie für diese „Fallstudie“. Als sie den ersten Satz ihres Manuskripts vorliest, zittern ihr noch leicht die Hände. „Strommasten der Atomkraft zu kippen, ist ein legitimes Mittel des Widerstands.“

Danach läßt sich die junge Frau mit den weißen Turnschuhen ihre Nervosität nicht mehr anmerken. „Gute Flugblätter sind wichtig wie die Löcher im Wackersdorfer Bauzoo“, führt sie mit fester Stimme fort. „Informationsveranstaltungen sind so nötig wie das Abrennen von Batmaschinen und Planungsbüros.“

Ihr offenes Bekenntnis zur Gewalt stößt weder bei den Veranstaltern

auf Protest. Ungehindert kann sie die drei Schreibmaschinenseiten vorlesen, hin und wieder vom Applaus der Menge unterbrochen. Sie beschwört den „Druck der Straße“, will sich die Widerstandsformen nicht „von herrschenden Gesetzen“ vorschreiben lassen. „Die Wahl der Mittel richtet sich vielmehr nach unseren eigenen moralischen und politischen Kriterien.“ Ähnlich freimütig wie über die moralischen Vorstellungen der Autonomen spricht die junge Frau über ihr ästhetisches Empfinden. Eine „starke Faszination“ gebe von den Bildern umgelegter Strommasten aus, wie sie unter dem Gejohle einiger Punker versichert.

„Die Wut in unseren Herzen wird zum Feuer in den Fabriken, Palästen und Wohlstandsnestern des Imperialismus.“ Die Vertreterin der Autonomen hat ihre Rede beendet. Und es sind längst nicht nur die Punker, die jetzt ihre Transparente abstellen, um die Hände zum Klatschen frei zu haben.

Dieter Schöffmann vom Organisationskomitee beendet die Auftakt-Kundgebung am Kurt-Baum-Platz und ruft zum Marsch auf das Betriebsgelände der Alkern/Nukern auf. An der Spitze des Zuges, gleich hinter dem Hanauer Anti-AKW-Initiativen sollen sich die Autonomen formieren. Die meisten von ihnen sind vermummt, tragen schwarze Kleidung, viele haben sich die Haare gefärbt.

Ihre Transparente zeigen umgesetzte Strommasten mit Aufschriften wie: „Was machst du mit der Säge, sprich!“ oder „Der größte Zuhälter ist der Staat. Frauen, zerschlagt das Patriarchat!“ Immer wieder scheren einzelne aus ihren Reihen und sprühen auf Hauswände die Losung: „Alle Tage Sabotage“. Quer über Fenster und Mauern der Staatlichen Zeichenakademie in der Stresemannstraße steht schwarz gedruckt: „Haut drauf, Vermummte dieser Erde“. Viele Hanauer Bürger haben zum Schutz ihrer Fenster die Rolläden runtergelassen, andere wagen hin und wieder hinter der Gardine einen verstohlenen Blick. Die wenigen, die den Straßenrand säumen, werden mit dem Slogan „Bürger, laßt das Glatzen sein!“ in ihre Häuser verwiesen.

Als der Zug die amerikanische Pioneer-Kaserne passiert, fliegen die ersten Steine. Eilige Fenster werden zu Bruch. Die Militärgebäude gehen mit Steinen, Farbbehältern und Leuchtraketen beschossen, auch Polizeibeamte kommen nicht ungeschoren davon. Drei von ihnen erleiden Verletzungen durch Steinwürfe.

Eine Gruppe Vermummter greift einen Kripo-Beamten in Zivil an und entwendet ihm Dienstwaffe und Ausweis.

Es bleibt das Interpretations-Gehemnis der Polizei, warum sie nach ähnlichen Übergriffen auf die Gebäude der Nuklearkentrale Alkern/Nukern zunächst noch immer von einer „weitgehend friedlichen Demonstration“ ohne nennenswerte Zwischenfälle“ spricht. Nukern beziffert seinen Schaden auf 20.000 Mark. Die Demonstrationsredner setzen alles daran, die gewalttätigen Autonomen als ebenbürtige Partner ins „Bündnis“ der westdeutschen Kernkraftgegner zu integrieren. Der als „Arzt, Historiker und Genosse“ vorgestellte Karl Heinz Roth ruft zum „Respekt“ vor den unterschiedlichen Vorgehensweisen der einzelnen Initiativen auf. Er selbst gehöre dem „autonomen Spektrum“ an und glaube, daß die „gesetzlose Atommafia nur durch Gegen-Gewalt“ bekämpft werden könne.

Auch Zukunftsforscher Robert Jungk reißt sich mit seinem „Großwort aus Österreich“ ein. „Gewaltlos oder militant – Hauptsache Widerstand“, ruft er der Menge vor den Toren der Hanauer Nuklearkentrale zu. „2500 Mitarbeiter stehen zu ihrem Arbeitsplatz“, ist auf dem großen Transparent an dem Nukern-Gebäude zu lesen, das wegen der Demonstration noch mit einem zweiten Zaun gesichert wurde. Der Zukunftsforscher spricht von den Arbeitsplätzen als „Todesplätzen“ und beschwört die „Aktionseinheit“ der alten und der neuen Anti-AKW-Bewegung nach Tschernobyl.

„Ob wir nun Gewaltfreie oder Militante sind, wir lassen uns nicht trennen“, sagt Jungk, während die Autonomen Steine, Bierflaschen und Brandsätze gegen die Fensterscheiben werfen. „Gewaltlos oder militant – Hauptsache Widerstand!“ Die Parole gehört von nun an zum Kodex der Anti-AKW-Bewegung nach Tschernobyl. So darf sich auch jeder von den Hanauer Demonstranten angesprochen fühlen, als Jungk seine Rede mit den Worten beendet: „Macht kaputt, was euch kaputt macht!“

Es vergeht keine halbe Stunde, da beginnen einige der Autonomen erneut zu randalieren. Die Polizei steht zum Teil in unmittelbarer Nähe der Übergriffe, scheint aber zunächst nichts zu bemerken. Der „militante Kern“ von etwa 200 vermummten Gestalten plündert einen Supermarkt, demoliert zwei Autogeschäfte und eine Tankstelle und schlägt in der Innenstadt zahlreiche Fenster zu Bruch. Immer wieder rufen die Autonomen während der Übergriffe: „Feuer und Flamme für diesen Staat!“

Die Demonstrationsleitung fährt mit ihrem weißen Lautsprecherwagen durch die Innenstadt und erklärt die Kundgebung für beendet. Als der Wagen bei Degussa vorbeifährt, klirren dort die Scheiben. Doch aus keinem Lautsprecher kommt ein Aufruf zur Gewaltlosigkeit.



Eine der Demonstrationen: Vermummte demolieren in Hanau Schaufenster mit Steinen. FOTO: DPA

Ein blutiger Brückenschlag

Von KLAUS J. SCHWEHN

Es sind nicht allein tektonisch heikle Gefilde – Skylla, Charybdis, die Meerenge zwischen dem italienischen Sizilien und dem griechischen Festland. Strudel, Stürme, vulkanische Beben – schon Odysseus wußte ein Lied davon zu singen. Das aber ist nur eine Seite der Medaille: Eruptionen anderer Qualität gibt es dort seit Anfang dieses Jahres, als endgültig entschieden war, daß mit einem Kostenaufwand von 7,5 Milliarden Mark bis spätestens zur Jahrtausendwende eine gewaltige Hängebrücke die Straße von Messina überqueren soll.

Der Krieg der Unterwelt um die Gelder für das Großprojekt ist ausgebrochen, den nicht nur der sizilianische Richter Franco Provedente schon vor Jahresfrist vorausgesagt hatte: „Der Ansturm der Mafia auf den Geldsegen steht doch so fest wie das Amen in der Kirche.“ Doch diese Worte wurden genauso verdrängt wie die blutigen Tatsachen heute: „Es gibt nur einen möglichen Vergleich, es ist wie in den 30er Jahren. Aber nicht in Chicago, sondern in Reggio Calabria“, klagt hilflos der Bürgermeister der Stadt, Giuseppe Mallamo, nach einer Sonder Sitzung des Gemeinderats zum Thema Gewalt in der Stadt und in der Region.

Unter den 160.000 Einwohnern der Stadt wie im gesamten Umfeld geht die Angst um. 36 Tote gab es seit Jahresanfang im Stadtgebiet, 88 in der Region. Es sind Opfer der „ndrangheta“, mafia-ähnlicher Orga-

nisationen, die in Europas Armenhaus Kalabrien ihr Unwesen treiben. 19 von der Polizei erkannte Familienclans bekämpfen sich in diesen Wochen und Monaten nicht um die Vorherrschaft im Drogen- und Waffenhandel oder bei Erpressungen. Die Cindello, Gallico, Parrillo, Di Stefano oder Piccolo liefern sich einen Krieg um Bauaufträge. Nach den Ermittlungen der Polizei gibt es praktisch kein Bauunternehmen in der Provinz, das nicht von der „ndrangheta“ infiltriert ist.

Anders aber als in Sizilien, wo die Mafia in einer streng hierarchisch aufgebauten Organisation arbeitet, wo Feinden durch Absprachen unter den Bossen meist in relativ kurzer Zeit „zum gemeinsamen Wohl“ beigelegt werden, kämpfen die Banden in Kalabrien bis aufs Messer gegeneinander. Jeder Clan operiert für sich und muß sein Einflußgebiet laufend mit Gewalt gegen die Konkurrenz verteidigen.

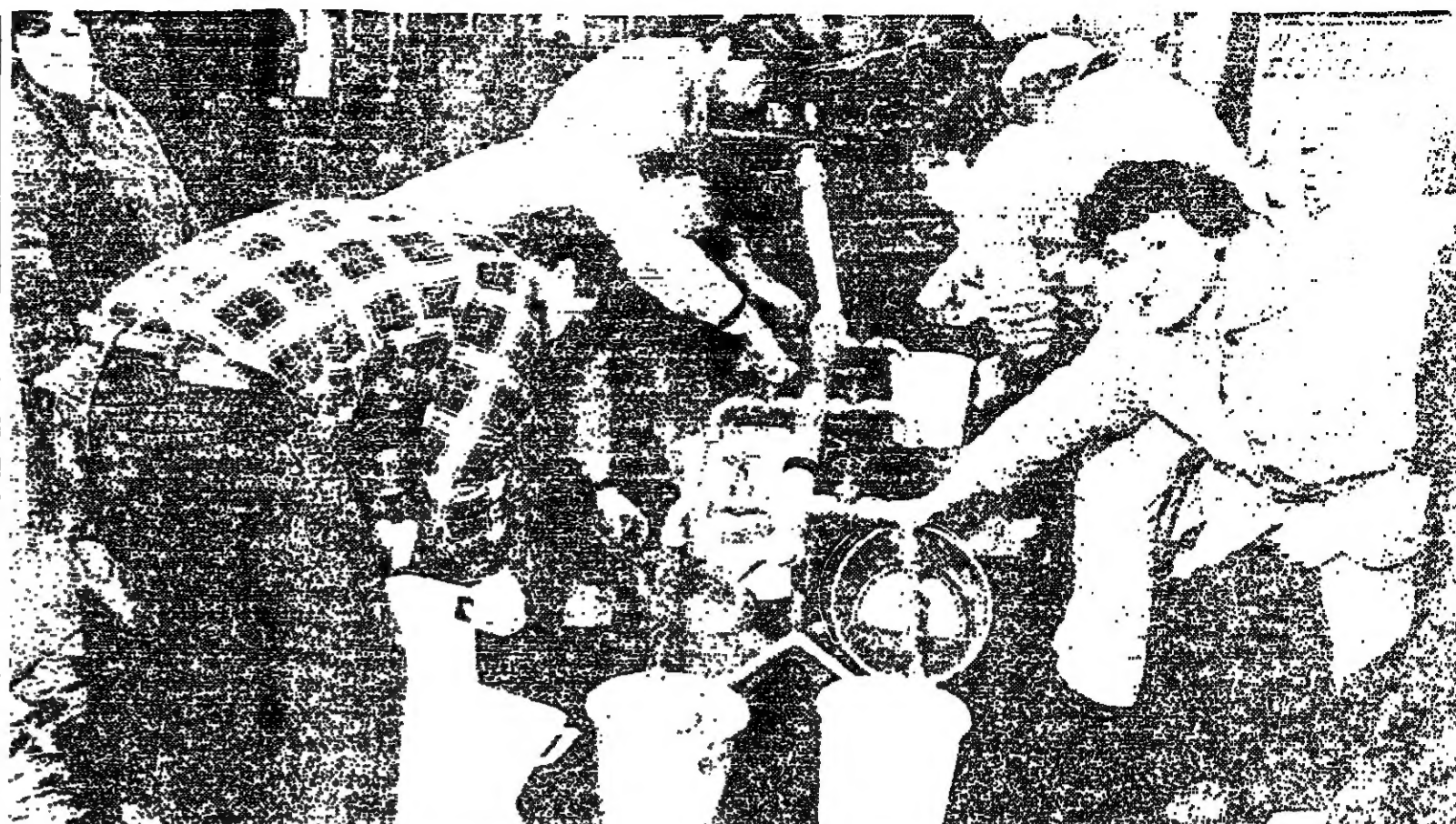
Dazu zählt jetzt die Vorherrschaft über die Bauunternehmen. Sie müssen ihre Arbeiten mit Material und Personal ausführen, das von der Unterwelt gestellt und kontrolliert wird, bei der Vergabe öffentlicher Bauaufträge werden Strommänner vorge-schickt. Ist der Zuschlag gegeben, geht die Rangelist blutig weiter.

Dabei hatte alles so festlich und so harmonisch begonnen. Einen Tag vor Weihnachten vergangenen Jahres hatte Bettino Craxi mit einer Zeremonie im „Saal der Seerepubliken“ des römischen Palazzo Chigi, dem Amtssitz des italienischen Ministerpräsi-

denten, höchst offiziell eine Konvention zum Bau der Landverbindung zwischen Sizilien und dem Kontinent unterzeichnet.

Nach der Prüfung von mehr als 150 Projekten zur Überwindung dieses Bermuda-Dreiecks der Antike hatten sich die Manager des durch Regierungsbeschluß gegründeten staatlichen Konsortiums „Ponte di Messina“ gegen alle Pläne für einen Tunnel unter dem bis zu 300 Meter tiefen, häufig von Seebeben erschütterten Meeresboden ausgesprochen. Statt dessen entschied man sich für einen 3300 Meter langen Brückenbogen, der von 400 Meter hohen Stahlmasten in Ufernähe gehalten werden soll. Hier wird technisch riskantes Neuland beschritten: Die bislang längste Hängebrücke der Welt, die New Yorker Verrazzano-Brücke, hat „nur“ knapp 1300 Meter Spannweite.

Als vor 15 Jahren die technische Fata Morgana greifbare Formen annahm, schrieb die italienische Zeitung „La Stampa“, „Dank dieser Brücke ist Sizilien bald keine Insel mehr – ein Nutzen für die ganze Nation.“ Die Konjunktur in dieser ärmlichen Region soll angekurbelt werden, aber die Mafia oder mafia-ähnliche Organisationen beginnen für sich mit der Verteilung des Kuchens. Zunächst fließt Blut statt Geld. Vielleicht hatte der prominente Süditalien-Politiker in Craxis sozialistische Partei, Giacomo Mancini, doch recht, als er auf Gegenkurs zum Großprojekt ging und vor einer nutzlosen „Kathedrale in der Wüste des italienischen Hinterhofs“ warnte.



„Ausnahmezustand“ in Unkel: Auf dem Marktplatz der kleinen Stadt bei Bonn holen sich die Bewohner ihr Wasser von der Feuerwehr. FOTO: KORNEJA DANETZKY

Die lange Spur des Gifts im Rhein

Eine zweite Giftwelle wälzt sich nach dem Brand im Baseler Chemiewerk Sandoz den Rhein hinunter. Schon die erste hat regional unterschiedlich – ihre Katastrophenspur hinterlassen. Auf Sandoz scheint nun eine Prozeß-Lawine zuzurollen.

Schauplatz Niederlande: In der Nacht zum Sonntag hat die inzwischen 200 Kilometer lange Giftwelle des Flusses die deutsch-niederländische Grenze bei Emmerich/Lobith erreicht. Das niederländische „Krisenzentrum Rhein“ unter Leitung des Ministeriums für Verkehr und Wasserbau versucht mit einem ganzen Bündel von Maßnahmen den Schaden für Mensch und Umwelt zu begrenzen. „Wir sind rund um die Uhr im Einsatz“, sagte Teunis Sprong, leitender Beamter der Krisenzentrale am Sonntag gegenüber der WELT. „Wir versuchen alles Menschensögliche, die Giftwelle des Flusses so schnell wie es nur irgend- wie geht in die Nordsee abfließen zu lassen.“

Zu diesem Zweck haben die Niederländer bereits am Samstag sämtliche Schleusen-Verbindungen der beiden Rhein-Mündungsarme Waal und Niederrhein, die Verbindungen zu den übrigen Flüssen und Kanälen des Landes haben, geschlossen. Damit soll verhindert werden, daß die Giftwelle sich auch auf diese Gewässer ausbreitet. Außerdem wurden alle Landwirte angewiesen, ihre Kühe von den an den Ufern der Mündungsarme gelegenen Weiden zu nehmen. Ein absolutes Fischfangverbot für alle Binnengewässer wurde erlassen. Selbst den Industrie-Unternehmen, die Kühlwasser aus den Flußläufen des Rheindeltas gewinnen, wurde diese Wasserentnahme für zunächst zwei Tage untersagt.

Es berichten: Helmut Hatzel, Helmut Brosser, Christian Geyer und Harald Günter

So lange wird es nach Ansicht der Krisenzentrale mindestens dauern, bis die erste Kontaminationswelle in die Nordsee abgefließen sein wird. „Nur, die zweite Giftwelle, die am Freitag in Basel bei Sandoz ausgelöst wurde, die bereits jetzt noch großes Kopfzerbrechen“, meinte Teunis Sprong. „Wir wissen bisher noch nicht, wann sie hier ankommen wird und welche chemischen Stoffe sie mitführt.“

Erste Analysen haben am Sonntag in Holland ergeben, daß der gemessene Kontaminationsgrad des Rheinwassers „sich noch immer auf dem Niveau der in Düsseldorf gemessenen Werte befindet“, erklärt Sprong die Lage. Die Quecksilberwerte im Rhein seien fünfmal so hoch wie normal. „Dennoch wird es hierzulande wahrscheinlich kein großes Fischsterben mehr geben. Die Klein- und Kleinstlebewesen des Rheins aber – wie etwa Wasserflöhe – werden die Giftkatastrophe nicht überleben“, meint Sprong.

Große Sorge bereitet den Niederländern in erster Linie ein Arm des Niederrheins, der als Fließkanal zwischen dem Rhein und der IJssel fließt. Dieser Wasserweg nämlich kann durch Schleusen nicht völlig abgeriegelt werden. Daher ist es unvermeidlich, daß Teile des Gifts ins IJsselmeer strömen werden. Das IJsselmeer jedoch ist das größte Trinkwasser-Reservoir des Landes. Zusammen mit dem aus dem Rhein gewonnenen Trinkwasser (etwa 25 Prozent des gesamten Verbrauchs des Landes), dessen Entnahme jetzt für mindestens vier Tage gestoppt wurde, versorgen die Wasservorräte des IJsselmeers fast die gesamten 14 Millionen Einwohner der Niederlande.

Empörung über dieses „Tschernobyl des Rheins“ – wie die Umweltekatastrophe in Holland bereits genannt wird – macht sich bisher vor allem bei

den Fischern breit. Ein Sprecher des niederländischen Fischereibundes erklärte: „Die Volksgesundheit ist in Gefahr.“ Er kündigte außerdem an, daß man den Schweizer Chemiekonzern Sandoz auf Schadenersatz verklagen werde.

Die zuständige Haager Ministerin Neelie Smit-Kroes hat inzwischen angekündigt, daß ihre Regierung wegen der nachlässigen Schweizer Informationspolitik und Vorsorge-Maßnahmen nicht nur in Bern offiziell protestieren, sondern auch bei allen Rhein-Anrainerstaaten in Kürze vorsehen werde. Ihre Forderung lautet: Strengere und kontrollierbare Auflagen für alle chemischen Betriebe, die entlang des Rheins Produktionsstätten haben. „Wir werden hier unachgiebig sein“, sagte die Ministerin in einem Radio-Interview.

Niederrhein

Ohne sichtbare Folgen passierte am Wochenende die Giftwasserwelle Nordrhein-Westfalen. Zahlreiche Spaziergänger, die zum Beispiel in Düsseldorf ein sonniges Herbstwochenende an die Uferwiesen des Rheins gelockt hatte, suchten vergeblich nach Spuren der Umweltkatastrophe, fanden keine Fischkadaver in den trüben Wasserfluten.

Doch die These, die hinterher an manchen Theken der nahen Altstadt zu hören war, man sei wieder einmal das Opfer von Panikmache geworden, war wohl genau so falsch wie



Am Unglücksort: Eine Mauer soll weitere Schadstoffe abhalten. FOTO: DPA

libereitige Alarmanmeldungen, in denen vor Trinkwasser, Ausflügen an den Rhein und Bootsfahrten auf dem Fluß gewarnt worden war.

Die hochgiftigen Substanzen, die mit Löschwasser in den Strom gegossen worden waren, zeigten am Niederrhein nicht so schnell ihre katastrophale Wirkung wie am jetzt „ökologisch toten“ Oberrhein. Zwar wurde durch die Wassermassen von Niek, Main und Mosel die Giftwelle unterhalb Mannheims und ab Koblenz stark verdünnt, was zum Beispiel den Aalen in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen das traurige Schicksal ihrer Artgenossen in Baden-Württemberg ersparte. Aber die für das Ökosystem des Rheins lebenswichtigen Kleinkrebse werden, nach Ansicht aller Fachleute, die den chemischen Angriff nicht überleben.

Die bei Sandoz produzierten Herbizide, Insektizide und Pestizide sind schließlich in der Landwirtschaft erwünschte Schädlingskiller, die jetzt aber im Rheinwasser zu tödlichen Bedrohungen für alle jene Wasserflöhe, Wasserasseln, Fliegen- und Mückenlarven sowie Kleinkrebse werden, die in ihrer Struktur Pflanzenschädlingen sehr ähnlich. Die Vergiftung dieser unerlässlichen Fischnährtiere bedroht deswegen langfristig nicht nur den in den vergangenen Jahren erfreulich gestiegenen Fischbestand im Rhein, sondern schwächt auch ge-

fährlich das Selbstreinigungsvermögen des Flusses, der ohne die mikroskopischen kleinen „Wasserpollizisten“ jetzt den vielen Abwässern wesentlich hilfloser ausgesetzt ist. Der Düsseldorf-Umweltminister Klaus Mathiesen sprach deswegen gestern von einem „schweren Rückschlag für die jahrelangen Bemühungen um eine Verbesserung der Rheinwasserqualität“.

Der Minister wird wahrscheinlich heute Entwarnung geben, nachdem die Giftwasserwelle nach Holland geschwappt ist. Die rheinischen Grundwasserbrunnen, die bereits am 5. November vorsorglich geschlossen wurden, werden dann wieder geöffnet werden können.

Auch die Kölner- und Alt-Bierbrauer, die ab Freitag ihre Brunnen in Rheinnähe stilllegen und auf ihre typischen Faß-Reserven zurückgreifen, können dann wieder zur Routine zurückkehren und vielleicht wie viele andere Betroffene an mühselige Schadenersatz-Prozesse durch viele internationale Justizinstanzen denken. Aber diese Entwarnung für die Menschen am Rhein bedeutet keinesfalls eine Entwarnung für den Strom.

Mittelrhein

„Volksaufstand“ auf dem Marktplatz von Unkel. In dem kleinen Ort 20 Kilometer südlich von Bonn stehen die Menschen um einen Anhänger der Freiwilligen Feuerwehr, auf dem ein großer Wassersack liegt. Die acht Zaphöhne geben nur spärlich Wasser. Aber verglichen mit den trockenen Wasserhähnen in den Haushalten ist es für die Bevölkerung ein Segen.

Resi Bungarten (47) stellt ihren roten Wassereimer auf das Kopfsteinpflaster und verschluckt. Sie konnte nur einen Eimer zum Wasserholen mitbringen: „Denn mit der anderen Hand muß ich noch einen Kuchen tragen, den ich gleich kaufen werde.“ Kurz bevor das Wasserwerk am Freitag um 10.30 Uhr die Pumpen aus Vorsicht abschaltete, weil die Brunnen sehr nahe am Rhein liegen, hat Frau Bungarten noch rasch ihre Badewanne und zahlreiche Töpfe voll Wasser laufen lassen.

Beim Wasserzapfen ist ihr der Feuerwehrmann Dieter Jammel (37) behilflich. Er ist auch an diesem Sonntag pausenlos unterwegs, um eine der vier Zapfstellen in Unkel mit Wasser aus dem Nachbarort zu beliefern. Heute hat er noch mehr Andrang als gestern, als der Supermarkt noch geöffnet hatte. Dort fand das Mineralwasser-reißende Absatz.

Beim „Friseursalon Irene“ schaut die Besitzerin, Frau Florian-Schädel (47), aus dem mit Blumen geschmückten Fenster des Fachwerkhauses. Beim Haarewaschen greift sie häufig noch gewohnheitsmäßig zum Wasserhahn. Erst dann bemerkt sie sich auf die ungewöhnliche Situation und schüttet ihren Kunden mit einem Becher das Wasser über den Kopf. Eine für Samstag morgen bestellte Kundin erkundigte sich erst einmal telefonisch nach der Wasserversorgung beim Haarewaschen. „Sie befürchtete, daß sie den Kopf in einen Eimer stecken müßte. Aber das mußte natürlich niemandem zur“, sagt Frau Florian-Schädel. Ihr Mann findet es ganz gut, einmal „Verzicht üben zu müssen“. „Wir sind es so gewöhnt, alles nach Wunsch zu haben, da ist so eine Situation gar nicht so schlecht.“

Besonders betroffen ist die Gastronomie. Fritz Knappe (50) fürchtet, schon bald sein Hotel „Unkelhof“ schließen zu müssen. „Hotelgäste haben wir ohnehin nicht mehr. Wie sollen sie die Toilette benutzen können?“ Aber auch für die Restaurant-Gäste sieht er schwarz. Sein Hauptproblem ist das Spülen.

Auch Bürgermeister Werner Zimmermann (42) ist unter den Leuten, die sich auf dem Marktplatz von Unkel in die Schlange der Wasserholer einreihen. Er lobt die „große Disziplin“, mit der die Unkelser sich auf die

neue Situation eingestellt haben. Doch manch einer der Einwohner hat bereits die Nase voll. Die Schülerin Marion Füllenbach (17) findet „das alles nicht mehr lustig“. Sie beklagt die sich teilweise widersprechenden Informationen über die Dauer des „Ausnahmezustands“. Die Feuerwehr habe erst von einem Tag gesprochen, im Fernsehen sei von zwei bis drei Tagen die Rede gewesen und im Radio sei sogar von drei Monaten gesprochen worden. „Da finde ich noch einer zurecht“, klagt sie.

In Unkel sei man schon so manche Unbill gewohnt, meint Pfarrer Bruno Wegener (53). Jährlich einmal gebe es Hochwasser, alle zehn Jahre stehe der halbe Ort unter Wasser. Der Pfarrer ist zuversichtlich: „Die Unkelser sind ein gelassenes Völkchen.“

Oberrhein

Ein Unglück kommt selten allein. Sechs Tage nach dem folgenschweren Lagerhausbrand der Firma Sandoz in Basel, bei dem rund 1300 Tonnen Löschwasser mit zum Teil hochgefährlichen Schadstoffen in den Oberrhein gespült wurden, trieb eine zweite Giftwelle von Basel aus flussabwärts. Diesmal sind bis zu 30 Tonnen chemisch verunreinigtes Löschwasser aus einer leichten Rohrleitung am Brandort ausgetreten. Am Samstag passierte die Biotridröhre Breisach, am Sonntagmorgen Kehl. Allerdings: Erkennbare Spuren blieben nicht zurück. Die erste Giftwelle hatte zwischen Lössach und Karlsruhe rund 150.000 Aale das Leben gekostet. Damit ist praktisch der gesamte Bestand dieser sensiblen Fischart in diesem Teil des Rheins vernichtet.

Wie es um die übrige Flußfauna steht, ist ungewiss. Zwar sprach der Badische Landesfischereiverband schon vor Tagen davon, daß die Fischsterben nun auch „auf Hechte, Forellen und Weißfische überzugreifen“ beginnt. Im Stuttgarter Umweltministerium ist davon jedoch bis zur Stunde „nichts bekannt“. Bis zum Beweis des Gegenteils geht man deshalb davon aus, daß die übrigen Fischarten überlebt haben.

Keine Probleme gibt es in den westlichen Landesteilen Baden-Württembergs mit der Trinkwasserversorgung. Denn nirgendwo wird Flußwasser zur Trinkwasser-Aufbereitung verwendet. Lediglich ein Brunnen in Kleinkems wurde vorsorglich geschlossen, weil dort Überfiltrat ins Trinkwasser gelangen könnte. Bei einem zweiten Brunnen auf Markung Bad Bollungen wurde das Aufkommen gedrosselt. Erhöhte Schadstoffkonzentrationen waren aber auch in diesen beiden Fällen nicht aufgetreten.

Die Hauptgiftwelle mit insgesamt rund 25 verschiedenen Schadstoffen hat offenbar keine bleibende Verunreinigung des Flußwassers hinterlassen. Erste Analysen aus dem Raum Rastatt verliefen negativ: Nach Angaben des örtlichen Gesundheitsamts zeigten die chemischen Parameter keine Pestizide und organischen Quecksilber-Verbindungen auf. Lediglich der Chlorid-Gehalt der Wasserproben sei „leicht erhöht“ gewesen. Selbst im Schlamm vom Grund des Rheins konnten bisher offenbar keine Rückstände der Agrochemikalien aus dem Hause Sandoz nachgewiesen werden. Dennoch wird nicht ausgeschlossen, daß eine gewisse „Restverschmutzung“ übrig bleibt.

Unterdessen muß der Baseler Chemiekonzern Sandoz mit Schadenersatzforderungen in unüberschaubarer Höhe rechnen. Ein erstes Gespräch über dieses heikle Thema werden Baden-Württembergs Umweltminister Gerhard Weiser und sein rheinland-pfälzischer Kollege Professor Klaus Töpfer (beide CDU) heute vor Ort mit der Firmenleitung führen. Ebenfalls heute wird die Umweltekatastrophe Gegenstand einer gemeinsamen Sitzung des Kabinetts Späth und der Baseler Kantonsregierung in Stuttgart sein.

Begriff vom „europäischen Haus“ verteidigt

Die neue sowjetische Führung will nach Meinung von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) nicht nur das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten verbessern, sondern auch zu ihren wichtigsten Nachbarn. Im „Frankfurter Gespräch“ des Hiesigen Rundfunks sagte Genscher, dies sei unverkennbar und ergebe sich aus der Hinwendung zu den Staaten Westeuropas. Generalsekretär Gorbatschow bringe diese Einstellung dadurch zum Ausdruck, daß er vom gemeinsamen europäischen Haus spreche.

Genscher fügte hinzu, er habe keine Probleme, den Begriff für sich zu übernehmen. Europa sei auch dann ein gemeinsames Haus, wenn sich darin gegensätzliche politische Systeme gegenüberstünden. Die Sowjetunion versuche einen neuen Ansatz ihrer Politik. „Wir sind gut beraten, wenn wir sie ernstnehmen und unterstützen, wie mit diesen Ansätzen des West-Ost-Verhältnisses verbessert werden kann.“

Amtsübergang der Umweltbehörde?

Nach den Warnungen des Umweltbundesamtes vor der Verwendung von Wasserentwässerungsanlagen hat der FDP-Bundesaußenminister Josef Grunbeck Bundesaußenminister Walter Wallmann (CDU) in einem offenen Brief aufgefordert, künftig den „Amtsübergang der Umweltbehörde“ zu unterstützen. Die vom Berliner Umweltbundesamt durchgeführten Gesundheitsuntersuchungen der Naturkonzentrationen gebe es nicht, meinte Grunbeck unter Hinweis auf die vom Bundesgesundheitsamt festgelegten Grenzwerte.

Das Umweltbundesamt ignoriere auch, daß der Einsatz von Entwässerungsanlagen, die zur Entkalkung und aus hygienischen Gründen Regenerialsalz verwenden, den Einsatz von Waschmitteln stark reduziere. Die umweltschädigende Salzsäure sei wesentlich geringer als die Belastung durch Phosphate und Tenside aus der Waschmittelindustrie. Der Abgeordnete kritisierte die Rechtsanwaltschaft Fritz Genssblü, der bereits festgestellt habe, daß der Aufklärungsauftrag des Umweltbundesamtes keine pauschale Zurechnung darstelle, zu Boykottaufrufen. Wallmann solle klären, ob das Amt nicht mit der Waschmittelindustrie „zu sehr auf Tuchfühlung“ sei.

Bischof ruft zum Teilen der Arbeit auf

Zur religiösen und weltanschaulichen Toleranz in den Gewerkschaften hat der Bischof von Essen, Franz Hengsbach, aufgerufen. Vor mehr als 600 Personal- und Betriebsräten aus der Diözese Essen schlug Bischof Hengsbach vor, an „das Teilen der Arbeit“ zu denken. Zur Auseinandersetzung um die Verkürzung der Arbeitszeit müsse er den Sozialwissenschaftler Gerald von Neß-Braunring, der gesagt habe, das Angebot der Arbeitszeiterhöhung bei vollem Lohnausgleich könne man nur als Hohn empfinden. „Ein solche Haltung ist klassenkämpferisch.“

An der Selbstregulierung zwischen Kirche und Gewerkschaften hielt der Bischof von Essen fest. Allerdings sei das „Teilen“ zu den Gewerkschaften an die Voraussetzungen geknüpft, die bei der Gründung der Einheitsgewerkschaften gegeben hätten: religiöse und weltanschauliche Toleranz, parteipolitische Unabhängigkeit, Schutz der Minderheiten in der innerverbandlichen Demokratie. Scharf wandte sich der Bischof gegen den Beschluss des IG-Metall-Kongresses mit der Forderung, den Paragraphen 219 (Abtreibung) abzuschaffen. Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, warnte in Essen davor, auf einen solchen Ausbau der Arbeitszeiterhöhung zu hoffen, wenn auch die Durchschnittslöhne für 1988 deutlich unter denen der Vorjahre lägen.

„Grundgesetz deckt nicht jede Religion“

Ein Ausführungsgebot zum Artikel 4 des Grundgesetzes, der die Freiheit der Religionsausübung zusichert, hält der Beauftragte für Sektens- und Weltanschauungsfragen der Evangelischen-Lutherischen Kirche in Bayern, Pfarrer Friedrich-Wilhelm Hasack, für erforderlich. In einer Stellungnahme gegenüber einer Idee, die er als „Grundrecht „sowas-was-also““ gelte und welche an der Religion gemeint sei, Hasack hält dies für „dringend geboten“ angesichts der „immer stärkeren religiösen Zersplitterung, unter der auch extreme Religionsbewegungen verdingen, und in Anbetracht des sich ständig ausbreitenden Okkultismus“. So könnten sich satanische Gruppierungen oder „Wahnsinnsreligionen mit Menschenopfern“ als „Religion“ bezeichnen. Solche „Bewegungen“ deckt jedoch der Artikel 4 des Grundgesetzes nicht ab.

Ost-Berlin schweigt zum Hirtenbrief katholischer Bischöfe in der „DDR“

SED will Beziehungen zum Vatikan nicht aufs Spiel setzen / Absage an Staatspartei

HANS-R. KARUTZ, Berlin
Die 1,5 Millionen katholischen Christen in der „DDR“ wollen sich auch in Zukunft nicht von der atheistischen SED vereinnahmen oder unterwerfen. „Gesamtziel“ einer sozialistischen Gesellschaftsordnung einordnen lassen. Für sie kommt weder die Unterwerfung unter ein „Weltanschauungsdekret“ in Frage noch die Mitgliedschaft in der marxistisch geprägten SED, die Religion weiterhin als „verkehrtes Denken“ ablehnt. Diese klare, eindeutige, aber auf eine mit dem Gewissen vereinbare Mitarbeit in der Gesellschaft zielen Lebenshilfe gaben jetzt die katholischen Oberhäupter ihren Gläubigen an die Hand (WELT vom 27. 10.).

In einem umfangreichen Pastoralbrief, der als Gesprächsbasis in den Gemeinden dienen soll, beschrieben die elf Bischöfe und Weihbischöfe auf dem Gebiet der „DDR“ unter Führung des Gesamt-Berliner Kardinals Joachim Meisner zum erstenmal seit Gründung der „DDR“ umfassend ihr Verhältnis zu diesem Staat.

Suche nach dem Standort

Die ausgewogene, nüchterne, aber gleichwohl zwingende Argumentation und Diktion des Hirtenbriefes (er datiert bereits vom 8. September 1986) rückt die katholische Kirche in ihrer Analyse näher an die evangelische Kirche heran: Hier wie dort wächst unter den „DDR“-Gläubigen das Bemühen, ihren Standort zu finden, eine auf dem Papier zugesagte Gleichberechtigung einzuordnen, sich mit dem Staat nicht über Gebühr einzulassen, ihn aber als Ort des Lebens und unter göttlicher Ordnung gestellt hinzunehmen, ohne dabei weltanschauliche Kompromisse einzugehen.

Hier einige der wichtigsten Thesen aus dem Brief, auf den die SED bisher im Gegensatz zu früheren Attacken, etwa auf Kardinal Meisner

(„Von Rom gelenkt“) – mit keinem Wort einging. Ost-Berlin will die seit Honeckers Visite bei Papst Johannes Paul II. verbesserten Beziehungen nicht durch Kritik gefährden. „Es entstehen für gläubige Christen im gesellschaftlichen Bereich gerade wegen ihrer christlichen Überzeugung handfeste Konflikte, die das Leben in Familie und Beruf belasten und zu Resignation führen können. Manche sehen dann nur noch den Ausweg, für sich und die Familie den Ausreiseantrag zu stellen.“

Solche konfliktgeladenen Bereiche sind besonders die weiterführende Schul- und Hochschulbildung, die Berufsausbildung, der Zugang zu beziehungsweise die Tätigkeit in höheren Leitungsfunktionen der Wirtschaft und Verwaltung, aber auch der Bereich der Wehrziehung und des Militärdienstes.

Die gegenwärtige Kirchenpolitik der Partei- und Staatsführung spiegelt die aufgezeigte Spannung zwischen weltanschaulicher Bewertung der Religion und politischer Behandlung der Kirchen wider. Die Kirchen sollen sich – trotz der ihnen zugestandenen Eigenständigkeit und Selbstverwaltung – dem gesellschaftlich angestrebten Gesamtziel einordnen und von daher ihre Existenzberechtigung empfangen. Doch ist nicht auszuschließen, daß ihnen das Existenzrecht streitig gemacht würde, wenn sie sich als gesellschaftlich „unnützlich“ oder gar „schädlich“ erweisen sollten. Es kann also von keiner echten Partnerschaft zwischen Staat und Kirche gesprochen werden.

Das unabweisbare Festhalten an ihrer Eigenständigkeit darf die Kirche auch unter sozialistischen Verhältnissen nicht zur Disposition stellen. Es muß auch jeglicher Eindruck vermieden werden, daß die Kirche im Dienst des Staates oder einer Partei steht. Wir wissen, wie solche „Indienstnahme“ kirchlicher Autorität für fremde Interessen aussehen kann.

Der von der CDU (in der „DDR“, die Red.) und den ihr nahestehenden Gruppen verfolgten Tendenz, Priester, Diakone, Sprecher von kirchlichen Gremien, Leiter karitativer Einrichtungen und andere in partei- und gesellschaftspolitische Arbeit hineinzuverleihen, muß mit aller Entschiedenheit widerstanden werden. Das hindert nicht, daß die Kirche und ihre Vertreter sich um ein korrektes, sachliches Verhältnis zur staatlichen Autorität bemühen. Es muß freilich deutlich bleiben, daß die Kirche sich dabei von ihrem eigenen Auftrag her bestimmen und nicht für fremde Zielsetzungen, zum Beispiel propagandistischer Art, einspannen läßt.

Unterwerfung abgelehnt

Eine Mitarbeit in Gremien und Institutionen, deren marxistisch-weltanschaulicher Charakter wiederholt und betont herausgestellt wird, kann es für den Christen nicht geben. Das gilt insbesondere für die Mitgliedschaft in der SED. Es darf auch nicht für den Christen ein gesellschaftliches „Mitmachen“ aus dem Bestreben geben, seinen christlichen Glauben zu verbergen oder sich dem klaren Einsehen für eigene Überzeugung zu entziehen.

Der folgende Passus faßt Stimmungslage und Lebenswirklichkeit der Christen zusammen:

„Die Christen wollen hier leben, arbeiten und wirken. Aber sie wollen sich nicht einem Weltanschauungsdekret unterwerfen, das sie unter der Flagge des Sozialismus für den Aufbau einer religionsfreien, atheistischen Gesellschaft vereinnahmt. Als Christen erwarten wir nicht, daß die Grundpfeiler des Hauses Staat, in dem wir wohnen, aus christlichem Zement gegossen sind. Aber wir erwarten, daß wir zusammen mit allen anderen Bürgern in diesem Hause gleichberechtigt und geachtet leben können.“

„Koalition nur mit den Unionsparteien“

dpa, Werl

Mit einer Kundgebung in Werl (Kreis Soest) hat die FDP den Bundestagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen offiziell eröffnet. Dabei setzten sich die Freien Demokraten acht Prozent der Zweitstimmen zum Ziel.

Der FDP-Landesvorsitzende und Staatsminister im Auswärtigen Amt, Jürgen Möllemann, ließ ebenso wie der Chef der Düsseldorf-Landtagsfraktion, Achim Rohde, keinen Zweifel daran, daß die FDP beim Bundestagswahlkampf in zwei Wochen in Mainz beschließen werde, im Falle einer rot-grünen Wahlsieger 1987 lieber in die Opposition zu gehen, als mit der SPD eine Koalition zu bilden. Zugleich wurde die Bereitschaft zu einer weiteren Zusammenarbeit mit den jetzigen Koalitionspartnern CDU und CSU bekräftigt.

Möllemann äußerte die Vermutung, daß keine der beiden großen Parteien bei den Bundestagswahlen die absolute Mehrheit erringen werde. Unter Hinweis auf das „Newsweek“-Interview des Bundeskanzlers erklärte er, hier habe sich erneut gezeigt, daß man die Außenpolitik besser Profis überlasse. Der nächste Außenminister müsse wieder Genscher und dürfe nicht Strauß heißen.

Esser hofft auf baldiges Gespräch der Tarifpartner

AP, Köln

Der Präsident der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Otto Esser, hat sich zuversichtlich gezeigt, daß die Spitzen von Arbeitgeber und Gewerkschaften in Kürze zu einem Gespräch zusammenkommen werden.

In einem Interview des Deutschlandfunks sagte Esser gestern, Themen des Gesprächs sollten die Tarif- und die Arbeitsmarktpolitik sowie Probleme der Kranken- und Rentenversicherung sein. Auch sei sachlich zu erörtern, ob es im Ganzen oder in Teilen übereinstimmende Meinungen zur Flexibilisierung der Arbeitszeit gebe.

Der Arbeitgeberpräsident warnte die Sozialpartner erneut vor einer „parteilich-politischen Durchdringung“ in der Zeit vor der Wahl. Eine solche Entwicklung sei geeignet, eines Tages die Verständigung zwischen den autonomen Partnern zu erschweren und sie in Bedrängnis zu bringen. Esser kritisierte die Gewerkschaften, sie seien mit ihren „Wahlprüfsteinen“ inzwischen dazu übergegangen, sich eindeutig mit der Position einer Partei zu identifizieren.

Erneut forderte der Arbeitgeberpräsident, Unternehmen und Gewerkschaften sollten sich zusammen mit der Bundesanstalt in Nürnberg bemühen, Arbeitslosen durch höhere Qualifizierung eine Einstellung zu ermöglichen.

Beim Entschwefeln sind die Schwaben die reinsten Saubermänner der Nation

Von HARALD GÜNTHER

Als Baden-Württembergs Finanzminister Guntram Palm vor zwei Wochen das Vergnügen hatte, anstelle des erkrankten Ministerpräsidenten den „sauberen“ siebten Block des Kohlekraftwerks Heilbronn einzuweihen, stand dieses Adjektiv auch im Redetext in Gänsefüßchen. Zu recht: Selbst nach der „vollen Entschwefelung und Entstickung“ werden pro Kubikmeter Abluft bis zu 300 Milligramm Schwefeldioxid und rund 200 Milligramm Stickoxide durch den Schornstein geblasen. Dennoch ist das zur Zeit Weltrekord. Die Anlage, die mit einer Leistung von 700 Megawatt mehr Strom erzeugt als die sechs älteren Kraftwerksblöcke zusammen, ist unter ihrerseits die umweltfreundlichste, die es gibt. „Ein Meilenstein“, wie Palm vor Ort schwärmte, „der neue Maßstab bei der Rauchgasreinigung setzt“.

Das war nicht zu hoch gestapelt. Immerhin schafft es der 650-Tonnen-Katalysator in Heilbronn, nur ein Zehntel der Stickoxidgehalte an die Umwelt abzugeben, die der kaum größere Block B im nordrhein-westfälischen Ibbenbüren, angeblich das modernste Kohlekraftwerk der Republik, ausstößt. Und auch in Sachen Entschwefelung haben die Schwaben die Nase vorn. Ende 1986, wenn die „Dreckschleuder“ im Teutoburger Wald über die zweite Straße ihrer Rauchgasentschwefelungsanlage (REA) verfügen kann, wird dort immer noch viermal mehr Schwefeldioxid entweichen als bei der Konkurrenz am Neckar.

Erst im Laufe des nächsten Jahres wird Ibbenbüren mit seiner dritten REA-Strasse gleichziehen können. Zu diesem Zeitpunkt aber gehen in Heilbronn schon die Entschwefelungsanlagen für vier Altböcke in Betrieb. Und 1988 folgt deren katalytische Entstickung. Zugleich werden die beiden letzten und ältesten Blöcke

der Energieversorgung Schwaben (EVS) vor den Toren der Kältehaube Heilbronn stillgelegt. Endergebnis: Trotz einer um 50 Prozent höheren Stromerzeugung wird an diesem Kraftwerksstandort anno 1990 nur noch 15 Prozent des Schwefeldioxids und 20 Prozent des Stickoxid-Ausstoßes des Jahres 1984 freigesetzt.

Heilbronn ist zwar der größte, nicht aber der einzige Saubermann unter den Kohlekraftwerken Baden-Württembergs: Im Kreis Esslingen wurde bereits Ende 1985 der neue 420-Megawatt-Block des Heizkraftwerks Altbach mit einer bis dahin einmaligen Entstickungsanlage in Betrieb genommen. 65 Millionen Mark ließen es



sich die Neckarwerke, ein vergleichsweise kleines Stromversorgungsunternehmen, kosten, noch vor der EVS die magische Grenze von 200 Milligramm Stickoxid pro Kubikmeter Abluft zu unterschreiten. Dafür honorierte das Bundesumweltamt diesen Pionierdienst mit einem Investitionskostenzuschuß von 25 Prozent. Im Mai 1986 schließlich kam noch eine 120 Millionen Mark teure Entschwefelungsanlage dazu. Auch sie bleibt, wie die in Heilbronn, um gut ein Drittel unter dem vom Gesetzgeber festgelegten Abluftgrenzwert von 400 Milligramm. 1987 – zwei Jahre früher als von der Landesregierung gefordert – wollen die Neckarwerke ein zweites älteres Kohlekraftwerk in Wäldchen entstickt und entschwefelt.

Weniger Glück hatte die Badenwerk AG mit ihrem Beitrag zur Luftreinhaltung im Südwesten. Zwar wird auch der neue siebte Block des Rheinhardt-Dampfkraftwerks in Karlsruhe termingerecht auf die Hö-

he der Zeit gebracht. In Mannheim aber erlitt das Unternehmen mit einem in der Bundesrepublik entwickelten Entschwefelungsverfahren Schiffbruch: Die bereits vor drei Jahren in Betrieb genommene Pilotanlage der Kölner Firma Walther mußte vor einiger Zeit stillgelegt werden. Trotz zahlreicher Nachbesserungsversuche hatte sie sich, wie ein Badenwerk-Sprecher gegenüber der WELT einräumte, als „nicht so funktionsfähig erwiesen, wie wir erhofft hatten“.

Der Vorteil des hier angewandten Trockenverfahrens, bei dem als Abfallprodukt anstatt Gips ein hochwertiger Stickstoffdünger anfällt, wurde durch einen unerwartet hohen Aerosolauswurf zunichte gemacht. Außerdem entsprach der Entschwefelungseffekt nicht den hochgesteckten Erwartungen. Nun muß der Kraftwerksblock auf das andersorts bewährte REA-System japanischer Herkunft umgestellt werden. Die 65 Millionen Mark für die erste Anlage können wohl abgeschrieben werden.

So etwas passiert schon mal beim Aufbruch in wissenschaftlich-technisches Neuland. Andererseits ist der Vorsprung Baden-Württembergs auf diesem Gebiet uneinholbar: Schon zwischen 1983 und 1985 gingen die Emissionen der Kraftwerke im Land bei den Stickoxiden von 80 150 auf 53 350 Tonnen und beim Schwefeldioxid von 75 540 auf 75 370 Tonnen zurück.

Bis zum Jahr 1990 wird der Schadstoffausstoß sogar auf 15 000 Tonnen Stickoxide und 21 000 Tonnen Schwefeldioxid absinken. Zu verdanken ist's in erster Linie zwei freiwilligen Vereinbarungen aus den Jahren 1983 und 1984, in denen die Landesregierung der Kraftwerksindustrie Zugeständnisse abgehandelt hatte, die weit über das hinausgingen, was gesetzlich vorgeschrieben war und ist.

Nach der Kabinetts-Umbildung sind die Wogen in München noch nicht geglättet

SPD nennt weiteren Staatssekretär verfassungswidrig / Maier ertut Zustimmung

PETER SCHMALZ, München
Gelang Franz Josef Strauß nun ein Meisterstück, als er sein neues bayerisches Kabinett bildete und mit dem Ergebnis ergaube die eigenen Parteifreunde in Erstaunen und Verwunderung stürzte, oder waren es „handreichliche Maßnahmen“ und verfassungswidrige dazu, wie der neugewählte SPD-Fraktionsvorsitzende Karl-Heinz Hiersemann vermutet?

Fest steht jedenfalls: Auch zehn Tage nach dem Überraschungseffekt, den Strauß mit der Teilung des Kultusministeriums und dem dadurch verursachten Verzicht des bisherigen Ministers Professor Hans Maier sowie der Installation von zwei Staatssekretären im Innenministerium auslöste, sind die Wogen noch nicht geglättet.

Verfassungswidrig nennt Hiersemann die Bestellung eines zweiten Innenstaatssekretärs, muß allerdings zugeben, daß es in diesem Ressort auch schon früher auf Staatssekretärsbene Doppelbesetzungen gab, so auch, als der spätere SPD-Ministerpräsident Wilhelm Hoegner bis 1954 Innenminister war. Das sei aus „der damaligen Situation zu begründen“, rechtfertigt Hiersemann dieses Tun seines Partei-Ähns. Diese Argumentation lasse an Hiersemanns juristischem Sachverstand zweifeln, kon-

ter Staatsminister Edmund Stoiber: Die Aufgaben des Innenministeriums sind seither sicher nicht weniger und einfacher geworden. Aber die Landtags-Abstimmung über die neuen Geschäftsbereiche des Schul- und des Wissenschaftsministeriums, wie von Artikel 49 der bayerischen Verfassung, stehe noch aus, rügt der sozialdemokratische Fraktionschef.

„Klimavergiftung“ und „künstliche Aufregung“, schimpft daraufhin CSU-Fraktionschef Gerald Tandler: Wie von der Verfassung vorgesehen, habe Ministerpräsident Strauß die Mitglieder der Staatsregierung berufen und die CSU-Mehrheit dem geschlossenen zugestimmt. Und über die Zuständigkeitsverteilung der beiden Ministerien werde kommende Woche ein Gesetzentwurf eingereicht.

Unterdessen erfährt Hans Maier – nach 16 Ministerjahren zur eigenen Überraschung nur noch einfacher Landtagsabgeordneter – für sein plötzliches Ausscheiden aus dem Kabinett ein Welke der Sympathie. „Die Zustimmung mir gegenüber reicht von Krotz bis Ziesel“, umschreibt der Politikprofessor die ideologische Bandbreite der Zustimmung, die aus Hunderten von Briefen, Tele-

grammen und Telefonaten erkennbar wird.

In der Staatskanzlei herrscht mittlerweile jedoch Verstimmung über die Art, wie sich der Ex-Minister als Strauß-Opfer darstellt. Als er öffentlich verbreitete, man habe ihm nie ein klares Angebot gemacht, sah sich die Staatskanzlei zu dem ungewöhnlichen Schritt genötigt, das schriftliche Angebot von Strauß an Maier zu veröffentlichen. Wissenschaft und Forschung einerseits und schulische Bildung andererseits nannte Strauß die Kernstücke seiner Politik, zur Durchsetzung „unserer gemeinsamen politischen Ziele“ müsse daher in Zukunft für jeden dieser beiden Bereiche ein Mitglied der Staatsregierung ausschließlich verantwortlich sein. Nach einer detaillierten Aufzählung der beiden Geschäftsbereiche schrieb Strauß an Maier: „Ich bitte Dich herzlich, mir Dein Einverständnis mitzuteilen, in CSU-Kreisen wird aber nicht ausgeschlossen, daß er sich Hoffnungen macht, im kommenden Jahr entweder als Bildungs- oder als Forschungsminister nach Bonn gerufen zu werden.“

Ex-Minister Maier hat über seinen weiteren Berufsweg noch nicht entschieden. In CSU-Kreisen wird aber nicht ausgeschlossen, daß er sich Hoffnungen macht, im kommenden Jahr entweder als Bildungs- oder als Forschungsminister nach Bonn gerufen zu werden.

CDU-Frauen halten nichts von einer „Quotenregelung“

Kongreß in Offenburg greift Essener Leitsätze auf

HARALD GÜNTHER, Offenburg
Auch in der CDU kämpfen die Frauen um mehr Einfluß in Partei und Politik. Doch anders als in anderen Parteien ist das ein Kampf mit Maß und Ziel: Neben der gesellschaftlichen Emanzipation und der Verwirklichung im Beruf bleibt die Rolle als Hausfrau und Mutter für sie zumindest ein gleichrangiges Gut. Quotenregelungen, wie sie SPD und Grüne für die Verteilung von Mandaten getroffen haben, fanden außerdem unter den 800 Teilnehmerinnen eines CDU-Frauenkongresses in Offenburg wenig Verständnis, reine „Weiberzettel“ nach dem Vorbild der Hamburger GAL wurden als kontraproduktiv „Politikspektakel“ zurückgewiesen.

Nach den in Offenburg vielzitierten „Essener Leitsätzen“ sollen Frauen unter den Mandatsträgern der Partei bis zum Beginn der 90er Jahre entsprechend ihres Mitgliederanteils vertreten sein. Rita Süssmuth, Bundesfamilienministerin und Symbolfigur der „neuen Weiblichkeit“ in der CDU, bezeichnete diese Vorgabe als „revolutionär“. Zugleich äußerte sie, ähnlich wie Generalsekretär Heiner Geißler, die Hoffnung, daß die an diesen Beschluß geknüpfte Berichtspflicht für den nötigen Umsetzungsdruck in den Parteigliederungen sorgen werde.

Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms plädierte im Verlauf der

Evangelische Jugend zerstritten. „Parteinahme“

idea, Kassel

Auf schwere Kritik aus den eigenen Reihen stieß jetzt das politische Engagement der 900 000 Mitglieder zählenden Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend (AEJ). Der Vorstand ihrer größten Organisation, des CVJM-Gesamtverbandes, lehnte die Verbreitung einer vor kurzem veröffentlichten „Arbeitshilfe“ der AEJ zum Bundestagswahlkampf ab. Zur Begründung hieß es, man wende sich dagegen, „daß die evangelische Jugend im Wahlkampf in einer Weise mitmische, die vortauscht, es gäbe in ihr in allen benannten Feldern gemeinsame getragene Positionen“.

In der 40seitigen „Arbeitshilfe“ werden unter anderem die Entwicklungspolitik der Bundesregierung und das Weltraum-Raketenschnellprogramm SDI kritisch bewertet. Ferner plädiert die AEJ darin für „einseitig kalkulierte Abrüstungsschritte“ sowie eine Anerkennung der Oder-Neisse-Linie als Westgrenze Polens. Der CVJM-Generalsekretär, Pfarrer Ulrich Parzeny, sagte, die AEJ hätte deutlich machen müssen, daß das Papier unstritten sei, nachdem ihr Vorstand es mit nur einer Stimme Mehrheit verabschiedet habe. Er forderte die AEJ zur Konzentration auf die Felder auf, wo eine breite Übereinstimmung der Mitglieder erzielbar sei. Der CVJM hatte auch bei einer anderen parteipolitischen Richtung ablehnend reagiert.

سكنا من الزم

Neuer GdP-Chef soll Welle von Austritten stoppen

DW, Mannheim/Königswinter. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) wird bei ihrem morgen beginnenden Bundeskongress in Mannheim voraussichtlich den 48-jährigen Hermann Lutz zum neuen Vorsitzenden wählen. Mit Lutz, bisher stellvertretender Vorsitzender und Chef der Organisation in Rheinland-Pfalz, würde erstmals ein Gewerkschafter aus dem christlich-sozialen Lager an der Spitze einer DGB-Gewerkschaft stehen.

Der bisherige Vorsitzende Schröder hatte auf eine erneute Kandidatur verzichtet, nachdem sein Auftritt

Anzeige
Ihre berufliche Zukunft beginnt heute.

Was Sie tun müssen, ist die Chancen zu nutzen, die Ihnen die BERUFS-WELT bietet - mit dem größten überregionalen Stellenmarkt für Fach- und Führungskräfte. Jeden Samstag in der WELT. Auf Wunsch in 4 Wochen kostenlos. Schreiben Sie heute an: DIE WELT, Postfach 10 07 32, 53001 Bonn.

DIE WELT
Jeden Samstag mit BERUFS-WELT

beim Gewerkschaftstag der IG Metall vor drei Wochen zu einer Austrittswelle in der GdP geführt hatte.

Die Arbeitsgemeinschaft Christlich-Demokratischer DGB-Gewerkschafter hat sich gegen jeden Versuch gewandt, die Prinzipien der Einheitsgewerkschaft zu verändern. Sie kritisierte am Wochenende bei ihrer Bundestagung den Beschluss des IG-Metall-Kongresses, in dem es heißt: „Die Einheitsgewerkschaft ist der Zusammenschluss aller arbeitenden Menschen zur Verteidigung ihrer Interessen als Arbeitnehmer unter Hinzunahme parteipolitischer und konfessioneller Bindungen.“

DIE WELT (USPS 505-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 370.00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Bangemann will in Mainz einen „Kronzeugen-Parteitag“ verhindern

Sorge um Geschlossenheit / Grünbeck-Papier sorgt in der FDP für Zündstoff

DIETHART GOOS, Bonn. Wenn sich heute vormittag im Bonner Thomas-Dehler-Haus die Führungsgremien der Freien Demokraten versammeln, geht es ihnen nicht nur um die erste Analyse der Hamburger Bürgerschaftswahl und organisatorische Vorbereitungen des Bundestagswahlkampfes. Die Kronzeugenregelung als wichtigster Bestandteil des Anti-Terror-Pakets macht der FDP immer mehr zu schaffen. Außerdem hat der mittelständische Sprecher der Bundestagsfraktion, Josef Grünbeck, mit einem fünfseitigen Klagebrief über den CDU/CSU-Koalitionspartner, den er am Wochenende Parteichef Martin Bangemann präsentierte, weiteren brisanten Diskussionsstoff geliefert.

Gefahr für Bangemann?

Bangemann und sein Generalsekretär Helmut Haussmann müssen alles daran setzen, sich trotz wachsender Kronzeugenvorbehalte in der FDP den bevorstehenden Bundestagsparteitag am 21. und 22. November nicht aus den Händen gleiten zu lassen. Denn es gibt genug liberale Heißsporne, denen ein Kronzeugen-Schamitzel in der Mainzer Rheingoldhalle wichtiger ist als ein überzeugender, geschlossener und sachbezogener FDP-Wahlkampfauftakt.

Auch Bundesjustizminister Hans Engelhard sieht Gefahr für seinen Parteivorsitzenden Bangemann her-

aufziehen. In der gestrigen „Berliner Morgenpost“ warnte der liberale Rechtspolitiker davor, aus dem Mainzer Kongress einen „Kronzeugen-Parteitag“ zu machen. „Die Partei wäre gut beraten, dies mit jener engagierten Bedachtsamkeit und Überlegenheit anzugehen, die der Sache und der Partei guttut. Engelhard erinnerte daran, daß sich die FDP-Bundestagsfraktion mit überzeugender Mehrheit für die Einbringung der Anti-Terror-Gesetze eingesetzt habe „und sie steht dazu“. Auf die Experten-Anordnung im Rechtsausschuß am 14. November eingehend, sagte Engelhard: „Für Anregungen und Verbesserungen ist dieser Entwurf offen, bei aller Entschlossenheit, ihn über die Runden zu bringen.“

Generalsekretär Haussmann nimmt kein Blatt vor den Mund: „Wir wollen keinen waffenstarrten Rambo-Staat, der das Messer zwischen den Zähnen trägt und nur Sicherheit, aber keine Freiheit garantiert. Genausowenig sind wir Anhänger eines Staatsapparates, der terroristischer Skrupellosigkeit mit Sorglosigkeit und Schwäche begegnet.“ Die FDP habe sich immer dafür eingesetzt, dem Staat zu geben, was er zum Schutz der Bürger benötige.

Martin Bangemann ist Realist und weiß, daß in seiner Partei nicht nur zwischen der Kronzeugenregelung und dem Mainzer Parteitag eine Verbindung hergestellt wird. Man redet auch über den Mann in der Spitze und das nicht nur im positiven Sinne.

Fragen nach seinem möglichen Rücktritt für den Fall, daß ihn der Parteitag bei der Kronzeugenregelung im Stich läßt, wischt Bangemann barsch als „Spekulationen und Blödsinn“ zur Seite. „Wir werden uns einigen“, lautet sein Motto für Mainz.

Bleibt das dringende Mahnschreiben des bayerischen Schwaben Grünbeck an seinen Vorsitzenden. Darin beklagt der Mittelständler die „Rücksichtslosigkeit und Hinterhältigkeit“ der Union und besonders der CSU gegenüber dem kleinen Koalitionspartner. „Ich wollte die Wende 1982 und habe sie auch mit betrieben“, versicherte Grünbeck gestern der WELT. Aber inzwischen habe sich ein solches „Sündenregister“ der Union im Verhalten gegenüber der FDP angesammelt, daß er nicht länger schweigen könne.

Frage nach Korpsgeist

Nach den ständigen Attacken der CSU auf führende Liberale „muß man sich überlegen, ob das noch ein Koalitionspartner für uns ist“. Offensichtlich verfolgt die Unionspartei eine Strategie zur „endgültigen Ausschaltung der Liberalen“. Grünbeck steht mit dieser Kritik nicht allein. Er könne diese Klage Grünbecks verstehen, sagte der stellvertretende FDP-Sprecher Hans-Rolf Goebel der WELT. Es sei bedauerlich, daß die CSU so wenig Korpsgeist in die Arbeit der Koalition einbringe und überall Schwierigkeiten mache.

Blüm unterstützt DAG-Forderung

WVD, Bonn

Arbeitsminister Norbert Blüm hat die Forderung der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) unterstützt, die Konzentrierte Aktion zur Bewältigung der Arbeitsmarktkrise wiederzubeleben. Die Arbeitsmarktkrise, so Blüm, erfordert Dialog und Kooperation von Gewerkschaften, Arbeitgebern und Regierung. Mit solchen Gesprächsrunden solle die alte Konzentrierte Aktion aber nicht einfach kopiert werden. Auf EG-Ebene gebe es einen Ansatz, der bei einer Verwirklichung in der Bundesrepublik von Vorteil wäre.

„Verweigerung ethisch geboten“

KNA, Bamberg

Die katholische deutsche Friedensbewegung Pax Christi hat sich dafür ausgesprochen, das Nein zum Symptom der militärischen Abschreckung politisch werden zu lassen und „Schritte der Verweigerung“ zu entwickeln. Bei ihrer Delegiertenversammlung verabschiedete gestern Pax Christi bei Bamberg eine Erklärung, in der die Kriegsdienstverweigerung von Pax Christi als eine „heute ethisch gebotene Handlungsweise“ bezeichnet wird. Der Bundeswehrsoldat sollte über den Sinn seines Dienstes verstärkt nachdenken.

NPD-Parteitag verlief friedlich

dpa, Willingen

Der 20. NPD-Bundestagparteitag ist gestern in Willingen (Kreis Waldeck-Frankenberg) ohne nennenswerte Zwischenfälle zu Ende gegangen. Am Samstag hatten rund 500 Demonstranten gegen die Veranstaltung protestiert. Die rund 200 Delegierten der NPD diskutierten über die Chancen der Partei bei der Bundestagswahl am 23. Januar. Schwerpunkte der Wahlkampfaussagen der NPD sollen die Forderungen nach Neutralität und Wiedervereinigung Deutschlands sowie nach schärferen Ausländer- und Asylgesetzen sein.

Hat die Gewerkschaft ein Steuergesetz verhindert?

Der Zeugnenauftritt von Lappas soll neue Vorwürfe klären

DIETHART GOOS, Bonn. Nach monatelangem Tauziehen kann der Untersuchungsausschuß Neue Heimat des Bundestages am Donnerstag dieser Woche endlich den Vorstandsvorsitzenden der Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft (BGAG), Alfons Lappas, als Zeugen vernehmen. Damit erreicht die Ermittlungstätigkeit der elf Bundestagsabgeordneten von CDU/CSU und FDP sowie der Opposition von SPD und Grünen ihr wichtigstes Stadium. Denn der 54-jährige Spitzenmanager des Deutschen Gewerkschaftsbundes gilt als Dreh- und Angelpunkt der Vorgeschichte des Neue-Heimat-Skandals und auch der weiterhin undurchsichtigen Transaktion des Wohnungsbaubüros zum Preis für eine Mark an den Berliner Fabrikanten Horst Schießer.

Genügend Fragestoffs

Schon jetzt ist der Ausschußvorsitzende Hans Günther Hüsch überzeugt, daß ein Tag für die Vernehmung von Alfons Lappas nicht ausreichen wird. Vorsorglich ist daher auch der Freitag für die Befragung des „Finanzministers“ des Deutschen Gewerkschaftsbundes eingeplant. Trotz der strikten Auflagen des Bundesverfassungsgerichtes, die genaue Studien des Geschäftsgebahrens der BGAG als bisheriger Eigentümerin der Neue Heimat erheblich erschweren, bleibt dem Ausschuß genügend Fragestoffs. So soll Lappas darüber Auskunft geben, ob sein Unternehmen 1982 gemeinsam mit führenden DGB-Vertretern Einfluß auf die Steuergesetzgebung der damaligen Bundesregierung unter Kanzler Schmidt genommen hat.

Wie aus geheimen Aufsichtsratsprotokollen der BGAG nach Meldung der „WELT am Sonntag“ hervorgeht, plante Schmidt Finanzminister Mathöfer eine Novellierung des Körperschaftsteuergesetzes. Der SPD-Politiker wollte eine Gesetzeslücke schließen, die den Gewerkschaftsunternehmen beträchtliche Steuervorteile ermöglichte. So gewährten die Gewerkschaften ihren gemeinnützigen Unternehmen statt üblicher Kapitalerhöhungen Gesellschaftsdarlehen. Die DGB-Firmen zahlten dafür Zinsen an die Gewerkschaften, die infolge des ihnen gewährten Steuerprivilegs steuerfrei

blieben. Auf Intervention der BGAG unterblieb - wie aus den von der „WELT am Sonntag“ zitierten Aufsichtsratsprotokollen hervorgeht - das Vorhaben des Finanzministers, diese Steuerlücke zu schließen.

Der Zeuge Lappas soll dem Untersuchungsausschuß aber auch Rede und Antwort stehen über Vermögensverschiebungen zwischen dem gemeinnützigen Teil des Neue-Heimat-Konzerns und der nichtgemeinnützigen Neue Heimat Städtebau. Bei seiner Zeugnervernehmung am letzten Freitag hatte DGB-Chef Ernst Breit, der lange Jahre dem Aufsichtsrat der Neue Heimat angehörte und von 1982 bis Oktober diesen Jahres Aufsichtsratsvorsitzender war, keine Angaben gemacht. Breit erklärte den Parlamentariern immer wieder, davon sei ihm nichts bekannt. Als der CDU-Abgeordnete Gerster jedoch entsprechende Passagen aus BGAG-Aufsichtsratsprotokollen in die Zeugnervernehmung einführte, intervenierte Breits Rechtsbeistand Dahren-dorf unter Hinweis auf die vom Bundesverfassungsgericht verfügte Geheimhaltungsaufgaben bezüglich der BGAG-Aufsichtsratsprotokolle.

„Überraschungen“ erwartet

In Kreisen des Untersuchungsausschusses wird es für möglich gehalten, daß der Zeuge Lappas am Donnerstag trotz seiner anfänglichen Aussageverweigerung, die ihm sogar kurzfristige Beugehaft eintrug, noch mit Überraschungen aufwarten. Offensichtlich fühlt er sich zu Unrecht für das ganze Debakel um die Neue Heimat verantwortlich gemacht. Zur eigenen Verteidigung hat Lappas in einem Schreiben an die DGB-Führung daran erinnert, daß der Aufsichtsrat der BGAG fortlaufend über alle entscheidenden unternehmenspolitischen Transaktionen informiert worden ist. Das gilt nicht nur für den Aufsichtsratsvorsitzenden und DGB-Chef Breit, sondern auch für weitere führende Gewerkschaftsfunktionäre. Vom Ergebnis der Aussage des BGAG-Vorstandsvorsitzenden will der Untersuchungsausschuß den Ablauf seiner weiteren Tätigkeit abhängig machen. Bis Mitte Dezember soll dem Bundestag ein Bericht vorgelegt werden.

Vogel (CDU) denkt an Gang nach Karlsruhe

HEINZ HECK, Bonn

Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU) ist „sauer“ über immer neue Forderungen einiger Länderkollegen. Im Gespräch mit der WELT schloß er die abermalige Anrufung des Bundesverfassungsgerichtes zur Regelung des Finanzausgleichs zwischen Bund und Ländern nicht aus. Rheinland-Pfalz habe sich bisher mit Forderungen an den Bund zurückgehalten und auch an dem Verfahren in Karlsruhe nicht beteiligt, sagte der Mainzer Regierunschef.

„Doch sogar die rheinland-pfälzische Langmut hat Grenzen“, figte Vogel hinzu. Wenn Rheinland-Pfalz sich nach dem Ausgleich schlechter stelle als vorher, bleibe Mainz nur der Weg nach Karlsruhe. Die am vergangenen Freitag im Bundesrat beschlossene Sonderhilfe für die Küstländer (WELT vom 8. November) hält Vogel für berechtigt. Sollten weitere Forderungen erhoben werden, wie bereits von Nordrhein-Westfalen für die Steinkohlelasten, so werde auch Mainz seine Forderungen stellen. Um die Hilfe nicht nur des Bundes, sondern auch der Länder für den Steinkohlebergbau zu verdeutlichen, betonte Vogel: „Ich bin ein Anhänger des Jahrhundertvertrags.“

Auch Rheinland-Pfalz habe mit Strukturproblemen zu kämpfen. Was für die Küstländer die Werften, sei für sein Bundesland die Schuhindustrie (Pirmasens). Auf der Sorgenliste stünden auch der Fremdenverkehr, die Belastung des Fremdenverkehrs durch militärische Einrichtungen (Auswirkungen der NATO-Lasten) und Wein. Allerdings ließ Vogel keinen Zweifel daran, daß er es vorziehe, wenn alle Länder nach Abschluß des Finanzausgleichs auf die Durchsetzung von Sonderforderungen verzichten.

Wenig Verständnis zeigte der rheinland-pfälzische Ministerpräsident für die harte Haltung von Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg in der Frage des Nachteilsausgleichs für Bremen und Nordrhein-Westfalen. Die Länder hatten den Bund einhellig aufgefordert, den Betrag von 175 Millionen Mark vorzufinanzieren; Stoltenberg hatte kategorisch abgelehnt. Nach Meinung Vogels entstünden dem Bund dadurch lediglich Zinskosten in Höhe von etwa drei Millionen Mark.

An Deutschlands Fach- und Führungskräfte

Jetzt gibt es die WELT jeden Samstag mit der BERUFS-WELT.

Für alle, die vorankommen wollen.

NEU!
Die BERUFS-WELT in der WELT. Mit dem großen Stellenmarkt. Und vielen praktischen Tipps für mehr Erfolg im Beruf.



Die BERUFS-WELT bietet jeden Samstag den großen überregionalen Stellenteil für Fach- und Führungskräfte plus wertvolle und praktische Informationen für mehr Erfolg im Beruf.

Der erste Schritt in Ihre berufliche Zukunft ist jetzt einfacher denn je:

Nutzen Sie die BERUFS-WELT. Jeden Samstag in der WELT.

Wichtiger denn je

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

هكذا منه لاصل

Nicht viele deutsche Ärzte sind zugleich so hoch gerühmt und so heftig geschmäht worden wie Professor Emil Bücherl, Chef-Chirurg des Klinikums in Berlin-Charlottenburg. Der Spezialist für Organ-Verpflanzungen hat sich als Kunstherz-Pionier weltweit einen Namen gemacht. Nach jahrzehntelanger Forschung war es dann im März dieses Jahres so weit: Bücherl setzte das von ihm entwickelte Ersatzorgan erstmals einem Patienten ein. Hat das Kunstherz eine Zukunft, kann es eine Alternative zum Spenderorgan sein? Das Gespräch mit Prof. Bücherl führte Dr. med. Vera Zylka, Medizin-Redakteurin der WELT.

Herz, Lunge, Niere – was will man noch verpflanzen?

WELT: Man hat nun schon eine Anzahl von Herzen transplantiert. Sie selber haben als erster in der Bundesrepublik ein Kunstherz eingesetzt. Der Schwerpunkt Ihrer Arbeit im Charlottenburger Klinikum gilt ja seit langem der Entwicklung einer solchen künstlichen Blutpumpe. Glauben Sie, daß die Implantation eines Kunstherzens einmal so selbstverständlich wird, wie die eines Herzschrittmachers?

Bücherl: Was wir heute können, ist zeitlich befristet. Aber wenn ich nicht fest daran glauben würde, daß man am Ende ein Kunstherz wie einen Schrittmacher implantiert, hätte ich wahrscheinlich nicht so lange daran gearbeitet. Ich bin überzeugt, daß das möglich sein wird, das wird kommen. Aber das ist leider auch eine Frage der Ökonomie. Für die Kunstherzforschung wurde bislang auf der ganzen Welt nur unwesentlich mehr Geld ausgegeben, als das Krebsforschungsinstitut in Heidelberg in einem einzigen Jahr zur Verfügung hat. Wir haben hier in Berlin von 1973 bis 1985 für die gesamte Kunstherzforschung einschließlich der Kunststoffknapp sieben Millionen Mark bekommen.

WELT: Man hat Ihnen nun sogar die Mittel verkürzt?

Bücherl: Die Förderung der Forschung ist immer etwas Unberechenbares gewesen. Ich bin mit der Deutschen Forschungsgemeinschaft jetzt seit 1982 zugewandert. Man hat einiges eingespart. Aber es ist oft so viel Administration dabei, daß man schließlich davonlaufen könnte. Das Unglückliche unseres Systems liegt zum Teil in der Begutachtung. Ich werde ja ganz selten dafür herangezogen. Erstens weil sie wissen, daß ich eine ganze Menge verstehe, und zweitens weil ich sehr kritisch bin. Es ist mir mehrfach passiert, daß meine Arbeitsblätter, die keine Forschung betreiben, als Gutachten tätig waren. Dann sitzen sie da und sollen mehr oder weniger meinen Antrag verteidigen. Was dabei heraus kommt, ist oft handhübsch.

WELT: Stört es Sie nicht, kostbare Zeit darauf zu verwenden, bei Stellungen und Behörden zu antworten, um an Gelder für das Kunstherz heranzukommen?

Bücherl: Am besten ist es, wenn sie jemanden operieren, der sich in einer verantwortlichen Position befindet, also irgendwo am Hebel sitzt. Wer

einmal selbst betroffen ist, sieht die Notwendigkeit finanzieller Hilfe ein und wird tätig. Ich habe mal einen Berliner Bausenator operiert, und auf einmal klappte alles, was bauliche Belange anbelangt.

WELT: Würden Sie sich im Notfall selbst ein solches Kunstherz aus Ihrer Eigenproduktion einpflanzen lassen?

Bücherl: Wenn es keinen anderen Weg gäbe – aber selbstverständlich. WELT: Wo würden Sie die Grenzen des Mach- und Vertreibbaren ziehen?

Bücherl: Natürlich gibt es überall Sinn und Unsinn, aber primär glaube ich an die Biologie. Und wenn man sich die Verhaltensweise der Biologie betrachtet, dann wird man erstaunlicherweise häufig sehen, daß dort Unsinnes verschwindet. Was die Medizin angeht, da muß man differenzieren von Mensch zu Mensch. Wenn man, beispielsweise, einem Blinden mit Hilfe eines künstlichen Systems gewisse optische Eindrücke vermitteln könnte, dann würde ich das bejahen. Wenn man aber den Menschen (ähnlich der Tierzüchtung) verändern wollte, daß man ihn entsetzlich groß machte oder ihm sechs statt fünf Finger verpaßte, dann wäre für mich die Grenze überschritten.

Es ist mir wichtig, den Patienten als Mensch in seiner Gesamtheit zu sehen. Daher halte ich meine Kollegen auf der Wachstation an, daß sie nicht nur Lungenfunktions- oder Nierenfunktionswerte kennen. Ich möchte auch wissen, was hat dieser Mensch für eine Familie, hat er Kinder und wie lebt er mit denen. Insofern trifft man als Arzt Entscheidungen, die ein großes Spektrum umfassen.

So ist dem einen Menschen ein Kunstorgan noch dienlich, dem anderen nicht. Also nicht in dem Sinne, daß jeder, der nicht schnell laufen kann, ein Kunstherz braucht. Das würde ich für Blödsinn halten. Aber wenn ein Mensch sein Kunstherz-Schicksal annimmt und Substanz mitbringt, die ihm ein solches Leben wünschenswert erscheinen läßt, und wenn er dafür in seinem Umfeld genügend Platz und Möglichkeiten hat, dann bejahe ich das uneingeschränkt. Also wenn die normale menschliche Biologie erhalten bleibt und der Mensch mit seinen implantierten Kunstteilen gut fertig wird – und auch seine Familie.

20 Jahre für die Forschung – aus Ehrgeiz oder Neugier?

WELT: War die Entwicklung des Kunstherzens eigentlich eine Art Lebensziel? Oder hatten Sie einmal andere Pläne?

Bücherl: So einfach kann ich das eigentlich gar nicht beantworten. Eigentlich wollte ich ja gar kein Mediziner, sondern Bühnenbildner werden. Nach dem Krieg habe ich dann überlegt, ob ich Medizin studieren sollte oder nicht. Ab 1945 habe ich mich dann für das Medizinstudium entschieden. Mit den damals üblichen Trimestern und mit Auslandsaufenthalten habe ich knapp drei Jahre Medizin studiert. Und danach mein Examen in Heidelberg abgelegt.

Als Student habe ich nicht nur Bücher gelesen sondern habe auch in Kunst gemacht, war ständig auf Achse. Ich zeichnete sehr viel. Auch heute noch. Sehen Sie, bis vor drei Jahren konnte man ja noch vernünftige Medizinprüfungen durchführen. Heute aber sieht das alles anders aus. Es sind drei Prüfer, drei Fächer, und man sitzt da mehr oder weniger zwei Stunden sinnlos daneben, weil vor mir der Gynäkologe und der Internist prüft. In diesen zwei Stunden habe ich angefangen alle Prüfungs-Kandidaten zu zeichnen. (Prof. Bücherl blickt strahlend eine Kladde aus dem Regal, die auf jeder Seite einen skizzierten Kopf, den Namen des Prüflings und das Datum trägt.) Außerdem gebe ich jedes Jahr einen von mir bebilderten Jahresbericht heraus. (Rennt wieder zum Regal, zieht eine Anzahl von Heften heraus, die er mir in die Hand drückt.) Das hier ist eine Zeichen-Collection aller meiner Mitarbeiter. (Er selbst thront über allen als griechi-

scher oder vielleicht eher römischer Gott).

WELT: Wie findet man denn von der Kunst den Weg wieder zurück zu Medizin?

Bücherl: Ich habe nach dem Krieg überlegt, ob ich wirklich Medizin machen wollte oder ob ich es aufgeben sollte. Meine erste Station war dann in der Chirurgie in Amberg. Man kann sagen ab August 1945 habe ich dann angefangen, mit System zu arbeiten, und das drei Jahre lang, und zwar in der Chirurgie. Ich hatte da einen Tagesrhythmus von morgens 6.45 Uhr bis nachts um 01.00 Uhr. Täglich. Samstagsmorgens habe ich aufgehört und habe dann Belletristik gelesen, gezeichnet oder modelliert. Ich habe eine ganze Menge Plastiken hergestellt. Ich war schließlich so weit, daß ich eine ganze Menge Bilder verkauft habe. Ich war ganz über- rascht, daß die Leute meine Bilder gekauft haben. Tennis habe ich früher auch sehr gerne und intensiv gespielt. Das mache ich aber heute nicht mehr. Dafür spielen jetzt mein Sohn und meine Tochter Tennis. Tja, und Sonntagsmorgens habe ich wieder angefangen zu arbeiten.

WELT: Was trieb Sie dazu, mehr als 20 Jahre zu forschen und wie ein Besessener zu arbeiten? Neugier, Ehrgeiz?

Bücherl: Es ähnelt der Kunst. Es ist sonderbar, gerade damals in Amberg: Es war zum Beispiel Samstagsmorgens. In meiner Freizeit hatte ich mir vorgenommen zu malen, zu lesen oder zu modellieren. Auch wenn mir das an dem Tag gerade keinen Spaß machte,



Ein Mensch muß sein Kunstherz-Schicksal annehmen: Organ-Verpflanzer Emil Bücherl

FOTOS: JOCHEN CLAUS

Prof. Bücherl: Notfalls lebe ich mit einem Kunstherz weiter

ich tat es, weil ich es mir vorgenommen hatte. Ich würde von mir sagen: Wenn ich etwas mache, dann mache ich es immer gründlich – sei es meine Arbeit oder mein Hobby. Aber zu Ihrer eigentlichen Frage: Ich habe Spaß an meinem Beruf und somit Spaß an der Forschung. Es ist eine Menge was da zusammenkommt: Disziplin, Spaß am Beruf, meiner Meinung nach hat jeder eine gewisse Verpflichtung seiner Substanz gegenüber. Man muß und sollte sein Können – wenn die Fähigkeiten vorhanden sind – demonstrieren. Da ich nun einmal Professor der Universität bin, fühle ich mich ihr gegenüber auch verpflichtet.

WELT: Apropos: Wie ist denn Ihr Bild von der heutigen deutschen Universität?

Bücherl: Wenn ich mich so erinnere, dann war nach dem Krieg ein Teil der wirklich Exzellenten gefallen, ein anderer Teil „etwas braun angehaucht“, die also keinen Lehrstuhl bekommen konnten. Und so gibt es an deutschen Universitäten Professoren, die völlig am falschen Platz sind. Ich kannte zum Beispiel einen Professor, er war ein interessanter Mann. Er war bele- sen, er war sehr musikalisch. Aber als Universitätsprofessor eine Katastrophe. Seine Forschung bestand im Sammeln von Röntgenbildern; er betrieb eine sogenannte Schublade-wissenschaft. Wenn er einige Röntgenbilder zusammen hatte, hat er das veröffentlicht. Das ist eben keine kreative Forschung.

WELT: Sind Sie der Meinung, daß an den Universitäten ein Qualitätsabfall stattgefunden hat?

Bücherl: Auf jeden Fall. Zweitklassige Chefs suchen ja keine erstklassigen Mitarbeiter. Insofern konnte man ja sagen, wenn an allen Kliniken solche Figuren sitzen, die eben übrig geblieben sind, dann ist es logisch, daß diese nur wieder zweitklassige Leute nachziehen. Das ist wie eine Maña. Denn wenn da ein Lehrstuhl frei wurde, dann hieß es: Da muß der

oder der hin, obwohl man den Befördernden gar nicht kannte und dieser dafür gar nicht qualifiziert war. Und wenn ich mein Fach sehe, würde ich sagen – bis auf ein oder zwei hat, meiner Ansicht nach, keiner meiner Amtsbrüder die Qualifikation zu dem, was ich als Universitätsprofessor im Sinne des Kreativen und des wirklich Universitären sehe.

WELT: Und das Spezialistentum?

Bücherl: Das tötet noch den Rest. WELT: Ist ein in Grenzbereichen tätiger Forscher nicht besonders Mißverständnissen ausgesetzt?

Bücherl: Man muß mit solchen Dingen fertig werden. Und natürlich ist die Presse etwas Besonderes. Ich habe da viel Negatives mitgemacht, allerdings auch einiges Positive. Mein negativstes Erlebnis: nun: Wir haben ja sehr früh mit Organtransplantationen angefangen, sorderrbarerweise, nicht mit Kunstherzen. Wir hatten als einzige Langzeit-überlebende Tiere nach Lungentransplantationen. Und da kam ein Nachrichtenmagazin („Stern“) begeistert zu uns und wollte die Story veröffentlichen, obwohl das vom Thema her sehr schwierig sei. Ein Fotoreporter machte dann sehr gute Bilder – übrigens die besten Bilder, die je von meiner Forschung gemacht worden sind. Es war alles völlig korrekt. Die Bilder und der Text. Ich gab aber zu bedenken, daß nur eine solche Reportage enorm schaden würde. Dann entschied der Chefredakteur, daß diese Reportage trotzdem gebracht würde, da es sich um ein mit öffentlichen Mitteln geförder- tes Projekt handelte.

Aber dann trat die Medizinische Fakultät der hiesigen Uni zusammen und hat sich überlegt, ob ich nicht entlassen werden müßte. Das hat mich damals schon einige Nerven gekostet. Aber damit nicht genug. Schließlich sollte ich in den USA einen phantastischen Preis bekommen mit einer hohen Auszeichnung für

Forschung. Einige Zeit später wurde mir bedeutet, daß ich diesen Preis nun doch nicht bekomme. Warum? Eine Voraussetzung für die Erlangung des Preises war gewesen, daß die nationale, also die Deutsche Gesellschaft für Chirurgie, zustimmte. Die befand jedoch, daß ich zwar wissenschaftlich wirklich außergewöhnlich gut sei aber eine sehr eigenartige Beziehung zur Laienpresse hätte.

WELT: Sie wurden – der Tierversuche wegen – als Tierquäler beschimpft und Menschenfeinder genannt. Was ist denn ihre ethische Position, wie rechtfertigen Sie Ihr Handeln?

Bücherl: Was Tierexperimente angeht bin ich der Meinung, daß unsere Tiere bei jedem Versuch mindestens so gut behandelt werden wie kranke Menschen. Wenn von einem Assistenten ein Tierversuch unternommen wird und der entspricht nicht meinen Erwartungen, so war dies sein letzter Versuch. Erstes erfordert ein Tierexperiment eine saubere Planung, so daß man es rechtfertigen kann, und zweitens einen zusätzlichen Einsatz. So hatte ich mit unseren Kontrolltieren nie Schwierigkeiten. Wir geben uns tierexperimentell sehr große Mühe. Ich kann für unsere Experimente behaupten, daß ich sie von der Dokumentation bis zur Vor- und Nachsorge voll verantwortlich kann. Ich bin der einzige Ordinarius, der noch selbst Forschungen betreibt. Alle Tiere mit Kunstherz habe ich persönlich operiert.

WELT: Sind Ihre Erfolge nicht zu teuer erkauft, mit einem Übermaß an Arbeit, mit persönlichem Verzicht?

Bücherl: Das letzte auf keinen Fall. Ich sage, wenn ich Erfolg habe, dann kann ich immer am besten eigentlich an meinem Forschungsbereich hier im Klinikum klar machen, wo die Versuchs-tiere stehen und wo wir das Kunstherz über viele Studien hinweg

bis zu seiner heutigen, schon sehr weitgediehenen Reife entwickelt haben. Wenn wir zwei, drei Versuche gemacht hätten und das klappte nicht, dann war die gesamte Mannschaft (so ein Team zählt ja an die 25 Mann) deprimiert. In solchen Momenten ist es notwendig, seine Leute in ihrem Optimismus zu bestärken und durch den Mißerfolg nicht gleich in Panik geraten zu lassen. Erfolg ist wenn wir sagen können, daß wir operativ eine unglaublich gute Statistik haben mit guten Erfolgen. So etwas

Schmerz einer Mutter: Aber mein Sohn lebt doch noch

WELT: Nach all dem, was Sie als Arzt, Forscher und akademischer Lehrer in diesen Jahrzehnten erlebt und gesehen haben – staunen Sie noch, sind Sie noch zu beir- drucken?

Bücherl: Ja, Gernem, z.B. als wir bei einer Patientin zum xten Male probierten, von der Blutpumpe abzuge- hen und hoffen, daß sie endlich ohne maschinelle Hilfe auskäme... das sind doch schon Stunden, wo eine dicke Atmosphäre herrscht, wo alle die Sache gespannt verfolgen. Sie re- gen auf die Frau, sie sehen auf die Maßwerte. Das ist eine Atmosphäre – mehr als nur ein Knochent. Das ist Leben. Alle fühlen sich beteiligt. Man sieht es daran, daß plötzlich Leute kommen, die mit diesem Fall nicht direkt zu tun haben, sich aber zur Klinik gehörend fühlen. Dann die Faszination zu sehen, was sich am Pati- enten abspielt und wie das Ganze plötzlich auch die Mitarbeiter stim- mien, das ist schon was besonders Aufregendes – auch heute noch.

WELT: Wie sehen Sie die Entwick- lung des Kunstherzens interna-

tion? Macht mich dann nicht gescheiden, es macht mich stärker. Erfolg macht auch stolz – im guten Sinne.

WELT: In einem Forscherleben rei- hen sich Erfolge und Niederlagen. Gibt es etwas, was Sie womöglich mehr beeindruckt hat als die spe- zialisierte Implantation des Kunst- herzens. Vielleicht Ihre erste selb- ständige Blinddarm-Operation?

Bücherl: Wenn ich zurückblicke, dann schätze ich die Dinge heute ganz anders ein als zu damaliger Zeit. Ja natürlich, 1957 die erste Operation am offenen Herzen. Die finde ich net- te aufregender als damals. Denn wenn ich bedenke, unter welchen doch viel einfacheren, primär eher Voraussetzungen ich operieren habe, das war doch ganz schön mutig.

Die Kunstherz-Implantation vom März bietet mir aus einem ganz ande- ren Grund in Erinnerung. Ich werde nie vergessen, als man bei dem Pati- enten nun wirklich alles, bis dahin Mögliche gemacht hatte, um sein Le- ben zu retten. Ich werde mich sicher mein ganzes Leben daran erinnern, als ich nach Anschluß des Linksherz- Bypasses allein vom CP auf die Wachstation ging und mir auf dem Weg dorthin überlegt habe, was für eine Entscheidung trifftst du. Das war ein besonderes Gefühl, wo man noch einmal alles Revue passie- ren läßt. Was hat man zu Vorarbeiten geleistet, von den Anfängen, vom Ma- terial, von der Sicherheit, von der Te- stung. Um dann zu sagen, ja, du bist dir im Innern klar, daß du es verant- wortlich kennst, und daß du es bei deinen Kenntnissen sogar tun „mußt“.

Bei solchen Entscheidungen ist man immer allein. Selbst Leute, die mir nicht wohlgekommen sind, sagten, daß die Konsequenz in diesem Ablauf eben doch unglücklich und gegeben war.

WELT: Fachkreise warteten ja da- mals geradezu darauf, daß der Bü- cherl seine Kunstherz-Implanta- tion unternimmt.

Bücherl: An sich trafen alle Voraus- setzungen gut zusammen. Da habe ich mir gesagt, was die Amerikaner können, das können wir auch. Und für den Patienten war dies die einzige Chance des Überlebens, die letzte Konsequenz. Da haben wir es ge- macht.

WELT: Hat sich denn an diesem Tag ein Chirurg-Team erfüllt?

Bücherl: Ich komme wieder zurück auf vorher Gesagtes. Meine Vorsie- lung war immer, daß ich diesen Pos- ten als Ordinarius einer deutschen Universität ausfülle. Mit allen Mög- lichkeiten, die sich mir in Klinik, Leh- re und Forschung bieten. Und ich bin dem stolz, daß ich das eigentlich ganz gut zusammen realisiert habe.

nai? Für die Amerikaner steht wohl das transplantierte Herz im Vorder- grund.

Bücherl: Was die Herztransplantation angeht. Sie haben mich vorhin ge- fragt, was für mich eindrücklichste Negativerlebnisse sind. Nichts ist für mich beiderseitig als ein Patient, der kurzzeitig auf Station liegt, sich noch zwei gesprochenen. Sitten erst, wie- der erholen muß, um weiterzukommen und der tagelang auf ein Spenderherz warten. Wenn man auf einen solchen Patienten zukommt, so steht auf dem Gesicht die Frage, ob nicht je- mand bei einem Verkehrsunfall to- gegeben worden sei.

Das geht mir und geht jedem unter die Haut, zu sehen, daß ein Mensch hofft, ein anderer, der jung ist und sonst gesund, möge tödlich verun- glücken, damit er das Herz dieses Menschen bekommen kann.

Noch ein Beispiel: Vor einiger Zeit hatten wir einen Idealspender hier. Aber dann die hinter diese Spen- der zu sehen, wie ihr so langsam die Tränen herunterkamen, weil ich das Herz ihres Kindes, ihres Sohnes ha- ben will – um einen anderen, einen Fremden zu retten. Und wie es dann aus ihr herausbricht: „Ja, aber mein Sohn lebt doch noch!“ Das Kind war tot, aber sein Herz schlug. Stellen Sie sich vor, sie haben vor sich eine Mu- ter, wo sie das gesunde Herz ihres verunglückten Sohnes für einen Pati- enten haben möchten... Das ist schon schwer. Das sind ein bisschen, aber auch bittere Augenblicke.

Allein für Empfänger, die unter 50 Jahre alt sind und ansonsten orga- nisch gesund, brauchen wir pro Jahr in der Bundesrepublik rund 2000 Herztransplantate. Bis jetzt sind aber auf der ganzen Welt seit 1967 erst etwa 2300 Herztransplantationen ge- macht worden. Dieser Bedarf kann gar nicht nur mit Spenderherzen ge- deckt werden. Ich habe viele Jahre ausschließlich Transplantationsfor- schung betrieben. Aber von der Quantität her betrachtet habe ich mir- demals gesagt, daß es wichtiger sei auf dem Gebiet Kunstorgan zu in- vestieren.

WELT: Ursprünglich: Wie hält denn ein Herz-Spezialist sein eigenes Herz fit?

Bücherl: Das ist einfach zu beantwor- ten: Ich mache jeden Morgen Gymna- stik, ich rauche nicht; ich halte mein Gewicht; ich passe auf, was ich esse. Außerdem kann ich auch gut abschal- ten. Manchmal setze ich mich mittags mal fünf Minuten hin und entspanne mich.

Problem der Spender wäre gelöst

Emil Sebastian Bücherl wurde am 6. November 1919 in Furth (i. W.) als Sohn eines Beamten gebo- ren. Er studierte in München, Rom und Heidelberg, wo er 1944 das me- dizinische Staatsexamen ablegte. Über Stationen in Amberg, Mün- chen, Göttingen und Stockholm kam Bücherl an die Chirurgische Universitätsklinik in Göttingen, wo er 1955 als Privatdozent seine Hoch- schullaufbahn begann. 1957 ging er an die Freie Universität Berlin, wo er 1962 außerplanmäßiger Profes- sor und 1968 Ordinarius und Klinik- direktor wurde. 1964 bis 1968 war Bücherl zugleich Ärztlicher Direk- tor des Städtischen Krankenhauses in Neukölln (Chefarzt der Chirurgi- schen Abteilung).

Bücherl spezialisierte sich als Chirurg vor allem auf extracorpora- le Zirkulation (Herz-Lungen-Ma- schine), Organtransplantationen, Schock und künstliches Herz. Er nahm 1957 die erste Operation am



offenen Herzen in Deutschland vor. Mit mehreren Organverpflanzun- gen (Niere, Lunge, Herz) gilt er als einer der hervorragenden deut- schen Experten auf dem Gebiet der Herz- und Kreislaufchirurgie.

Seit 1962 arbeitet er an der Ent- wicklung eines künstlichen Her- zens und gilt mit seiner Abteilung als einer der Pioniere auf diesem

Gebiet. Bücherls Forschungen, die vom Bundeswissenschaftsminis- terium und der Deutschen For- schungsgemeinschaft unterstützt werden, zielen auf die Miniaturisie- rung des Kunstherzens unter Mitarbeit von deutschen Firmen wie AEG, Siemens und MBB. Nach seiner Meinung könnte das Kunst- herz nach einer Vervollkommenung

gibt es nicht. Im Laborversuch überlebte bereits 1976 ein Versuchs- tier, das Kalb Barbara, mehrere Mo- nate mit einer künstlichen Blut- pumpe.

Besondere Arbeiten finden in sei- nen Laboren auf dem Gebiet der Biomaterialien statt, wobei es ne- ben der Blutverträglichkeit um die Dauerbelastbarkeit geht.

Was die Ameri- kaner können, das können wir auch“: Prof. Emil Bücherl im Ge- spräch mit WELT-Redakteurin Dr. med. Vera Zylka.

Tokio und Peking legen Disput bei

dit, Tokio

Der japanische Ministerpräsident Nakasone hat bei einem zweitägigen Besuch in Peking über das Wochenende die in letzter Zeit von Unstimmigkeiten belasteten Beziehungen zwischen China und Japan verbessern können. Bei seinen Gesprächen mit den Parteiführern Deng Xiaoping und Hu Yaobang sowie Premier Zhao Ziyang wurden die Spannungen über die Bemerkungen des ehemaligen japanischen Kultusministers Fujio, der die Verbrechen Japans gegen China während des Zweiten Weltkriegs verharmlost hatte, heruntergespielt.

Hu Yaobang erklärte, daß einige Personen in Japan die Gefühle des chinesischen Volks nicht verstünden, daß dadurch aber die im allgemeinen guten Beziehungen zwischen beiden Ländern nicht beeinträchtigt werden könnten. Auf neue rechtskonservative Strömungen in Japan anspielend, warnte Hu auch vor einem engstirnigen Nationalismus.

Zu den wichtigsten Themen anlässlich der Visite gehörte der Kurs beider Nationen gegenüber Moskau. Dem japanischen Premier gelang es, die Zustimmung Pekings für seine Verhandlungsposition anlässlich des erwarteten Japan-Besuchs von Parteichef Gorbatschow zu bekommen. Die Japaner hoffen, daß Gorbatschow im Januar zu seiner prinzipiell zugesagten Visite kommen wird.

Nakasone versicherte seinen chinesischen Gesprächspartnern, daß er während des Gorbatschow-Besuchs politische und wirtschaftliche Fragen nicht voneinander trennen werde. Er werde unbeirrt an dem japanischen Territorialanspruch auf die vier Inselgebiete nördlich von Hokkaido festhalten, die von den Sowjets seit 1945 besetzt gehalten werden. Moskau will diese Frage ausklammern und die Frage der Wirtschaftsbeziehungen in den Vordergrund stellen. Der sowjetische Botschafter in Tokio deutete jetzt an, daß sein Land wirtschaftlich enger mit den westeuropäischen Ländern zusammenarbeiten werde, wenn Japan auf seinen Gebietsansprüchen bestehe. Parteichef Hu Yaobang versicherte Nakasone, daß es trotz vermehrter Kontakte keine substantiellen Fortschritte in den Beziehungen zwischen China und der Sowjetunion gegeben habe. (SAD)

„Die KP lebt nur noch von ihrer revolutionären Rente“

Auszüge aus einem unveröffentlichten Memorandum der Serbischen Akademie der Wissenschaften über die politische Situation in Jugoslawien

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien
Ein „Memorandum“ über aktuelle Probleme der gegenwärtigen Gesellschaft, Wirtschaft und Politik Jugoslawiens, das von der Serbischen Akademie der Wissenschaften vorbereitet wurde, hat zu heftigen Reaktionen der regierenden jugoslawischen Kommunisten geführt. Die Partei spricht von „Konterrevolution“, von „Nationalismus“, „Antikommunismus“ und beschuldigt die Akademie – in der die prominentesten Wissenschaftler, bildenden Künstler und Schriftsteller des Landes vertreten sind – im Auftrag einer „bürgerlichen Rechte“ den Sturz des kommunistischen Systems vorzubereiten. Die WELT veröffentlicht nachfolgend Auszüge aus diesem brisanten und in jeder Beziehung sensationellen Papier, das bereits dazu führte, daß die für November anberaumte große Hundertjahrfeier dieser Institution verschoben werden mußte.

1. Die Krise der Wirtschaft und Gesellschaft
„Die Wirtschaftskrise dauert bereits fünf Jahre und ein Ausweg ist nicht in Sicht. Mit einer Wachstumsrate von 0,8 Prozent im Zeitraum 1981-1985 steht Jugoslawien in einer Reihe mit den wirtschaftlich am wenigsten erfolgreichen Ländern der Welt. Auch die anderen Indikatoren der Entwicklung bieten keinen Trost. Eine Arbeitslosigkeit von mehr als einer Million verschleißt der jungen Generation die Perspektive, in absehbarer Zeit ihre Existenzfrage lösen zu können. Brutto-Akkumulation und Reallohn sind um ein Drittel gesunken. Der dank der Politik des realen Wechselkurses und durch die Einschränkung aller Formen des Verbrauchs endlich erreichte Zahlungsbilanzüberschuß ist das einzige positive Resultat der Bemühungen zur Überwindung der Krise. Aber die Aufrechterhaltung der außenwirtschaftlichen Liquidität muß im Lichte der hohen Verschuldung, des Verlustes der ökonomischen Selbstständigkeit des Landes in der Führung der Wirtschaftspolitik wie auch im immer ungeordneteren Zustand der Wirtschaft gesehen werden, der es nicht gelingen will, auf den Weg der Effizienz zu gelangen. Aus einem solchen Zustand schießt die Inflation empor, die alle ökonomischen Kriterien und Motive zerstört und gleich-

zeitig die Ohnmacht der Gesellschaft beweist. Je mehr Zeit vergeht, umso deutlicher wird, daß ein Ausweg aus der Krise ohne grundlegende Veränderungen im wirtschaftlichen und politischen System nicht möglich ist.“

2. Das politische System und seine Träger
„Während in der heutigen zivilisierten Gesellschaft sich die integrativen Funktionen intensivieren – unter gleichzeitiger Stärkung der Bürger- und Menschenrechte, bei Überwindung autoritärer Formen der Macht und einer Demokratisierung des Entscheidungsprozesses – verstärken sich in unserem (jugoslawischen) System die desintegrierenden Kräfte, wie der lokale, regionale und nationale Egoismus sowie das autoritäre Selbstbewußtsein der Macht, die massenhaft und auf allen Ebenen die allgemein anerkannten Menschenrechte verletzen... Der Zustand der Geister läßt befürchten, daß die politische Krise sich dem kritischen Punkt der vollkommenen Destabilisierung Jugoslawiens nähert. Kosovo ist hierfür das augenfälligste Zeichen.“

Das stalinistische und Komintern-Erbe (der KP – Arm.d.Red.) wirken noch immer stark fort. Tiefe Spuren haben die Beziehungen hinterlassen, wie sie innerhalb der illegalen (kommunistischen) Bewegung herrschten: Konspiration, innere Hierarchie, Beteiligung einer kleinen Zahl von Personen an der Beschlussfassung, Insistieren auf ideeller Einheit... Wenn man hier noch die Tendenz hinzufügt, die einmal eroberte Macht zu erhalten und zu verfestigen – und zwar sowohl durch Repression wie durch die Pflege von Untertanengehorsam, dann wird verständlich, warum die Wege zu wahrer Demokratie so schwer zu finden waren...

Das heutige jugoslawische System hat nicht einen der Vorzüge der zeitgenössischen politischen Systeme. Es ist weder eine liberale Demokratie noch eine Räte Demokratie – und es ist auch kein aufgeklärtes bürokratisches System. Ihm fehlen sowohl die politischen Freiheiten wie auch die unmittelbare Beteiligung der Bürger am politischen Leben und auch das Funktionieren des Systems nach im Voraus festgelegten Regeln und Normen. Das gesamte (jugoslawische) System ist nach dem Prinzip der Aktivität der Spitzen der politischen Hierarchie und der hoffungslosen



Führender Kopf der 16 Verfasser des Memorandums: Schriftsteller Antonije Isakovic FOTO: SVEN SIMON

politischen Passivität des Volkes konstruiert... Ein undemokratisches Wahlsystem bringt die Wähler in die Lage, nicht zu wissen, für wen sie stimmen, und die Abgeordneten (Delegierten) haben niemanden, dem sie für ihre Arbeit Rechenschaft schuldig wären.

In Wirklichkeit ist das jugoslawische politische System eine Mischung der Überreste des alten politischen Staates und des autoritären Staates, der aus der Geschichte des sogenannten „realen Sozialismus“ im Osten geerbt wurde. Ein solcher gemischter Staat ist unfähig, die notwendigen Veränderungen und Anpassungen seiner Institutionen und Ziele an eine sich ständig wandelnde Gesellschaft vorzunehmen. Die blockierte politische Organisation wird

zu einer Organisation der Bewahrung des status quo, zur Aufrechterhaltung einer unproduktiven, nicht-inventiven professionellen Politik und einer negativen Selektion loyaler und inkompetenter Kader.“

3. Die kommunistische Partei
„Die Demokratisierung ist eine wesentliche Bedingung sowohl für den Ausweg aus der tiefen Krise wie auch für die unbedingt notwendige gesellschaftliche Wiedergeburt Jugoslawiens braucht keine Demokratisierung in Worten, die nichts verändert, sondern eine Demokratisierung des Bewußtseins und der gesellschaftlichen Beziehungen... Eine wahre Demokratie läßt sich schwer ohne alternative Entwicklungskonzepte vorstellen... Viele Schwierigkeiten haben ihre Ursache im Fehlen eines gut organisierten und demokratisch kontrollierten Staates mit einer fachlich kompetenten und gesellschaftlich verantwortlichen Verwaltung... Der „Bund der Kommunisten“ (KP) lebt von seiner revolutionären Rente und ist in hohem Maße privatisiert. In ihm besteht eine hierarchische Struktur professioneller Kader, die sich durch persönliche Loyalität gegenüber den Vorgesetzten und durch widersprüchlichen Gehorsam an der Macht hält. Der demokratische Zentralismus beschränkt sich darauf, daß die Führer entscheiden, die Mitglieder aber diese Beschlüsse widerspruchslos durchführen. Der „Bund der Kommunisten“ Jugoslawiens“ ist mit dem Staat verschmolzen. Dieses Fehlen von Demokratie innerhalb des Bundes der Kommunisten überträgt sich auf die Gesellschaft im Ganzen. Der Anspruch des Bundes (der Kommunisten), die gesellschaftliche Avantgarde zu sein, stimmt offenbar nicht mit dem ungeordneten Zustand in seinem Innern überein.“

Die offizielle Ideologie, die anstatt eines wirklich sozialistischen Programms leere politische Proklamationen anbietet, hat in hohem Maße ihre mobilisatorischen Möglichkeiten erschöpft. Die Kluft zwischen den sozialistischen Prinzipien und einer verknöcherten Wirklichkeit ist so tief, daß sie zu einer massenhaft auftretenden Apathie, zum Rückzug ins Privatleben und einer immer größer werdenden Erbitterung führt.

Es gibt weder moralische noch rechtliche Grundlagen, daß irgendeine Elite (sei es von Gottes Gnaden, aus ihrer blutmäßigen Abstammung, aus Religion, Rasse, Klasse, ideologischer Zugehörigkeit, historischen Verdiensten oder aus irgendeiner anderen Rechtfertigung) sich das Recht aneignet, im Namen des Volkes zu sprechen, zu entscheiden und Gewalt anzuwenden. Das Volk kann die politische Macht nur auf bestimmte Zeit an seine Vertreter übergeben – mit dem Recht, diese zu wählen, zu kontrollieren und abzusetzen, und sie bei Bedarf auch mit Gewalt zu stürzen – sofern diese den „Gesellschaftsvertrag“ verletzen und anstelle der Volksinteressen ihre eigenen Interessen zu verfolgen beginnen.“

Wo drückt die Schweizer der Schuh?

an Genf

Zunehmend konservative Tendenzen zeichnen sich in einer Schweizer Umfrage ab, die jedes zweite Jahr vom Forschungsinstitut Isopublic vorgenommen wird. Die Erhebung vermittelt gewöhnlich ein gutes Bild von der Stimmung im Lande.

Wo drückt die Schweizer der Schuh? Gefragt wurde nach den fünf wichtigsten Problemen. An der Spitze der Sorgenliste steht mit 73 Prozent die Umwelt. Hier spiegelt sich die Debatte über das Waldsterben und die Nachwirkungen von Tschernobyl wider. Fast jeder Schweizer bekennt sich heute zum Umweltschutz.

An die zweite Stelle ist das Drogenproblem gerückt. Zwei Drittel nennen die Rauschgiftbekämpfung als eine der dringenden Aufgaben. Tatsächlich gehört die Schweiz zu den Ländern mit den meisten Drogentoten in Europa. Rund 50 Prozent der Befragten rufen die Altersvorsorge und 45 Prozent Jugendfragen zu den Hauptproblemen.

Furcht vor Überfremdung

Stark gestiegen ist die Zahl jener Schweizer, denen die „Überfremdung“ ihres Landes Sorgen bereitet. 1984 waren es nur 28, heute sind es 43 Prozent. Der vermehrte Zuzug von Asiaten, vor allem von Wirtschaftsflichtlingen aus Asien und Afrika, hat die „Ausländerfeindlichkeit“ wieder aufleben lassen. Inzwischen versuchen die Behörden den Zustrom zwar einzudämmen; das Asylantragsproblem bleibt dennoch ein zentrales Thema, besonders in der deutschsprachigen Schweiz.

Wirtschaftsfragen hingegen bereiten heute – bei guter Konjunktur und sehr niedriger Arbeitslosigkeit – weniger Sorgen als noch vor zwei Jahren. So unterstützen nur 14 Prozent die von den sozialistischen Parteien vertretene These, daß die Macht der Banken zu groß sei. Jedoch nimmt der Widerstand gegen neue Fiskalmaßnahmen zu. Nur acht Prozent sind bereit, zusätzliche staatliche Leistungen mit höheren Steuern zu bezahlen. 83 Prozent meinen dagegen, neue Staatsaufgaben müßten in jedem Fall durch Einsparungen in anderen Bereichen ausgeglichen werden.

Starker Verteidigungswille

Bemerkenswert ist auch der „intakte Verteidigungswille“ der Eidgenossen, der in schroffem Gegensatz zu einer kürzlich von links-extremen und pazifistischen Kreisen lancierten Volksabstimmung zur Abschaffung der Armee steht. Nur einer von vier Befragten glaubt gegenwärtig an Kriegsgefahr. Aber 58 Prozent wollen die Schweiz bei kriegerischer Bedrohung „mit den bestmöglichen Waffen“ verteidigen.

Hungersnöte und Terrorismus gehören für mehr als die Hälfte der Schweizer zu den „Wesorgen“. Insgesamt jedoch hält nur noch knapp ein Drittel (1984 waren es 40 Prozent) die Lage der Dritten Welt für ein brennendes Problem. Das Interesse des Durchschnittsschweizers richtet sich also heute vor allem auf die Probleme im eigenen Lande.

„Friedenspastorin“ in Schweden

idea, Stockholm

Erstmals hat die lutherische Staatskirche Schwedens eine hauptamtliche „Friedenspastorin“ angestellt. Erzbischof Bertil Werkström führte jetzt Pfarrerin Elisabeth Gerle in das neue Amt ein. Gleichzeitig wurde bekannt, daß voraussichtlich 1987 die erste Militärpfarrerin in der schwedischen Armee ihren Dienst aufnimmt.

Bei der Einführung der Friedenspastorin betonte der Erzbischof die Bedeutung der Friedensarbeit in den Kirchengemeinden. Er regte an, „Friedenskästen“ an Kirchenportalen aufzustellen, in die die Bürger Vorschläge zur Friedenssicherung einwerfen könnten.

Militärparade der Sandinisten

AFP, Managua

Mit der bisher größten Militärparade seit dem Sturz der Somoza-Diktatur hat die in Nicaragua regierende „Sandinistische Nationale Befreiungsfront“ (FSLN) am Wochenende den 25. Jahrestag ihrer Gründung begangen und zugleich ihre Kampfbereitschaft demonstriert. Präsident Daniel Ortega nutzte die Veranstaltung zu einem scharfen Angriff auf die USA, die er vor einer Invasion warnte. Die Feier zeigte zugleich die Isolation, in der sich Nicaragua derzeit befindet. Als einziger ausländischer Staatschef war der Präsident von Burkina Faso, Thomas Sankara, erschienen.

Geschickt spielt Paris die Afrika-Karte

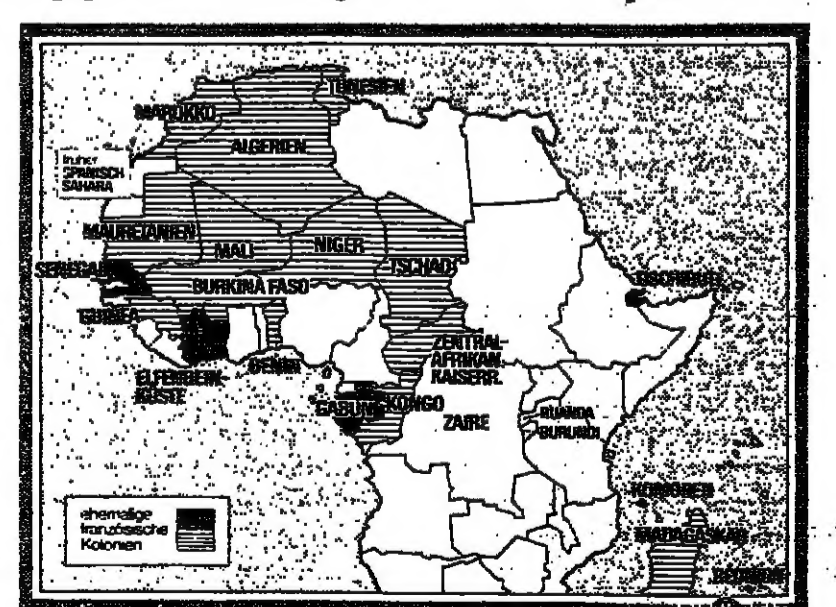
Handfeste Interessen hinter Engagement in ehemaligen Kolonien / 13. Gipfelkonferenz

KLAUS JONAS, Bonn
Zwei Ereignisse – der Konflikt im zentralafrikanischen Tschad und der 13. franko-afrikanische Gipfel am kommenden Wochenende in Lomé (Togo) – haben das fortbestehende französische Engagement der Franzosen in Afrika wieder in Erinnerung gerufen. Sie ist ein Anachronismus, aber die Franzosen halten zäh daran fest – an der „mission civilisatrice“ in Afrika. Allerdings: Früher mag es zivilisatorischer Eifer gewesen sein, heute sind es handfeste wirtschaftliche und machtpolitische Gründe.

Das Engagement in den Ex-Kolonien tut der französischen Wirtschaft gut. Die 14 Länder der sogenannten Franc-Zone wickeln zwischen 40 und 60 Prozent ihres Außenhandels über Frankreich ab. Und sie ziehen dabei noch Neider an. Beim 12. franko-afrikanischen Gipfel Ende 1985 konnte Präsident Mitterrand nicht nur die Führer der ehemals 16 französischen Kolonien in Paris begrüßen, sondern auch Emissäre von 19 anderen afrikanischen Staaten – summa summarum waren zwei Drittel der Mitgliedsstaaten der Organisation für afrikanische Einheit präsent.

Die Mitgliedschaft in der Franc-Zone – die Währung, der CFA-Franc, ist an den französischen Franc gekoppelt und frei konvertierbar, mindestens 65 Prozent der Devisen des jeweiligen Landes müssen in Paris deponiert werden – hat sich in einer Umgebung stetigen wirtschaftlichen Niedergangs für die Mitglieder als Bonus erwiesen. Zwar ist es schwierig, Vor- und Nachteile genau zu quantifizieren. Doch allein schon das Interesse anderer afrikanischer Länder an der Zonen-Mitgliedschaft zeigt, daß die Vorteile generell als überwiegend angesehen werden.

Die Pflege der Freundschaft zu Afrika hat Paris sich viel kosten lassen und von Anbeginn der nachkolo-



nialen Zeit militärische Muskeln gezeigt. Bei Toulouse steht eine schlagkräftige Eingreiftruppe von 47 000 Mann zum Einsatz überall und jederzeit bereit. In Afrika selbst sind mehr als 7000 Militärs stationiert, auf Stützpunkten in Senegal, Elfenbeinküste, Gabun, Djibouti und in der Zentralafrikanischen Republik. Die Regimes in den meisten der ehemaligen französischen Kolonien können sich bei Gefahr auf Verteidigungsabkommen mit Paris berufen.

Ihre Schlagkraft bewiesen die französischen Fallschirmjäger, als Rebellen von Angola aus 1977 und 1978 die für Zaire lebenswichtige Kupferregion Shaba abzuschneiden drohten. Den Paras verdankt Präsident Mobutu Sésé Soko, daß er heute noch an der Macht ist. Und auch der Regierung des Tschad, die wieder einmal durch die von Libyen unterstützten Rebellen von Gukumi Weddeye bedroht wird, sprangen sie schon ein-

mal zur Seite. 1983, als der Fall der Hauptstadt N'Djamena drohte.

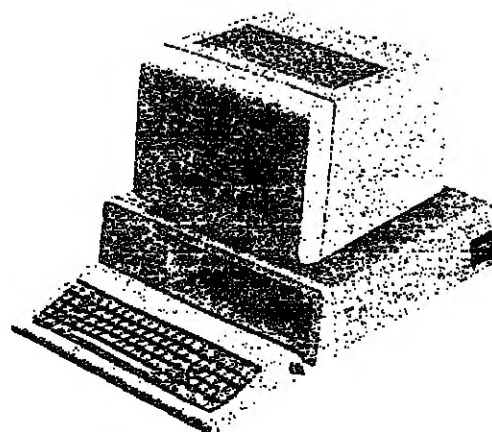
Würde Frankreich sich aus dem von Gaullie konzipierten post-kolonialen Engagement in Afrika zurückziehen, würde eine Neuerschätzung der gesamten Region nördlich des Sambesi durch die Supermächte erfolgen müssen. Und daran ist weder dem Westen noch den meisten afrikanischen Ländern gelegen.

Frankreich ist das einzige westliche Land, auf das wir uns in Krisenzeiten verlassen können“, hat einst Präsident Houphouët-Boigny von der Elfenbeinküste gesagt. Französische Staatschefs, gleich welcher Couleur, haben die Afrika-Karte immer geschickt zu spielen gewußt. Sie konnten sich stets auf das Privileg berufen, ohne vorherige Unterrichtung oder Einwilligung des Parlaments Militäreinsätze in Afrika anordnen zu können. Denn immerhin: noch sind 300 000 Franzosen in Afrika tätig.

→ Bürokommunikation von IBM:

Das neue Büro.

Im dritten Teil der Führung durch das neue Büro zeigen wir Ihnen heute, welche zusätzlichen Talente Sie mit den Programmen für die IBM Bürokommunikation bei Ihren IBM Computern, Bildschirmen und Druckern entdecken können. Zum Beispiel, wenn es darum geht, Mitteilungen zu verschicken, Daten aufzubereiten oder Dokumente elektronisch zu archivieren. Lesen Sie selbst, wie gut man so auch die vielen Kleinigkeiten beim Abschluß von Großaufträgen in den Griff bekommt. **IBM**



Fortsetzung →

مكتبة من الأدب

Fortsetzung →

Personen

BERUFUNG

Das Fraunhofer Institut für Siliciumforschung in Würzburg hat einen neuen Leiter. **Helmut Schmidt** wurde Nachfolger von **Horst Scholze**, der nach 15jähriger Tätigkeit an der Spitze des Instituts aus Altersgründen ausschied. Schmidt begann 1975 seine Tätigkeit im Haus als wissenschaftlicher Mitarbeiter und war seit 1979 Stellvertreter von Scholze. Im Fraunhofer Institut für Siliciumforschung werden nichtmetallische anorganische Werkstoffe erforscht, die etwa in der Bindemittelindustrie oder Mikroelektronik Verwendung finden.

VERANSTALTUNGEN

Die Preisträger des Deutschen Musikwettbewerbs 1986 werden am Mittwoch im Bundeskanzleramt in Bonn ein Konzert geben. Wie Regierungssprecher **Friedhelm Ost** mitteilte, folgen die Künstler einer Einladung von Bundeskanzler **Helmut Kohl** und seiner Frau. Es spielen der Pianist **Rolf Plagge** (Hannover), die Geigerin **Ulrike-Anima Mathe** (Bonn), der Cellist **Gustav Rivinius** (Bonn) und der Gitarrist **Jürgen Rück** (Freiburg) sowie das ARCS-Bläserquintett (München) Werke von Bach, Beethoven, Rachmaninow und anderen. Der Deutsche Musikwettbewerb ist der ranghöchste nationale Wettbewerb für junge hervorragende deutsche Musiker. Er wird seit 1975 vom Deutschen Musikrat veranstaltet und vom Bundesinnenministerium, den Kultusministern der Länder und der Stadt Bonn finanziert sowie durch Zuwendungen privater Stiftungen unterstützt. Bundeskanzler Kohl hat zu dieser Begegnung sämtliche 16 Preisträger des Musikwettbewerbs 1986 eingeladen. Er will vor der Veranstaltung mit den Künstlern kulturelle Fragen erörtern.

Am Freitag hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit Geburtstag. Es wird 25 Jahre alt. Erster Entwicklungshilfenminister in Bonn war vor einem Vierteljahrhundert **Walter Scheel**. Er hatte die damalige Bundesregierung dazu bewogen, die über verschiedene Ministerien zerstreuten Kompetenzen zur Entwicklungshilfe unter einem Dach zu vereinen. Mit einer großen Veranstaltung am Frei-

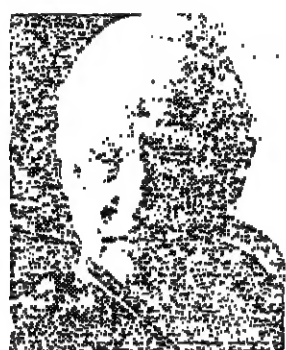
tag in der Bad Godesberger Stadthalle wollen der heutige Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, **Jürgen Warnke**, und sein Haus das Vierteljahrhundert-Ereignis feiern. Eingeladen sind natürlich **Walter Scheel** und Bundeskanzler **Helmut Kohl**, der die Festansprache halten wird. Unter den mehr als tausend Gästen sind die Botschafter Afrikas, Lateinamerikas und Asiens. Für die Dritte Welt will Senegals Botschafter **Cheikh Leye** zur Entwicklungspolitik aus der Sicht der Dritten Welt Stellung nehmen.

UNIVERSITÄT

Professor Dr. **Reiner Horst**, bisher Professor für Mathematik an der Universität Oldenburg, ist auf den Lehrstuhl für Operations Research an der Universität Trier berufen worden.

EHRUNGEN

Die Philosophische Fakultät der Universität Köln hat Kardinal **Alois Stöckler** die Würde eines Ehrendoktors verliehen. Die Universität würdigt damit die Verdienste des „Bibliothekars und Archivars“ der römisch-katholischen Kirche um die Geisteswissenschaften im deutschsprachigen Raum. Der 70jährige österreichische Kardinal hat vor



Alois Stöckler

allem die Kanonistik in ganz einzigartiger Weise als historische Wissenschaft gefördert. Unter seiner Leitung ist die Vatikan-Bibliothek zu einer Institution geworden, die den Aufgaben der geisteswissenschaftlichen Forschung unter allen Aspekten gerecht wird.

Der Große Romanpreis der Académie Française ist in Paris dem

Schriftsteller und Diplomaten **Pierre Jean Remy** für „Une ville immortelle“ (Eine unsterbliche Stadt) zugesprochen worden. Das Werk erschien im Verlag Albin Michel. Die mit 50 000 Francs (etwa 16 000 Mark) dotierte Auszeichnung eröffnet die



Pierre Jean Remy

französische Herbstsaison der Literaturpreise. Der mit 300 000 Francs (fast 100 000 Mark) ausgestattete „Prix Paul Morand“ ging an **Jean Orioux** für sein Gesamtwerk. Die begehrteste Auszeichnung, der „Goncourt“, wird am 17. November vergeben.

Heute wird die Hamburger Autorenvereinigung zum sechsten Mal ihren von der Hamburger Spielbank gestifteten Literaturpreis für Kurzprosa verliehen. Erste Preisträgerin ist diesmal die Fotografin und Schriftstellerin **Ronith Neumann**, die den mit 12 500 Mark dotierten Preis für ihre Erzählung „Die Tür“ erhält. Die 1949 in Haifa (Israel) geborene Autorin lebt seit 1970 in Hamburg. Den zweiten Preis der Autorenvereinigung (je 8000 Mark) teilen sich **WELT**-Mitarbeiter **Valentin Polench**, der für seine Erzählung „Jagen 7“ ausgezeichnet wird, und **Hans Eppendorfer** („Nur ein Pöter“), beide aus Hamburg. Den dritten Preis (2500 Mark) erhält **Jens S. Putsch** (Kiel).

Der Münchner Privatdozent für Chirurgie, Dr. **Eckehard Fratschke**, erhielt den mit 10 000 Mark dotierten **Ferdinand-Sauerbruch-Preis** der Berliner Chirurgischen Gesellschaft.

ERNENNUNG

Professor Dr. **Ernst-Günter Aftling** (44), Forschungsleiter der Beh-

ring-Werke in Marburg, ist zum stellvertretenden Vorstandsmitglied des mit rund 2700 Mitarbeitern größten Industrieunternehmens im Marburger Land ernannt worden.

KIRCHE

Dr. **Gerhard Bauer** (45) wurde von Bischof Dr. **Josef Stimpfle** ab 1. Januar 1987 zum Sekretär der Augsburger Diözesansynode ernannt. Zuletzt war der 1977 zum Priester geweihte Augsburger Diözesanseelsorger Dr. Bauer als Rektor im Zentralkomitee der Deutschen Katholiken in Bonn tätig. Er ist 1980 nach Bonn berufen wurde, war er im Dienst des Heiligen Stuhls in Brüssel tätig.

DIPLOMATIE

Schweden wird einen neuen Honorarkonsul in Stuttgart erhalten. Die Bundesregierung erteilte **Michael Klett** das Exequatur. Sein Konsularbezirk umfaßt das Land Baden-Württemberg. Die Vertretung ist dem schwedischen Generalkonsulat in München unterstellt.

GESTORBEN

Die Bosch-Vertretung in Bonn wird ihren großen Empfang am 26. November in der Landesvertretung von Baden-Württemberg nicht absagen, obwohl Direktor **Ulrich von Roehl**, der Leiter des Bonner Bosch-Büros, in diesen Tagen völlig unerwartet starb. Eingeladen hatte noch von Roehl die Bonner Gäste, um das hundertjährige Bestehen des Hauses Bosch zu feiern. Ulrich von Roehl gehörte der Firma seit 1969 an. Der Berliner, Jahrgang 1925, war zunächst Leiter und dann Direktor des Frankfurter Verkaufshauses von Bosch gewesen. 1984 hatte er die Leitung der Bonner Verbindungsstelle übernommen. In der Bundeshauptstadt wurde Ulrich von Roehl schnell ein sehr beliebter und hochgeschätzter Gesprächspartner der Bundesregierung, der Wirtschaft, der hiesigen Firmenrepräsentanten. Der Berliner mit dem ihm eigenen besonderen Charme und der großen Sachkompetenz war bald auch gesuchter Partner und Berater für das Diplomatische Korps, in dem die Nachricht von seinem plötzlichen Tod große Bestürzung und Trauer auslöste.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/38 41, Telex 8 85 714

„Innerparteiliche Kampfansage“ Newsweek

„Berlin kann ohne Dieppens Besuch im Osten leben“, WELT vom 28. Oktober

Wahrscheinlich glaubte der Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Dieppens, besonders klug zu sein, als er sehr ausdrücklich erklärte, er werde sich bei der Entscheidung, ob er die Einladungen zur 750-Jahr-Feier nach Ost-Berlin annehme, Zeit lassen. Nun kann er über Ratschläge – erbetene und unerbetene, gute und weniger gute, nichtöffentliche und öffentliche – nicht klagen. **Häme** Richard von Weizsäcker als damaliger Regierender Bürgermeister seinen Besuch bei **Erich Honecker** so vorbereiten, wäre wohl nichts daraus geworden.

Über die Sache selbst läßt sich trefflich streiten. Aus meiner Sicht als Oppositionspolitiker ist allerdings die Art und Weise, wie **Heinrich Lummer** seinem Regierenden Bürgermeister rät, eine Anmerkung wert. Will er ihm heißen, dann hätte er, so darf man annehmen, Gelegenheit gefunden, ihm seine Gründe unter vier Augen vorzutragen. Die öffentliche Kritik in der WELT kann nur als innerparteiliche Kampfansage gemeint sein. Das ist allerdings das einzige Bemerkenswerte an diesem Vorgang. Die Argumente sind so alt wie die alte CDU, mit der **Heinrich Lummer** verblieben über Jahrzehnte gegen die Entspannungspolitik der sozial-liberalen Koalition angetrieben ist.

Eberhard Dieppens ist nicht zu beneiden. Vermutlich gibt es keine einseitigeren Senats von Berlin hat noch einiges zu tun, damit die laufend besseren Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik nicht an Berlin vorbeigehen. Das würde West-Berlin stärker treffen als Ost-Berlin, das, was immer auch der Status für ihn ist in Berlin durch **Ernst Reuter**, **Willy Brandt** und auch **Richard von Weizsäcker** sehr hoch. So hoch wie nötig zu springen, ist schwer mit

der ganzen alten Berliner CDU und einem großen Teil der veröffentlichten Meinung als Klotz am Bein. Nicht im feinen Überseeclub in Hamburg mit seinen Reden ist Rhodus, sondern hier und jetzt, hier muß gesprungen werden.

In der Sache steht viel auf dem Spiel. Gewinnen wir in West-Berlin die kommunale Ebene mit Ost-Berlin, um die wir so lange gerungen haben? Wird die Tatsache, daß zum ersten Mal, soweit ich mich erinnere, der Oberbürgermeister von Ost-Berlin einläßt, unter diesem Gesichtspunkt richtig bewertet? Was bedeutet der Umstand, daß der Generalsekretär und Staatsratsvorsitzende sich noch einen dritten Hut aufgesetzt hat, nämlich den eines „Vorsitzenden des Komitees zur Vorbereitung des 750. Jubiläums von Berlin“? Kann er nicht als Angebot verstanden werden, sich den passenden auszusuchen? Die unterschiedlichen Rechtspositionen zum Status von Berlin konnten nicht einmal im Viermächteabkommen ausgeräumt werden; und zwar unter denen, die es wirklich angeht, den vier Siegermächten aus den Statusmächten. Man müßte ziemlich naiv sein zu meinen, dies könnte den Deutschen so nebenbei aus Anlaß eines Stadtjubiläums gelingen. Das einzige, was jetzt gefragt ist, unbeschadet unterschiedlicher Rechtspositionen, ist pragmatisch im Geiste guter Nachbarschaft zu handeln. Der gegenwärtige Senat von Berlin hat noch einiges zu tun, damit die laufend besseren Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik nicht an Berlin vorbeigehen. Das würde West-Berlin stärker treffen als Ost-Berlin, das, was immer auch der Status für ihn ist in Berlin durch **Ernst Reuter**, **Willy Brandt** und auch **Richard von Weizsäcker** sehr hoch. So hoch wie nötig zu springen, ist schwer mit

Prof. **Gerhard Heilmann**, MdB/SPD Berlin

Ich finde es sehr bedauernd, daß jetzt seitens der Bundesregierung versucht wird, die Fanne mit der schlimmen verbalen Entgleisung Bundeskanzler Kohls (Goebbels-Gorbatschow) zumindest teilweise den Kollegen von „Newsweek“ in die Schuhe zu schieben und damit gar noch verbale Ausfälle gegen ausländische Journalisten allgemein zu verbinden, wie dies Herr Ost getan hat. „Newsweek“ hat ja schließlich den Text Herrn Ost vorher vorgelegt und sein O. K. erhalten. Selbst wenn der halbe Satz über Goebbels, der ja nur als Erläuterung für nicht so geschichtsbewanderte amerikanische Leser gedacht sein konnte, nachträglich hinzugefügt wurde, hat dies doch in keiner Weise den groben Schnitzer Kohls noch verschlimmert. Alle spitzfindigen Dementis und Erläuterungen ändern doch nichts an der Tatsache, daß Kohl eben doch Goebbels und Gorbatschow verglichen hat.

Robert H. Lochner, Korrespondent der ABC in Berlin

Der Bundeskanzler sollte den „Newsweek“-Bürochef in die Wüste schicken lassen.

Hans-P. Feischer, Köln 41

Propaganda

„Anschließend Schluß: WELT vom 5. November“

Jedem, der die Dinge durchschaut, ist doch klar, daß das Sowjet-System in der – vor allem westlichen – Welt seit Jahrzehnten ein gefährliches einseitiges Propaganda- und Desinformationssystem aufzubauen hat. Der NS-Propagandaminister **Dr. Goebbels** würde hinsichtlich der weltweiten Wirksamkeit dieses PR-Systems sogar vor Neid erblassen.

W. v. Koeber, Eckernförde

Alles vergessen? Gilt hier: „Wenn zwei dasselbe tun, dann ist es nicht das Gleiche.“

Ursula Grosshans, Bad Nenndorf

ARD und ZDF

„Kartusche steckt den Rahmen für privaten Rundfunk ab“, WELT vom 5. November

Welche Konsequenzen ziehen die Intendanten von ARD und ZDF aus dem Urteil? Heißt es dort doch eindeutig: „...maßgebend ist ein Grundstandard, der die wesentlichen Voraussetzungen von Meinungsvielfalt umfaßt (nämlich auch) ... den Ausschluss einseitiger, im hohen Maße ungleichgewichtigen Einflusses einzelner Veranstalter oder Programme auf die öffentliche Meinung; namentlich die Verhinderung des Entstehens vorherrschender Meinungsmacht.“ Sie müßten die Phalanx von einseitigen Redakteuren entlassen. Tun sie das nicht, verstoßen sie auch gegen ihre eigenen Dienstverträge, in denen sie sich verpflichtet haben, wahre, objektive und ausgewogene Berichterstattung zu gewährleisten.

Hubert R. Woehl, Geiselbüllach

„R“ für „G“

Wenn eine Rentnerin sich auf Sex-Appeal schmilzt und durch das „R“ auf dem Krankenschein so schandernd entlarvt wird, dann ist das seelisch grausam, zumal darüber hinaus die heutige Devisen „R“ scheitern als sein verletztes Wort. Den meisten Männern, die sich dieses „R“ redlich verdient haben, ist es meines Erachtens schnuppe; ganz sicher werden sie nicht ihre Wahlentscheidung davon abhängig machen, ob eine Partei die Lösung des „R“ in ihr Programm aufgenommen hat (für statistische Zwecke zur Kostenermittlung ist dieses „R“ nämlich sehr wesentlich).

Arme angesprochene FDP, die Stimmengänge mit solchen „weltbewegenden Fakten“ machen soll. Nächster Programmpunkt wäre dann vielleicht eine Stellungnahme gegen die Medien, die meist nur von „mündigen Bürgern“ sprechen und unsere Bürgerinnen dann wohl als unmündig ansehen und so weiter und so fort. Ein ganzes Buch könnte man mit derartigen Unsinn – pardon – mit solchen Programmpunkten füllen. „Ein Mensch, erst 20 Jahre alt betrachtet, greise ziemlich kalt. Und hält sie für verkaltete Deppen, die nutzlos sich durchs Leben schleppen.“ Freuen wir uns, daß nicht ein „G“ (für Greise) auf dem Krankenschein steht, aber das wäre – da bin ich ganz beruhigt – nicht ohne Heering im Bundestag und schwere Wahlkämpfe durchzusetzen.

Dr. Splitterberger, Medingen

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinngemäß zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Wort des Tages

„Die Politik erinnert an die Spinne der Fabel. Sie verschlingt alle, die ihre Rastel nicht übersehen können.“

Antoine de Rivarol, französischer Moralist (1753-1801)

→ Bürokommunikation von IBM:

Die neue Rechtsabteilung.

Großaufträge verlangen oft Sonderkonditionen. Aber im neuen Büro muß nicht jedes Vertragsdetail jedesmal neu formuliert werden. Mit den Programmen für die IBM Bürokommunikation werden vergleichbare Verträge aus dem elektronischen Archiv herangezogen und so weit wie möglich in das neue Dokument übernommen. Und weil die Zeit wieder knapp ist, geht alles sofort elektronisch in den Verkauf und nach der Prüfung über Teletex raus. Und der Liefertermin?

IBM



Fortsetzung →

مكتبة من الأدب

Levins Mühle: Ein historischer Kriminalfall als Lehrstück für unsere Zeit

Bobrowski, ein deutsches Schicksal

Am 2. September 1969 starb in einem Berliner Krankenhaus der aus Ostpreußen stammende Dichter Johannes Bobrowski. Er war gerade 48 Jahre alt und stand mitten in der Blüte seines literarischen Schaffens. Der Ruhm hatte ihn spät eingeholt, aber das lag nicht an der früh erkannten Qualität seines Werkes, sondern an der indiskutierten Qualität der politischen Umwelt, in der sich der Kriegsheld Johannes Bobrowski seit Dezember 1940 zurechtfinden mußte: in der DDR, deren Kulturpolitik der ungewöhnlichen Versen des Ostpreußen Mißtrauen bis ablehnend gegenüberstand.

Der erste wirkliche Förderer dieses Dichters war der politisch höchst gefährdete Chefredakteur der Zeitschrift der Akademie der Künste, „Sinn und Form“, Peter Huchel. Er druckte 1955 fünf Gedichte des schwermütigen und zugleich lebenslustigen Ostpreußen und hielt ihm, selber einer der ganz großen deutschen Dichter, für die Treue, wie dies auch umgekehrt der Fall war. Doch die Kulturbürokratie belegte die Arbeiten des Johannes Bobrowski mit dem Verdacht auf reaktionäre Heimattümelei, witterte verkappten Revanchismus, sentimentale Rückwärtsgewandtheit. Bobrowski verließ zunehmend in Resignation, glaubte nicht mehr daran, jemals mit einem ganzen Buch als Dichter in Erscheinung zu treten.

Doch in Westdeutschland war man auf die wenigen Gedichte Bobrowskis aufmerksam geworden,

druckte ihn in Zeitungen und Zeitschriften, und 1961, endlich, erschien in Stuttgart und kurz danach in Ost-Berlin der erste Gedichtband des genialen Lyrikers aus Tilsit: „Sarmatische Zeit“. Schon 1962 folgte der zweite Band: „Schattenlandströme“. Bobrowski erhielt dafür den Preis der einflussreichsten deutschen Schriftstellerversammlung, der „Gruppe 47“, der ihn auf einen Schlag in Ost- und Westdeutschland berühmt und, in einem gewissen Sinne, unantastbar machte. 1964 wird Bobrowski in das Deutsche PEN-Zentrum Ost und

West gewählt und im selben Jahr erhielt er, weil es nicht mehr anders ging, den ersten und einzigen Literaturnobelpreis der DDR: den Heinrich-Mann-Preis der Deutschen Akademie der Künste. Kein Jahr später ist der neben Bert Brecht am meisten stützende Autor der modernen deutschen Literatur nach 1945 tot. Im Nachlaß finden sich der vollendete Roman „Litauische Claviere“, zwei Prosaabende, eine Lyriksammlung. Die deutsche Literatur ist um eines ihrer größten Talente ärmer, aber um

eines ihrer unverwechselbarsten Werke reicher.

In „Levins Mühle“ erzählt ein Enkel auf witzige, ironische und elegische Weise, in partiell lyrischer Verdichtung und mit fast musikalisch strukturierter Rhetorik die Geschichte seines Großvaters Johann, der der reichste Mann eines Dorfes ist, das „am Unterlauf der Weichsel, an einem ihrer kleinen Nebenflüsse“, liegt. Dieser Großvater läßt 1874 die Mühle seines jüdischen Konkurrenten Levin abkaufen. Die Klage des Juden vor Gericht ist zwar nicht erfolgreich, aber Johann, moralisch geschlagen, flieht aus seiner ländlichen Umgebung in die Kreisstadt, wo er von Geisteserscheinungen geplagt wird, die ihn darüber aufklären, daß er selbst von einem polnischen Raubritter abstammt, der in Danzig wegen Raubes an deutschen Kaufleuten hingerichtet wurde.

Bobrowski nimmt einen historischen Kriminalfall zum Anlaß, um über jüngste deutsche Vergangenheit zu schreiben, die zum Verlust von Heimat geführt hat. Es ist ein Roman, in dem es um moralische Schuld, um tragische Verstrickungen, um Liebe und historische Verhängnisse geht – aber es ist keine politische, von Opportunismus geführte Anklage. „Levins Mühle“ ist eine schmerzvolle und zugleich höchst kunstvolle Selbstbestimmung auf das, was Bobrowski nicht zuletzt auch als seine ganz eigene Geschichte verstanden wissen wollte. ULRICH SCHACHT

Für diesen Roman, dessen sprachliche Virtuosität atemberaubend ist, erhielt er, weil es nicht mehr anders ging, den ersten und einzigen Literaturnobelpreis der DDR: den Heinrich-Mann-Preis der Deutschen Akademie der Künste. Kein Jahr später ist der neben Bert Brecht am meisten stützende Autor der modernen deutschen Literatur nach 1945 tot. Im Nachlaß finden sich der vollendete Roman „Litauische Claviere“, zwei Prosaabende, eine Lyriksammlung. Die deutsche Literatur ist um eines ihrer größten Talente ärmer, aber um

eines ihrer unverwechselbarsten Werke reicher.

In „Levins Mühle“ erzählt ein Enkel auf witzige, ironische und elegische Weise, in partiell lyrischer Verdichtung und mit fast musikalisch strukturierter Rhetorik die Geschichte seines Großvaters Johann, der der reichste Mann eines Dorfes ist, das „am Unterlauf der Weichsel, an einem ihrer kleinen Nebenflüsse“, liegt. Dieser Großvater läßt 1874 die Mühle seines jüdischen Konkurrenten Levin abkaufen. Die Klage des Juden vor Gericht ist zwar nicht erfolgreich, aber Johann, moralisch geschlagen, flieht aus seiner ländlichen Umgebung in die Kreisstadt, wo er von Geisteserscheinungen geplagt wird, die ihn darüber aufklären, daß er selbst von einem polnischen Raubritter abstammt, der in Danzig wegen Raubes an deutschen Kaufleuten hingerichtet wurde.

Bobrowski nimmt einen historischen Kriminalfall zum Anlaß, um über jüngste deutsche Vergangenheit zu schreiben, die zum Verlust von Heimat geführt hat. Es ist ein Roman, in dem es um moralische Schuld, um tragische Verstrickungen, um Liebe und historische Verhängnisse geht – aber es ist keine politische, von Opportunismus geführte Anklage. „Levins Mühle“ ist eine schmerzvolle und zugleich höchst kunstvolle Selbstbestimmung auf das, was Bobrowski nicht zuletzt auch als seine ganz eigene Geschichte verstanden wissen wollte. ULRICH SCHACHT

Für diesen Roman, dessen sprachliche Virtuosität atemberaubend ist, erhielt er, weil es nicht mehr anders ging, den ersten und einzigen Literaturnobelpreis der DDR: den Heinrich-Mann-Preis der Deutschen Akademie der Künste. Kein Jahr später ist der neben Bert Brecht am meisten stützende Autor der modernen deutschen Literatur nach 1945 tot. Im Nachlaß finden sich der vollendete Roman „Litauische Claviere“, zwei Prosaabende, eine Lyriksammlung. Die deutsche Literatur ist um eines ihrer größten Talente ärmer, aber um

eines ihrer unverwechselbarsten Werke reicher.



Leslies Nachfolger greift auf Anweisung des Trainers den Kameramann an

Oscar-verdächtig: Mike, der neurotische Hund

Der neue Star wurde im Januar geboren – mehr oder minder „über Nacht“, wie sich so etwas für Hollywood gehört. „Oscaralibi“, jubelte die New York Times nach einer Pressevorführung. „Eine echte Type“, lobte die Washington Post. „Er steht allen die Schau“, staunte New Yorks Daily News.

Bei dem Neuling handelt es sich um einen siebenjährigen Hund, einen schwarzweiß gefleckten Collie, namens Mike, den drolligsten Hund, der je in einem amerikanischen Film mitgewirkt hat. In „Zoff in Beverly Hills“ – der Geschichte eines Stadtreichers (Nick Nolte), der bei einer reichen Familie (Bette Midler und Ri-

chard Dreyfuss) Unterschlupf findet – spielt er einen neurotischen Koter, der einen nervösen Collie, namens Mike, der Menschen auf verblüffende Weise nachmacht, dabei auf die Schippe zu nehmen scheint. Maise hat sogar seinen eigenen Psychiater.

Mike, der mit einem blauen und einem braunen Auge gesegnet ist, verankert seine Filmkarriere dem Tiertrainer Clint Rowe. Er wurde von diesem im Alter von sieben Wochen auf einer Farm in Nordkalifornien

„entdeckt“ und dann mit nach Hollywood genommen. Heute beherrscht der Hund rund 150 verschiedene Tricks – wobei sein „Gesichtsausdruck“ unter anderem davon abhängt, welche Gegenstände Trainer Rowe hinter der Kamera hochhält. Bei Anblick eines Korbballs blickt Mike beispielsweise erwartungsvoll.

Eigentlich wollten wir zuerst für „Zoff in Beverly Hills“ einen kleineren Hund haben“, verriet der Regisseur des Films, Paul Mazursky, „aber als ich diese Augen sah, war ich sofort hin und hergerissen. Denn hat Mike auch noch die unglaublichen Tricks vorgeführt. Unter anderem ist er mit einem Elmer in der Schraube eine Strickleiter hochgeklettert.“

Im Anschluß an den Film durchlebte Mike, der bereits auf eine sechsjährige Karriere als Werbemodell für Toyota, französischen Senf und Doublemint-Kaugummi zurückblickt, mehrere hektische Wochen. Er flog erster Klasse nach New York, wurde für „People“ fotografiert, im TV-Magazin „Good Morning America“ interviewt und wirkte zusammen mit Rockstar Little Richard in einem Videoclip mit. Zur Zeit wartet der Star auf Rows Ranch in den Bergen nördlich von Los Angeles auf neue Rollenangebote.

HELMUT VOSS (SAD)

Radio Antilles, ein deutscher Sender in der Karibik

Geehrt von britischer Post

Für Radio Moskau, den größten Auslands-Rundfunkdienst der Welt, und für Fidel Castros Radio Habana ist ein rotes Tuch – für Millionen Menschen in der Karibik eine Quelle freier Information: der kommerzielle Sender-Riese „Radio Antilles“ in Plymouth auf Montserrat.

Mit 200 Kilowatt auf Mittelwelle 930 kHz ist er mit Abstand der stärkste Sender im „Hinterhof der USA“, in der Karibik. Sein Signal ist schon tagsüber von Guayana im Süden bis zu den Virgin Islands im Norden, nach Einbruch der Dunkelheit von Kolumbien bis Florida, von Nicaragua bis Guadeloupe zu empfangen. Sein Programm in Englisch von täglich mehr als 18 Stunden wird von knapp 100 Männern und Frauen in der Heimat der Karibik (ist) bestirnt. General-Manager der wichtigsten Radiostation der freien Welt und der Karibik ist der deutsche Journalist Kristian Knaack. „Radio Antilles“ ist über die Kölner Gesellschaft Pro Funk GmbH eine Tochter der Deutschen Welle, also in deutschem Besitz.

Als der im April 1963 von dem Franzosen J. Tremoulet als „Radio Interamerica“ gegründete Sender in deutschem Besitz seit 1972 seinen 20.

geburtstag feierte, kamen Glückwünsche aus der ganzen Karibik, darunter von zahlreichen Premiers der Insel-Republiken. Das Ansehen dieses ausschließlich durch Werbung finanzierten Station ist groß. Welt-Nachrichten-Agenturen zitieren ihn oft als Quelle.

Dieser Sender konnte in diesen Tagen einen Erfolg buchen: Nach Radio Kanada, Deutscher Welle und Voice of America hat nun auch die BBC Senderzeit bei „Big RA“ (Eigenwerbung) gebucht. Damit benutzen die vier Spitzen-Auslandsdienste der freien Welt diesen kommerziellen Sender, um per Mittelwelle in die Karibik und nach Mittelamerika zu strahlen. Radio Kanada und die Deutsche Welle neben Englisch auch in Französisch. Dies ist schon deshalb wichtig, weil Radio Moskau seit den siebziger Jahren einen starken MW-Sender auf Kuba benutzt.

Viel Ehre hat dem Sender vor einigen Tagen die britische Post angetan in der Kronkolonie Montserrat brachte sie eine Briefmarke heraus, die ihn abbildete. Dies wird wohl das erste Mal sein, daß ein deutscher Sender auf einer britischen Briefmarke erscheint. HERMANN JÄGER

Fritz Klein (NDR) wird ARD-Sportkoordinator

Mehr Sport am Sonntag?

Auf einen „immer härteren Machtkampf“ mit den privaten Fernsehveranstaltern richtet sich Fritz Klein (48) ein, der im April ARD-Sportkoordinator und damit Nachfolger Hans-Heinrich Isenbarts (63) wird, der sich zur Ruhe setzt. Zwar habe ihm, so sagt Klein, der Präsident des Deutschen Fußball-Bundes, Neuberger, zugesichert, Länderspiele zunächst nur an ARD und ZDF zu vergeben – also auch das erste Länderspiel in Kleins Amtszeit gegen Italien am 18. April in Köln, um das sich RTL plus bemüht. Aber bei Europapokal- und DFB-Pokalspielen rechnet er mit verstärkten Anstrengungen der privaten Sender, wie auch beim Tennis, vor allem bei Spielen von Boris Becker und Steffi Graf.

Der frühere Leichtathlet und Eisschnellläufer Klein leitet seit zehn Jahren die Sport-Abteilung beim NDR. Er wurde, so sagt er, von seinen

acht Kollegen in den anderen Anstalten überredet, die neue Aufgabe zu übernehmen – „ohne ihr Vertrauen kann ich nicht bestehen“. Klein denkt an die Möglichkeit, ein großes Wochenend-Sportmagazin anzukurbeln, ohne deshalb auf die samstägliche Sportschau in ihrer bisherigen Form zu verzichten. Vor allem das Sonntags-Sportangebot der ARD solle neu konzipiert werden, Änderungen dafür will sich Klein bei der BBC in London holen.

Abschied vom Bildschirm will der Hamburger, der zur ARD-Zentrale nach München wechselt, allerdings nicht nehmen. Nur auf seine – nicht immer sprühenden – Fußball-Kommentare wird der Zuschauer verzichten müssen. Vom Golf, seinem besten Fachgebiet, will Klein aber weiterhin berichten. „damit ich nicht ganz aus dem Journalismus herauskomme“. JOACHIM MIELINSKI (dpa)

Fellhauer aussichtsreicher Intendanten-Kandidat

Der bisherige stellvertretende Intendant der „Deutschen Welle“, Heinz Fellhauer, wird wahrscheinlich heute zum Chef des für die deutschsprachigen Hörer im Ausland arbeitenden Senders gewählt. Wenn der Rundfunkrat der „Deutschen Welle“ sich für die CDU-Mitglied Fellhauer entscheidet, löst der erfahrene bisherige Verwaltungsdirektor des Senders den gegenwärtigen Intendanten Klaus Schütz ab, der als prominenter Sozialdemokrat bei der jetzigen politischen Mehrheit im Kontrollorgan des Kölner Senders mit seiner erneuten Kandidatur keine großen Chancen mehr haben dürfte. Denn die die „Deutsche Welle“ finanzierende Bün-

desregierung, die durch vier von ihr zu benennende Mitglieder im Rundfunkrat vertreten ist, sieht in der Wahl des CDU-Mitglieds Fellhauer einen „Akt der Gerechtigkeit“, wie der WELT gestern aus der Umgebung des Bundeskanzlers bestätigt wurde. Schließlich habe die CDU zuletzt mit dem ersten Intendanten des „Deutschlandfunks“, dem früheren Staatssekretär Thediek, einen Mann ihrer Partei auf dem Chefstuhl eines der beiden Sender gestellt.

Der fast 60jährige Fellhauer, der bereits seit 1958 leitende Funktionen bei dem Sender am Kölner Raderberggürtel ausübt, arbeitete seit vielen Jahren mit dem gleichaltrigen

Schütz vertrauensvoll zusammen und trug bisher Verantwortung für die Finanzen, die Transkriptionsdienste und den Ausbau der „Deutschen Welle“ vor allem in der Dritten Welt und in Ostasien.

Fellhauer könnte sich als Intendant vor allem auf seine guten Beziehungen zum Verwaltungsrats-Vorsitzenden des Senders, dem ehemaligen Bundesminister Bruno Heck, stützen. Dem Vertrauten Kohls wird großer Einfluß auf die für den Sender, der keine Gebühren erheben kann, lebenswichtigen finanziellen Zuwendungen des Bundes bescheinigt.

HELMUT BREUER

7.45 Entgegen der Erwartung	11.55 Hamburger Weihnachtsshow
10.00 Tageschau	12.30 Weltspiegel
10.40 Abschiede	12.55 Prosenachmittag
Parthyspiel	15.00 Tageschau
15.00 Tageschau	16.00 heute
16.00 Der Feind (3)	16.04 Mistrakt
16.20 Ein Stück aus Ihrem Leben	18. Und du mußt raus!
Meinchen über 60	Anschl.: heute-Schlagzeilen
17.40 Mein Tag in Den Haag	Thematik:
Aus dem Autorenwettbewerb für Senioren	Man hat's im Körperchen (ein Bet.)
17.47 Tageschau	Wenn's passiert ist: Sportverletzung...
17.55 Sozialkompregrimmee	17.00 heute / Aus den Ländern
20.00 Tageschau	17.15 Tele-Wirtschaft
20.15 Ausgestiegen (2)	Gast: Tony Christie
Fährttage Serie	17.46 Agents mit Herz
Von Denny de la Patellière und Boris Kämpf	1. Die Überbiter
21.15 Proger Matinee	Drei wichtige Ostblock-Dissidenten
Die Proger Matrö. Navy Boy - Glas und Kristall als Wirtschaftsfaktor.	Wurde von ihnen werden vor
Hans Hegewald - Eine Chamomäsenbürgerin berichtet aus ihrem Leben.	aller Augen ermordet. Der Verdacht
Politisch Lied, garstig Lied!	des Geheimdienstleiters
Leben in Geschichte - Das KZ Theresienstadt.	fällt auf Amanda...
21.48 Treffpunkt Kino	Anschl.: heute-Schlagzeilen
Werner Becker führt Gespräche mit Nick Nolte, Jack Lemmon, Marcello Mastroianni, Hanna Schygula und berichtet über den „neurotischen Hund“ Mike aus dem Film „Zoff in Beverly Hills“.	Agents mit Herz
22.30 Tageschau	19.00 heute
Das Fernsehgericht liegt	19.50 Verleumdung
Teilung der Verurteilten	Schwerer Unfall mit tragischen Folgen
Mit Ulrich von Dobschütz, Astrid Meyer-Göster, Ingeborg Steinbock	21.06 Reschewitz für Kinopuffer
0.50 Nachgeschau	„Extremities“ von Robert M. Young vorgestellt v. Inge Bongers
0.56 Nachgedanken	21.16 WISO
Aristoteles: Gedanken	Zur Person: John Mecom - Millionär aus Houston
	21.45 Heute
	22.06 Gekochte Insaure Nidor
	Der Maler Emil Schumacher
	Film von Werner Krüger
	22.30 heute II
	Anschl.: heute

China steigt verstärkt ins Waffengeschäft ein

Regierungschef Zhao: Folge der Öffnung zum Ausland

AFP/DT, Peking. Die Volksrepublik China wird künftig mehr Waffen ins Ausland exportieren. Über diesen Anknüpfungspunkt auf der internationalen Waffenausstellung „Asiadex 86“ in Peking betonte Regierungschef Zhao Ziyang damit erstmals offiziell, daß China verstärkt ins Waffengeschäft einsteigt.

Der erhöhte Export von Waffen und Technologie sei eine Folge der Öffnung Chinas zum Ausland, sagte Zhao vor rund 50 Vertretern aus 21 Ländern. Der Ministerpräsident betonte, China wolle gleichzeitig die Militärausgaben stabil halten. Seit dem Amtsantritt 1973 des starken Mannes der Volksrepublik, Deng Xiaoping, ist der Anteil der Militärausgaben am Haushalt stetig zurückgegangen. Gegenüber 12 Prozent im Vorjahr machte der Verteidigungsetat 1986 nur noch 10 Prozent aus.

Zhao betonte, trotz des verstärkten Waffenexports werde sich China „niemals“ am Waffentrust beteiligen. Gleichzeitig riefte er mit, die Streitkräfte ebenfalls derzeit rund eine Million Soldaten, um die zahlenmäßig stärkste Armee der Welt auf 3,2 Millionen Mann schrumpfen zu lassen. Zum Ausgleich müsse jedoch die technische Ausrüstung der Armee weiter verbessert werden.

„Weltkrieg vermeidbar“

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß die Nachrichtenagentur „Neues China“ am Wochenende die Meldung verbreitete, der chinesische Verteidigungsminister General Zhang Aiping habe erklärt, die Volksrepublik habe ihre Konzeption des unvermeidlichen Weltkrieges modifiziert. Die von den beiden Supermächten ausgehende Kriegsgefahr könne durch eine Stärkung der Wirtschaft und militärischen Schlagkraft der anderen Länder gebannt werden.

Die „Asiadex 86“, an der sich Aussteller aus 12 Ländern einschließlich Hongkong beteiligen, geht morgen zu Ende. Ihr war eine internationale Rüstungsmesse im Januar dieses Jahres vorausgegangen. Damals ging es um die Chinesen, in erster Linie darum, mit den führenden internationalen Rüstungsproduzenten in direkten Kontakt zu kommen.

Ein Bruch mit Damaskus kommt für Londons Partner nicht in Frage

Kohl und Chirac schweigen zur Zeitungsaffäre / Assad und die Struktur der Geheimdienste

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn. Bundeskanzler Helmut Kohl und Frankreichs Premierminister Jacques Chirac erwarten, daß die Beratungen der EG-Außenminister heute in London über die syrische Urheberschaft am in letzter Minute verteilten Terroranschlag gegen einen El-Al-Jumbo im April zu „einer vernünftigen Lösung“ und auch zu einer solidarischen Haltung der Europäer mit Großbritannien in dieser Frage führen werden. Anlässlich des Privatbesuchs von Chirac und seiner Frau im Haus des Kanzlers in Oggersheim betonten beide gemeinsam vor Journalisten, es sei notwendig, die europäische Position „sehr sorgfältig“ abzustimmen. Mehr sagten sie über die syrische Affäre nicht.

Schon vorher verlautete aus Paris, daß man die vier Vorschläge Londons akzeptiere und dementsprechend vorerst keine Waffen an Syrien verkaufen, keine hochrangigen syrischen Politiker empfangen, die syrische Botschaft streng überwachen und verstärkte Kontrollen für die syrische Fluggesellschaft einführen wolle. Dem dürften sich die anderen Europäer anschließen. Weitergehende Sanktionen, etwa ein Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Damaskus, sind in der Tat nicht zu erwarten.



Über alles unterrichtet: Assad

Über die Fragen, die besonders in der französischen und angelsächsischen Presse nach einem Gespräch Chiracs mit dem amerikanischen Journalisten Arnaud de Borchgrave aufgetaucht waren, schweigen sich Kohl und sein Gast aus. In diesem Gespräch soll Chirac, so Borchgrave in der „Washington Times“, mit Berufung auf Informationen und Einschätzungen von Kohl und Bundesaußenminister Genscher den vernünftigen Anschlag in London als Komplott und Provokation des israelischen Geheimdienstes Mossad und syrischer Oppositioneller dargestellt haben. Das ist im übrigen die offizielle syrische Version des Falles. Liminski, Bonn und Paris dementierten noch am Freitag unmissverständlich. Für beide Politiker sind diese Darstellungen offensichtlich gegenseitig und somit nicht weiter erwähnenswert.

Die „Washington Times“ hat inzwischen die Veröffentlichung eines Tonbandes mit den angeblichen Chirac-Passagen angekündigt. Dadurch erhält die syrische Affäre einen internationalen Krisengeruch, den vor allem der syrische Präsident Assad goutieren dürfte. Denn seit dem Abbruch der Beziehungen Londons mit Damaskus am 24. Oktober sind die Medien Syriens und der mit Damaskus verbündeten Sowjetunion angestrengt bemüht, den Verdacht des Terrorismus von Assad abzuschreiben und den Israelis die Affäre anzulasten. Angesichts der offenkundigen

„militärischer Dienst“ und General Mohamed Kuly. In einem totalitären Polizeistaat kommen solchen Diensten nicht nur regimerehaltende Funktionen zu. Sie sind wegen der Informationskonzentration und der mangelnden demokratischen Kontrolle auch ein gefährlicher Herd für Umsturzpläne. Aus diesem Grund unterhält Präsident Assad direkte Verbindung zu allen Diensten. Außerdem hat er die Kompetenzbereiche nicht genau abgegrenzt, so daß die Arbeit der einzelnen Dienste sich vielfach überschneidet. Auf diese Weise kann er die Qualität seiner Geheimdienste miteinander vergleichen und rechtzeitig Gefahrenmomente ausmachen. Das hat ihm auch geholfen, sich so lange an der Macht zu halten.

Assad hat außerdem noch eine weitere Sicherung in das System eingebaut. Es ist das Nationale Sicherheitsbüro unter der Leitung von Achmad Diab. Das Büro ist für die Verbindung des Präsidialamtes mit den Geheimdiensten zuständig, eigentlich aber eine Koordinationsstelle für die Überwachung derselben.

Da alle drei Dienste direkt mit Assad in Verbindung stehen und keiner der drei Geheimdienste es sich leisten könnte – schon wegen der Konkurrenz untereinander – am Präsidenten vorbei Operationen von großer Tragweite zu starten, ist es nach Ansicht politischer Beobachter in Beirut und Paris höchst unwahrscheinlich, daß Assad von dem geplanten Anschlag in London nichts wußte, zumal er sich schon über relativ kleine Aktionen in Libanon unterrichten lasse und gern über die diversen Aktivitäten seiner Geheimdienste auf dem laufenden gehalten werden möchte. Er wisse, daß sich Dubs und Kuly Chancen auf seine Nachfolge ausrechnen und für die Konkurrenz. Das umso mehr, als die interne Opposition mit mehreren Anschlägen in Syrien selbst das Regime wieder bedrohe. Bisher ist noch keinem Dienst gelungen, einen entscheidenden Schlag gegen die Attentäter und ihre Hintermänner zu führen. Nach Angaben der in Beirut erscheinenden Zeitschrift Al Massira soll Assad erst vor drei Wochen einem Attentat entgangen sein.

NATO ändert Alarmplan für die Nuklearverbände

Extrem hoher Bereitschaftsgrad ist nicht erforderlich

RÜDIGER MONIAC, Bonn. Die NATO hat die Alarmverfahren für ihre in Westeuropa stationierten Nuklearverbände geändert und deren Bereitschaftsgrad wesentlich reduziert.

Künftig wird keine der Atomwaffen für Einsatz-Reichweiten zwischen 2500 und 500 Kilometer mehr in der sogenannten „QRA“-Bereitschaft gehalten. Die Abkürzung steht für Quick Reaction Alert und besagt, daß die in dieser Bereitschaft gehaltenen Verbände zur „schnellen Reaktion“ fähig sein müssen. Für Flugzeuge mit Atombomben hieß das bisher Start innerhalb weniger Minuten. Für die mit ballistischen Raketen und Marschflugkörpern ausgerüsteten Verbände mußte die Feuerbereitschaft nach der Alarmierung innerhalb einer Viertelstunde hergestellt sein.

In unterrichteten Kreisen der Allianz hieß es dazu, diese Art von Alarmbereitschaft entspreche weder den heutigen politischen noch militärischen Bedingungen der NATO-Länder. Westeuropas im Verhältnis zum Warschauer Pakt. Schon in der Vergangenheit habe die „QRA“-Bereitschaft nicht widerspiegelt, daß der Einsatz von Atomwaffen erst nach politischen Konsultationen innerhalb der Allianz möglich sei. Schon deswegen sei eine Minuten-Bereitschaft nicht realistisch gewesen.

Als zweiter Aspekt für die Veränderung der Alarmbereitschaft wird angeführt, die NATO rechne nicht mit einem Überraschungsschlag des Warschauer Paktes gegen die westlichen, in Europa stationierten, Eskadern der Allianz in Gestalt der Atomverbände. Ein solches „Szenario“ sei überholt.

In neun Stunden bereit

Außerdem verfüge die NATO über eine inzwischen zuverlässige Fähigkeit zur frühzeitigen Erkennung von Angriffsvorbereitungen der anderen Seite. Dies sei die Voraussetzung dafür, die eigenen Atomwaffen dem überraschenden Zugriff des Ostens zu entziehen.

Die jetzt in Kraft gesetzte neue Form der Alarmbereitschaft für die Nuklearverbände ist so angelegt, daß diese Zeit haben, im Falle sich verschärfender politischer Spannungen

Weniger Belastungen

In einer Pressemitteilung des Bundesverteidigungsministeriums heißt es dazu lediglich: „Die Möglichkeit zu rascher Auflockerung und Verlegung läßt diese Veränderung der Bereitschaftsregelung zu, ohne daß dadurch Reaktions- und Abwehrfähigkeit gemindert werden.“

Als Vorteil für die in den Verbänden dienenden Soldaten ergibt sich mit der Lockerung der Alarmbereitschaft eine Entlastung in ihrem bisher sehr strengen Arbeitsrhythmus. Der Dienst in den Flugkörper-Geschwadern ging in der Vergangenheit rund um die Uhr; die Flugzeugführer der „QRA“-Waffenträger waren zur Stützbasen in unmittelbarer Nähe ihrer Maschinen gezwungen. Wie das Bonner Verteidigungsministerium im übrigen hervorhob, bleiben die bisherigen ausgebauten Stellungen der nuklearen Raketenverbände (die deutsche Luftwaffe hat sie in Gellenkirchen und Landsberg außerhalb der Kasernen für Ausbildung- und Übungszwecke erhalten. Sie sollen die Ausbildung des Personals auch außerhalb militärischer Anlagen ermöglichen und so dazu beitragen, daß die Bevölkerung und die Region, in der die Verbände stationiert sind, nicht durch die Benutzung nicht ausgebaute zusätzlicher Einsatz-Stellungen noch mehr Belastungen zu ertragen haben.

„taz“ streitet um Brief der Brüder von Braunmühl

dpa, Berlin

Der auf der Titelseite der linksalternativen „Tagesschau“ (taz) abgedruckte Brief der Brüder des von der Roten Armee Fraktion (RAF) ermordeten Bonner Diplomaten Gerold von Braunmühl hat eine „taz-interne Auseinandersetzung“ hervorgerufen.

In dem Schreiben der Brüder, das als authentisch gilt und etwa zwei Drittel der ersten Seite der Zeitung einnahm, wurden an die Terroristen unter anderem die Fragen gerichtet: „Wer macht Euch zu Ausgewählten Eurer elitären Wahrheit? Wer gibt Euch das Recht zu morden? Gibt es irgend etwas außerhalb Eurer grandiosen Ideen, was Euch erlaubt, einem Menschen eure Kugeln in den Leib zu schießen?“

Von Braunmühl so geht aus dem Schreiben hervor, habe sich nie angepaßt, „auch nicht innerhalb dieser Bundesregierung“. Jegliche Art von Krieg und Ungerechtigkeit habe von Braunmühl der „immer für eine Verständigung mit der sozialistischen Länder gearbeitet habe“, „zutiefst erbost“.

Auf kritische Stellungnahmen der Bonner „taz“-Redaktion und aus dem Vertriebsregime der zuständige Berliner Redakteur am Sonnabend mit dem Hinweis, die Platzierung drücke lediglich den Willen aus, „das Schweigen in der Linken aufzubrechen“. Die Auseinandersetzung um die „Politik der RAF“ innerhalb des Leserkreises der Zeitung schlage keineswegs Welle. schreibt der „taz“-Redakteur unter der Rubrik „taz intern“. Gegen „diese sich ausbreitende Gleichgültigkeit“ sei bewußt der Abdruck auf der Titelseite gewählt worden.

Bonner „taz“-Berichterstattung hatten in einem ebenfalls unter dieser Rubrik veröffentlichten Schreiben an die Berliner Zentralredaktion kritisiert, daß der Brief der Brüder durch die Platzierung „als quasi redaktioneller Beitrag einen Stellenwert bekommen habe, der uns völlig unangemessen erscheint“. Zwar sei es bemerkenswert, daß sich die Brüder Gerold von Braunmühl mit der RAF auseinandersetzen versuchen, doch hätte das Schreiben auch wie ein persönliches Dokument behandelt und entsprechend platziert werden müssen.

Mit dieser Art der Berichterstattung werde eine moralische Verurteilung der RAF in den Vordergrund gestellt, während etwa Staatsechtheit-Maßnahmen „innerhalb der nachrichtlichen Routineberichterstattung abgehandelt werden“. Aus dem „taz“-Vertrieb wurde „blanker Opportunismus“ moniert. Die Seite zwei oder drei wären angemessener gewesen, hieß es.

Ägypten droht Teheran

Kairo schließt direkte Teilnahme am Golfkrieg nicht aus

PETER M. RANKE, Kairo. Ägypten würde zunächst mit der Luftwaffe und dann mit Truppen in den Golfkrieg auf arabischer Seite eingreifen, wenn Iran etwa Kuwait oder andere arabische Golfstaaten angreifen sollte. Diese Warnung ist in den letzten Tagen von Kairo nach Teheran übermittelt worden und soll die befürchtete Ausweitung des Golfkrieges verhindern, heißt es in militärischen Kreisen.

Frühere Beistandsabkommen der Arabischen Liga und Ägyptens mit Jordanien würden es Kairo ermöglichen, vor allem von Jordanien und von Irak aus zu operieren. Außerdem entspreche es amerikanischen Absichten, wenn die Ägypter sich nach der Neuaufrüstung ihrer Streitkräfte durch amerikanische Waffensysteme stärker am Golf im Kampf gegen das Ayatollah-Regime engagierten. In diesem Fall wäre eine Entsendung der amerikanischen Eingreiftruppe in die Golfregion vermeidbar.

Schon heute nimmt Ägypten indirekt am Golfkrieg teil, und zwar durch massive Waffenlieferungen an Irak, die jährlich rund eine Milliarde Dollar erreichen und von den Ölstäaten bezahlt werden. Seit 1980 setzt Irak auch ägyptische Freiwillige ein, die nach Ableistung der Wehrpflicht

in Irak Land, Häuser und die Staatsbürgerschaft erhalten können. Auch Jordanien hilft Irak im Golfkrieg durch die Bereitstellung von Transportmitteln für den Nachschub.

Ein ägyptischer Einsatz am Golf würde die Lage grundsätzlich zu Gunsten der arabischen Seite wenden, da die ägyptischen Militärs moderne Kriegserfahrung besitzen. Dieser Ansicht sind auch die Regierungen in Kuwait und in Saudi-Arabien, die eine direkte ägyptische Militärhilfe zur Kriegsende mit einer Finanzhilfe beantworten würden, die Ägypten von drängenden finanziellen Sorgen befreien könnte.

In diesem Zusammenhang verzeichnen politische Beobachter eine auffällige Verbesserung des politischen Klimas zwischen Kairo und Riad. So hat der Kleinstaat Dschibuti mit saudisch-ägyptischer Zustimmung Ende Oktober wieder diplomatische Beziehungen zu Kairo aufgenommen, die nach dem Friedensschluß Ägyptens mit Israel 1979 abgebrochen worden waren. Dschibuti ist Mitglied der Arabischen Liga.

Schon im Juni hatten die Saudis als Freundschaftsgeste dem Ägypten 300 000 Tonnen Weizen geschenkt. Im Oktober wollte eine Delegation saudischer Geschäftsleute in Kairo.

Polens Bischöfe zensiert

Warschau geht gegen Forderung nach Versammlungsfreiheit vor

Die polnischen Zensurbehörden haben einen Artikel des Sprechers des Episkopats, Alojzy Orszulik, mit einem Veröffentlichungsverbot belegt. In dem Aufsatz bezeichnet Orszulik das Grundrecht der Versammlungsfreiheit als Mindestvoraussetzung für die Wiederaufnahme eines echten Dialogs zwischen Regierung und Gesellschaft in Polen.

Orszulik vertritt die Auffassung, keine Behörde könne den katholischen Laien das Recht auf Vereinigung verweigern. Versammlungsfreiheit sei die unerlässliche Bedingung für die Teilnahme am öffentlichen Leben. Die derzeit bestehenden katholischen Vereinigungen reichten nicht aus.

Die Bildung von Vereinigungen der Arbeiter, Bauern, Jugendlichen und Studenten innerhalb der Diözesen stelle eine Chance für die nationale Verständigung und die Verbesserung der Beziehungen zwischen Regierung und Gesellschaft sowie zwischen Staat und Kirche dar.

Orszulik Stellungnahme ist eine Antwort der katholischen Kirche auf die Vorschläge des polnischen Staats- und Parteichefs Jaruzelski, Gremien wie einen „Konsultativrat“ beim Staatsrat zu schaffen. Darin sollen

katholische Persönlichkeiten aufgenommen werden, die keine Kirchenämter innehaben.

Nach der Amnestie für politische Häftlinge im vergangenen September hatte die Kirche Gespräche mit Vertretern der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität“ aufgenommen. In einem Gespräch zwischen Bronislaw Dabrowski, Sekretär der polnischen Bischofskonferenz, und Arbeiterführer Lech Walesa ging es offenbar auch um die von Jaruzelski geplante Beratungskommission. Grundsätzlich soll Walesa einer Mitarbeit der „Solidarität“ in diesem Forum positiv gegenüber gestanden haben. Als Voraussetzung sei jedoch genannt worden, daß das Gremium strikt von der Regierung getrennt wird. So wolle „Solidarität“ der Gefahr entgegenwirken, sich vom Staat unabhängig und organisatorisch einbinden zu lassen. Wie die katholische Nachrichtenagentur seinerzeit berichtete, wurden die Vorbehalte der Gewerkschaft schon damals von den katholischen Bischöfen geteilt.

Jaruzelski hatte nach der Amnestie eine „Öffnung“ angekündigt, aber jegliche Verhandlungen mit der „Solidarität“ und Arbeiterführer Lech Walesa abgelehnt.

Die neue Form.

Zum Schluß sind Sie noch zu einem kleinen Fest eingeladen. Herr Müller feiert sein 25jähriges Firmenjubiläum. Schon heute früh fand er auf seinem Schreibtisch einen Blumenstrauß der Geschäftsleitung und auf seinem Bildschirm einen Glückwunsch aus Übersee. Den hatte ihm sein früherer Chef in alter Herzlichkeit, aber in neuer Form, mit elektronischer Post geschickt. Mehr über das neue Büro bitte telefonisch zum Ortstarif bei Hallo IBM 0130-45 67 anfordern.

IBM

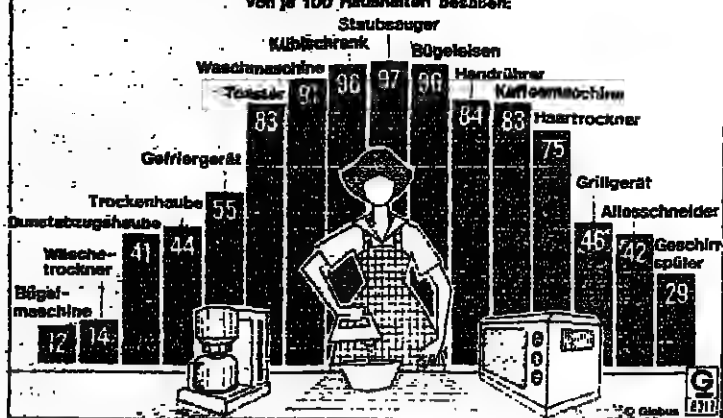


Auf Wiedersehen.

50 Jahre

Komfort aus der Steckdose

Ausstattung mit Elektrogeräten 1985
Von je 100 Haushalten besitzen:



Fast alle deutschen Haushalte sind inzwischen mit Staubsauger, Kühlschrank, Bügelbrett und Wäschemaschine ausgestattet. Geräte, die vor wenigen Jahren noch als Luxus galten, wie Geschirrspüler, Wäschetrockner, befinden sich auf dem Vormarsch. Der Siegeszug der Elektrogeräte läßt sich auch am Stromzähler ablesen. Seit 1970 hat sich der Stromverbrauch je Haushalt annähernd verdoppelt.

WELTWIRTSCHAFT

Öl: Die Vereinigten Arabischen Emirate wollen die Förderung um 100 000 Barrel pro Tag drosseln. Mit der Senkung um 10 Prozent folgen die Emirate entsprechenden Opec-Beschlüssen. Gleichzeitig hat die UdSSR den Preis für Rohöllieferungen um 80 Cts je Barrel angehoben.

EG: Norwegen will nach Informationen des "Spiegel" als 13. Mitglied der Europäischen Gemeinschaft beitreten. Strittig ist noch, wie schnell der formale Antrag gestellt werden soll.

Handelsbilanz: Das Defizit der USA wird sich 1987 mit 15 bis 20 Mrd. Dollar nur halb so umfangreich verbessern, wie von der Regierung prognostiziert. Zu diesem Ergebnis kommt die National Association of Manufacturers (NAM) in einer Studie.

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Siemens: Der Elektro- und Elektronikkonzern ist nach Berichten der "Business Week" angeblich an einer Ehe mit Eastman Kodak interessiert.

Darlehen: Die Reeder-Hilfe des Bundes für Investitionen im deutschen Schiffbau wird 1987 auf 160 Mill. DM verdoppelt. Sie wird als zinsloses Darlehen gewährt und braucht im Falle einer Investition nicht zurückgezahlt werden.

Alfa Romeo: Die italienische Regierung hat der Übernahme des staatlichen Automobilherstellers durch Fiat zugestimmt. (S. 18)

FÜR DEN ANLEGER

Spanien: Den EG-Bestimmungen im Aktienrecht wird sich das Land in dieser Woche anschließen. Damit steht einer Zulassung ausländischer Aktiengesellschaften an den inländischen Börsen nichts mehr im Wege.

Aktienmärkte: An ausgewählten Börsen wird es 1987 Rekordkurse geben. Dazu zählt die Gesellschaft Union Invest vor allem die Schweiz und die Bundesrepublik Deutschland. Eine Steigerung des Kursniveaus um 25 Prozent und mehr wird bei einem Einstieg der Japaner nicht ausgeschlossen.

Pegula: Der Verkauf der Batig-Anteile an dem Heimtextilhersteller über die Börse wird für wahrscheinlich gehalten. Als größtes Hindernis für eine breite Streuung des Kapitals gilt der nur in

MÄRKTE & POLITIK

USA: Um den stockenden Absatz zu verbessern, will Puma den Vertrieb selbst übernehmen.

Insolvenzen: Mit 14 252 Konkursen, Vergleichsverfahren und abgelehnten Konkursanträgen wurde das Vorjahresniveau erreicht. Dies teilte das Statistische Bundesamt mit.

Stahlquoten: Die britische Regierung will eine Liberalisierung der Produktionsbeschränkungen für Walzdraht und verzinkte Bleche ab Januar 1987 durchsetzen.

J. Joubert

Der Immobilienmarkt blickt gebannt auf die Neue Heimat

Rudolf Hübenthal, Präsident des Makler-Rings, zur WELT: Die Bürger sind verunsichert

HANS BAUMANN, Bonn. Natürlich bleiben die Probleme einer Institution wie der Neuen Heimat mit der Gefahr eines Konkurses nicht ohne Auswirkungen auf den Markt für Immobilien. Nicht nur potentielle Käufer von Häusern oder Wohnungen und Eigentümer solcher Objekte seien verunsichert. Selbst die Profis in der Immobilienbranche fragten sich, ob ein kaum wieder reparierbarer Einbruch des Marktes vermieden werden kann.

Rudolf Hübenthal, Präsident des Rings Deutscher Makler (3700 Mitglieder) und Inhaber der Hanseatischen Immobilien-Gesellschaft, Bremerhaven, verweist auf das Dankschreiben von 190 000 Wohnungen, die zum Konzern der Neuen Heimat gehören. In einem Gespräch mit der WELT konzentriert er sich beispielhaft auf den Hamburger Markt. Rund 8000 Wohnungen werden dort in diesem Jahr angeboten werden, bei einem Potential von 40 000 Wohnungen der Neuen Heimat. Kämen davon bei einem Finanzsturz auch nur zehn Prozent kurzfristig auf den Markt, so würde sich das Angebot schlagartig um 50 Prozent erhöhen.

Würden dann nicht zwangsläufig die Objekte billiger und damit für die Interessenten erschwinglicher? „Theoretisch ganz sicher“, sagt Hübenthal. Eine solche Betrachtung übersehe aber, daß die Immobilienbesitzer schwere finanzielle Rückschläge erleiden, daß Finanzierungen notleidend und neue Zwangsversteigerungen unabwendbar würden. „Wer sagt denn, daß bei verfallenden Immobilienpreisen die neu an den Markt kommenden Objekte, etwa aus Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen, Absatz finden?“, fragt Hübenthal. Tatsache sei doch, daß der Immobilienmarkt verunsichert sei durch die Probleme der Neuen Heimat, kaum daß er sich nach dem Abwärtstrend der letzten drei Jahre allmählich konsolidiert habe.

Undifferenzierte Sparförderung bringt nichts

cd. Frankfurt

Das erklärte Ziel der Bundesregierung, die Eigenkapitalausstattung deutscher Unternehmen durch die Förderung von Produktivkapital in Arbeitnehmerhand zu stärken, wird als absurdum geführt, wenn bei Einführung der zweiten Stufe des Vermögensbildungsgesetzes auch andere Sparformen in die Maximalförderung einbezogen werden, kritisiert Wolfgang Deml, Sprecher der Geschäftsführung der Union Investment-Gesellschaft. Dann bliebe praktisch alles beim alten, nur werde es für Bundesregierung und damit für den Steuerzahler teurer, und das angestrebte Ziel bleibe auf der Strecke.

Bei nahezu gleichrangiger Förderung aller Sparformen fehle den bösensabstinenten Deutschen einfach der Anreiz zu verstärkten Engagements in Aktien. Für vernünftiger hält Deml nach ausländischen Vorbildern die direkte steuerliche Begünstigung des Aktienkaufs. Ferner bezweifelt er, daß es sinnvoll ist, Spar- und freiwillig einmal börsengängige Aktien oder Investmentzertifikate kaufen, mit Anteilen an Vermögensbildungsgesellschaften zu belegen, die das Geld in praktisch unbekannten oder noch nicht börsenfähigen Unternehmen anlegen sollen.

AUF EIN WORT



„Der gute deutsche Reise-Küchen macht ausländische Veranstalter offenbar sinnlich. Die Ratio bleibt dabei außen vor.“

Paul Lepach, Vorstandsvorsitzender der Touristik Union International (TUI), Hannover. FOTO: HANS JÜRGEN FRATZER

OECD: Mehr Wachstum gegen Arbeitslosigkeit

J. Sch. Paris

Der zahlenmäßige Rückgang der aktiven Bevölkerung in den westlichen Industriestaaten reicht nicht aus, um die Arbeitslosigkeit in absehbarer Zeit auf ein vertretbares Niveau zurückzubringen. Dazu bedarf es vielmehr eines beschleunigten Wirtschaftswachstums. Diese Auffassung vertritt die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in einer Arbeitsmarktprognose.

Für die europäischen Mitgliedstaaten fällt sie besonders pessimistisch aus. Um hier die Arbeitslosenquote bis 1990 auf das Niveau von 1979 zu reduzieren, müßten jahresdurchschnittlich netto zwei Prozent mehr Arbeitsplätze geschaffen werden, gegenüber tatsächlich 0,9 Prozent weniger im Schnitt der letzten fünf Jahre.

Realistischer erscheint der OECD, daß Westeuropa erst gegen 1995 seine Arbeitslosenquote von 1979 wieder erreicht. Dann bedürfte es nur eines jährlichen Beschäftigungszuwachses von einem Prozent. Die Bundesrepublik liegt dabei wegen ihres hohen Geburtenrückgangs günstiger als etwa Frankreich, Großbritannien oder Holland.

Die Wall Street zeigte keine Reaktion

Nicht die Kongreßwahlen, sondern Übernahmegegerüchte beschäftigten die Börsianer

G. BRÜGGEMANN, New York. Das wichtigste politische Ereignis in den Vereinigten Staaten der vergangenen Woche, die Kongreßwahlen, blieb praktisch ohne Einfluß auf das Börsengeschehen des Landes. Dabei hatte es in den Tagen vor der Wahl noch erhebliche Sorgen gegeben, ein Erfolg der oppositionellen Demokraten würde Gefahren für die Wirtschaft und damit auch für den Aktienmarkt mit sich bringen. Als dann dieses Ergebnis tatsächlich eintraf, ging die Wall Street jedoch zur Tagesordnung über und beschäftigte sich mit anderen Dingen. Die Börsianer wollten nicht daran glauben, daß die demokratische Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses die Wirtschaftslage sonderlich beeinflussen wird.

An den ersten drei Tagen der Woche standen bei großen Umsätzen eindeutig Übernahmegegerüchte und -gefechte und nicht politische Überlegungen im Mittelpunkt des Börsengeschehens. Der Dow-Jones-Index kletterte um knapp 21 Punkte und testete mit 1899,04 Punkten die 1900er-Grenze. Dieser Wert konnte im Verlauf dieser Woche allerdings nicht gehalten werden. Vor allem umfangreiche Gewinnminderungen führten zu einem deutlichen Sinken der Kurse.

Aber im Wochenvergleich stieg der Dow-Jones, in dem 30 Spitzenwerte zusammengefaßt sind, immer noch um 8,72 auf 1886,53 Punkte. Auch die breiter angelegten Indices von NYSE und von Standard and Poors legten im Wochenvergleich zu. Sie stiegen um 1,08 auf 141,50 und um 1,79 auf 245,7 Punkte. Negative Einflüsse gingen in der Berichtswoche vom Rentenmarkt aus. Sämtliche Regierungsanleihen stiegen in der zweiten Wochenhälfte deutlich, was am Aktienmarkt ein wenig die Stimmung veränderte.

Die in Wirtschaftskreisen umgehende Vermutung, die demokratische Mehrheit im Kongreß sei nun versucht, in der Handelspolitik einen stark protektionistischen Kurs zu steuern, fand in Wall Street ebenso wenig Resonanz wie die Meldung vom Freitag, daß im Laufe des Oktober reichlich 300 000 neue Arbeitsplätze entstanden seien. Das mag daran liegen, daß die ungewöhnlich hohe Zahl neuer Stellen in der Arbeitslosenstatistik keinen Niederschlag fand. Sie bleibt bei knapp sieben Prozent unverändert, weil der Zuwachs an Arbeitsplätzen gerade ausgereicht hat, den zusätzlichen Bedarf an neuen Stellen zu decken.

So bleiben die Aktienmärkte in den USA auch weiterhin ohne klare Richtung. Zahllose Szenarien über den künftigen Kurs der Wirtschaft haben sich als unbrauchbar erwiesen. Die Börsianer und die Anleger an Wall Street wandten sich deswegen zum Wochenschluß wieder den Übernahmegegerüchten zu, jetzt freilich in kritischerer Stimmung als noch einige Tage zuvor, wohl in der Erkenntnis, daß eine ganze Reihe von Übernahmegegerüchten auch nur Gerüchte bleiben werden.

Rabatt für die Großen

ed. - Im Großhandel sind die Preise niedriger als im Einzelhandel, und wer als Endverbraucher von irgendeiner Ware große Posten abnimmt, kann auf einen Rabatt rechnen, zumindest, wenn er geschickt verhandelt. Nicht anders ist es im Wertpapiergeschäft. So bekommen zum Beispiel Versicherungen, die von neu emittierten Bundesanleihen Millionenbeträge abnehmen, einen Rabatt von fünf bis acht Prozent, Bonifikation genannt.

Der private Sparer, der vielleicht nur einige hundert oder tausend Mark von diesem Papier kauft, mag das als ungerecht empfinden und sich benachteiligt fühlen. Aber man kann es den Banken nicht verdenken, daß sie die Großabnehmer besser bedienen. Schließlich verur-

sacht der Verkauf von Großposten ja auch bedeutende weniger Arbeit und Kosten.

Etwas besser als die „Normalaktionäre“ sind dieser Tage bei der Platzierung der Staats-Schatzaktien auch jene Interessenten beachtet worden, die der Familie des oisherigen Großaktionärs nahesteht. Auch dafür gab es, wie berichtet, einen Grund: Sie haben sich verpflichtet, ihre Aktien eine bestimmte Zeit nicht zu verkaufen. Als Parallele dazu könnte man die Vorzugskurse ansehen, zu denen Arbeitnehmer Belegschaftsaktien kaufen können, die auch einer Verkaufssperre unterliegen.

So schwindet, bei Lichte besehen, der Verdacht, daß die Kleinen zugunsten der Großen benachteiligt wurden. Auf einem anderen Blatt steht freilich, daß Kleinrentner im Wertpapiergeschäft relativ höhere Gebühren besparen müssen oder gar abgewiesen werden.

Wieder in Turbulenzen

Von ERWIN SCHNEIDER

Nachdem die internationale Zivilluftfahrt zwei Jahre lang bescheidene Gewinne eingeflogen und ihre Umsatzrendite auf mageren 1,5 Prozent gebracht hat, steht sie wieder vor härteren Zeiten. Per saldo wird die Statistik der IATA, der International Air Transport Association, einen erwarteten Verlust für 1986 von über 600 Millionen Dollar oder 1,239 Milliarden Mark ausweisen. Bei einem Umsatz von rund 44 Milliarden Dollar der nunmehr 144 Mitglieder ist dies eine traurige Bilanz, zumal sich seit 1978 mehr als 5,5 Milliarden Dollar Verluste angehäuft haben.

Natürlich stehen dabei einige Carrier auf der Sonnenseite, die sich in diesen Jahren schon für kommende Kraftakte vorbereiten konnten. Dazu gehören neben großen europäischen Gesellschaften auch einige asiatische Airlines, die (noch) nicht IATA-Mitglieder sind. Aber die meisten anderen Wettbewerber – auch große und renommierte Namen der Branche – müssen um ihre Existenz kämpfen. Dies zeigen nicht zuletzt die Fusionen und Übernahmeangebote, aber auch die Verkäufe von Streckenrechten oder Immobilien vor allem in den USA.

Dabei ist dieser neue Einbruch hausgemacht. Denn nachdem sich die Weltkonjunktur in den letzten Jahren wieder erholt hatte, stiegen parallel dazu die Passagierzahlen überdurchschnittlich auf über 154 Millionen an. Und die Prognosen bis zur Jahrtausendwende versprechen ebenfalls weitere schöne Zuwachsraten.

Aber in diesem Jahr werden nur drei Prozent mehr Tickets verkauft als 1985. Einer der Gründe wird sicherlich der internationale Terrorismus sein, der besonders amerikanische Fluggäste beeinflusst hat und das Aufkommen auf der wichtigsten Route der Welt – über dem Nordatlantik – sogar sinken ließ. IATA-Generaldirektor Günter O. Eser, der seit zwei Jahren der Vereinigung vorsteht, sieht auch negative Einflüsse durch das Kernkraftwerksglück von Tschernobyl. Dazu kommt der freie Fall des Dollar in den letzten Monaten.

Vorbereitet hatten sich die Fluggesellschaften aber auf ungeheures Wachstum, und dementsprechend wurden die Kapazitäten flott erhöht. Allein in diesem Jahr boten die Gesellschaften rund sieben Prozent mehr Sitzplätze an. Da aber die Passagiere nicht so reichlich buchten, um dieses Angebot zu füllen, sank der Ladefaktor um gut zwei Prozentpunkte unter den Wert, der der Branche Gewinn verspricht. Deshalb hetzen sie nun wieder, wie schon zu Beginn der achtziger Jah-

ren, müssen rund 4000 neue Flugzeuge gekauft werden – mit einer Investitionssumme bis zu 200 Milliarden Dollar. Zwar hat die Alternative Leasing in den letzten Jahren bei einigen spektakulären Anschaffungen von sich reden gemacht, aber der Anteil liegt erst bei zehn Prozent, und auch langfristig wird kein Anstieg über 20 Prozent am Neugeschäft erwartet. Selbst dann aber ist der restliche Finanzierungsbrocken für die Fluggesellschaften noch enorm.

Für die Europäer kommt über die allgemeinen Probleme hinaus noch Druck von der EG-Kommission. Die Fluggesellschaften so wird aus Brüssel gefordert, sollen sich an die freien Wettbewerbsregeln der Gemeinschaft halten. Doch die europäischen Carrier verweisen darauf, daß sie nicht die richtigen Ansprechpartner seien. Vielmehr seien die Politiker gefordert, sie allein könnten die Struktur im europäischen Luftverkehr ändern.

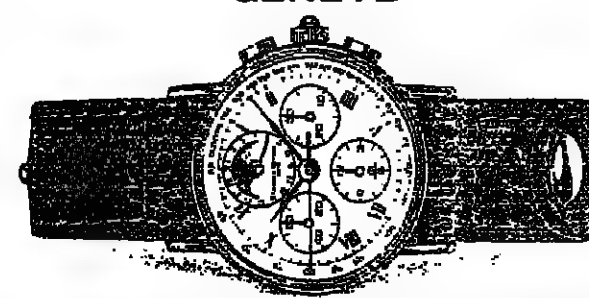
Ob die aber eine weitgehende Liberalisierung durchsetzen können und wollen, ist fraglich. Denn einmal setzt sich die Erkenntnis durch, daß die Deregulierung in den USA in ihrer absoluten Freiheit auch nicht dem Idealbild entspricht, zum anderen sind sich die Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft keineswegs einig. Großbritannien und die Niederlande, kommt vor allem die Italiener und Griechen. Zeit zum Kompromiß bleibt nie 1992, dem Jahr, in dem der EG-Sinnenmarkt geschaffen werden soll. Bis dahin wird der internationale Luftverkehr aber noch durch manche Turbulenzen geflogen sein.

BAUME & MERCIER
GENEVE

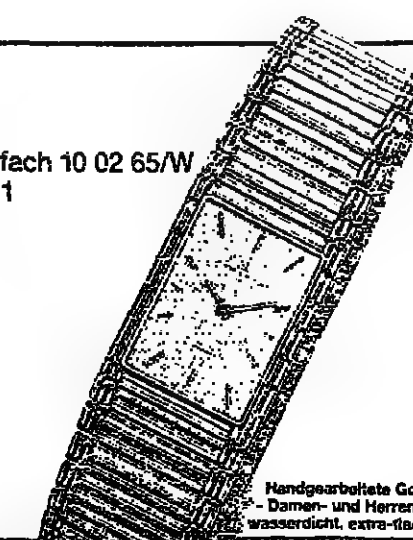
BAUME & MERCIER GmbH - Postfach 10 02 65/W
6050 Offenbach/M. 1



avant-garde
Weltrenkeruhr
und 18 Karat Gold.
Extra-flaches
Quarzwerk mit
Quarz, Wasserdruck
bis 30 Meter, Modelle
in drei Größen.



Horrenuhr in poliertem 18 Karat Gold
oder in Stahl/Platz, Kalenderanzeige,
Datum und Mondphase, mechanisches
Uhrwerk von höchster Präzision.



Handgepolierte Golduhr
Damen- und Herrenmodell,
wasserdicht, extra-flaches Quarzwerk.

Auf Konsolidierungskurs

Niederrheinische Genossenschaften spüren Preisdruck

Die Hanoverer Milchkühe, die in der vergangenen Woche um 1,5 Prozent auf 1,15 Prozent anwuchs, sind ein Beispiel für den Preisdruck, den die Niederrheinischen Genossenschaften spüren. Die Milchpreise sind in den vergangenen Wochen auf einem Niveau von 1,15 Prozent geblieben. Die Niederrheinischen Genossenschaften sind in der Lage, die Milchpreise zu stabilisieren. Die Niederrheinischen Genossenschaften sind in der Lage, die Milchpreise zu stabilisieren.

Deka-Info Nr. 19

Deutsche Aktien: weiterhin eine gute Anlage (sowohl bei steigenden als auch bei fallenden Kursen), denn das Wirtschaftswachstum ist stabil.

Die Deka-Info Nr. 19 ist eine wichtige Informationsquelle für Anleger. Sie enthält wichtige Informationen über die deutsche Aktienmarkt und die Wirtschaftslage.

Streit um freieren Luftverkehr

EG-Verkehrsminister verhandeln über Deregulierung

WILHELM HADLER, Brüssel. Einem neuen Vorstoß zur Liberalisierung des europäischen Luftverkehrs wollen die Verkehrsminister der EG heute in Brüssel zustimmen. Die Minister werden über die Deregulierung des Luftverkehrs verhandeln. Die Minister werden über die Deregulierung des Luftverkehrs verhandeln.

Die Minister werden über die Deregulierung des Luftverkehrs verhandeln. Die Minister werden über die Deregulierung des Luftverkehrs verhandeln. Die Minister werden über die Deregulierung des Luftverkehrs verhandeln.

UNO: Dritte Welt profitiert wenig auf Agrarmärkten

Obwohl die Entwicklungsländer bis 1990 zur Haupttröster der weltweiten Nachfrage nach Agrarprodukten werden sollen, sind die Agrarmärkte für die Dritte Welt nicht so profitabel, wie man dachte. Die Dritte Welt profitiert wenig auf Agrarmärkten.

Die Dritte Welt profitiert wenig auf Agrarmärkten. Die Dritte Welt profitiert wenig auf Agrarmärkten. Die Dritte Welt profitiert wenig auf Agrarmärkten.

Luxusbranche muß sich nach der Decke strecken

JOACHIMSCHAUTAUSS, Paris. Für die französische Luxusindustrie schlägt die Stunde der Wahrheit. Die Luxusbranche muß sich nach der Decke strecken.

Die Luxusbranche muß sich nach der Decke strecken. Die Luxusbranche muß sich nach der Decke strecken. Die Luxusbranche muß sich nach der Decke strecken.

Luxusindustrie, lassen die Geschäftsergebnisse zu wünschen übrig. Mengenmäßig nahm die Nachfrage nach Luxusprodukten zu, aber der Preis war nicht so hoch, wie man dachte. Die Luxusbranche muß sich nach der Decke strecken.

Internationale Finanzen

Die Internationale Finanzen sind ein wichtiger Bereich der Wirtschaft. Die Internationale Finanzen sind ein wichtiger Bereich der Wirtschaft. Die Internationale Finanzen sind ein wichtiger Bereich der Wirtschaft.

Wochenschlußkurse

New York	Toronto	Tokio
Goldpreis: 378,10	Goldpreis: 378,10	Goldpreis: 378,10
US-Dollar: 1,15	US-Dollar: 1,15	US-Dollar: 1,15
Yen: 160,00	Yen: 160,00	Yen: 160,00

Keine Einigung mit Banken

Philippinen bitten Japan um Hilfe aus Schuldenklemme. Die Philippinen bitten Japan um Hilfe aus Schuldenklemme. Die Philippinen bitten Japan um Hilfe aus Schuldenklemme.

Die Philippinen bitten Japan um Hilfe aus Schuldenklemme. Die Philippinen bitten Japan um Hilfe aus Schuldenklemme. Die Philippinen bitten Japan um Hilfe aus Schuldenklemme.

Handelsvertreter für Investitionsgüter gesucht

GRAEFF-CONVEY GMBH
52000 Mönchengladbach, Tel. 02161/89 40 71

"SEE SEMINAR" IM NORDSEEBAD ST. PETER

AMBASSADOR International
Tel. 0431 92 10 11

Wahrsagerin Virchow

Telefon 0431 92 10 11

O.W. Fischer erinnert sich

Ein Höhepunkt der Schauspielerei-Memoiren
Langen Müller

Welches Auto paßt zu Ihnen?

Europas größte Auto-Zeitung

Kritik an der Doppelaufsicht

Assekuranz verteidigt Prämienanpassungsklauseln

HARALD POSNY, Bremen

Die deutsche Versicherungs- und Kartellaufsicht mußte sich auf der Mitgliederversammlung des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) herbeikritik gefallen lassen. In Gegenwart des Präsidenten des Bundeskartellamts (BAK), August Angerer, und des Leiters der 8. Beschulungsabteilung des Bundeskartellamts (KA), Prof. Siegfried Klau, nahm sich GDV-Präsident Georg Büchner „das uns gar nicht geheuer ist am Zustandekommen der Allgemeinen Versicherungsbedingungen“ vor.

Dieser forsche und sportliche Eifer beschäufte die Juristen des Verbands, der nicht einseht, daß die Kontrolle durch das BAK durch eine weitere Instanz ergänzt werden soll, die – einschließlich der gerichtlichen Einspruchsmöglichkeiten – aus einer Doppelaufsicht ein Vierfach-Hindernis werden ließe. Die Frage nach der Einschätzung liberaler Handhabung der BAV- und KA-Kontrolle beantwortete Büchner kurz und offenherzig: „Nein, liberal sind sie beide nicht.“

Gegenseitige Anhörung und Meinungsaustausch von BAV und KA hat die bisherige Übung des Sammelgenehmigungsverfahrens bei Einreichen von Tarifen und Bedingungen neuer Versicherungsprodukte durch mehrere Gesellschaften gekippt. Es sei zwar, so das Kartellamt selbst, „kartellrechtlich unbedenklich“, werde aber trotzdem nicht gern von ihm gesehen, obwohl es dem BAV und den antragstellenden Unternehmen lediglich Mehrarbeit erspare. Der Verdacht sei nicht auszurotten, dieses

Verfahren solle „Erfinder“ neuer Versicherungsprodukte entmutigen und sie an „vorstoßendem Wettbewerb“ hindern.

Die von beiden Behörden wenig geliebten, gleichwohl vom Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) erlaubten Prämienanpassungsklauseln erinnern die Assekuranz an ein „Spiel mit vertauschten Rollen“. Büchner: „Das BAV argumentiert eher wie ein Wettbewerbsbehörden, das Bundeskartellamt wie ein Verbraucherschützer.“ Das BAV stößt sich vor allem an dem sogenannten Bemessungsfaktor, der von einem Treuhänder anhand von Branchendaten ermittelt wird. Es hält eine Regelung für wettbewerbsfreundlicher, bei der der Versicherer die Bestandsprämie an das Niveau der Neugeschäftsprämie anpassen kann, sobald er diese erhöht. Dabei soll dann dem Kunden ein uneingeschränktes Kündigungsrecht offenstehen statt bei dem jetzt geltenden Erhöhungssatz von zehn oder 15 Prozent.

Damit entfernt sich das Amt jedoch vom klaren Spruch des BVerwG in Sachen Rechtsschutzversicherung. Nach der mit dem BVerwG-Urteil weitgehend übereinstimmenden jüngsten Rechtsprechung des BGH über die gesetzlichen Bestimmungen zu Preisangpassungsklauseln im Gesetz über die Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) im Verlagsbereich wird auf den erkennbaren und konkreten Umfang der Preiserhöhung sowie auf die Meßbarkeit ihres Umfangs durch den Kunden abgesehen. Andernfalls stehe ihm die Vertragskündigung zumindest ab einem bestimmten Erhöhungssatz frei.

Rekordkurse an ausgewählten Börsen

Union Investment beurteilt den Rentenmarkt auf längere Sicht skeptisch

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Ausgewählten Börsen beschert das nächste Jahr noch einmal Rekordkurse, glaubt Klaus Kirstein, für Research und Fondsmanagement zuständigen Geschäftsführer der Union Investment, der hauptsächlich von den Genossenschaftsbanken getragenen Investmentgesellschaft. Die besten Chancen räumt er dem Aktienmarkt der Schweiz mit ihrer soliden „Briefmarkenwährung“ ein.

Auch die deutsche Börse gehöre zu den Märkten, an denen die Hausse noch nicht beendet ist. Eine Steigerung des Kursniveaus um 25 Prozent und mehr hält Kirstein für nicht illusorisch, zumal dann nicht, wenn Japaner deutsche Aktien entdecken. Die Union favorisiert – auch in ihrem Unifonds – Konsum- und Bauwerte, die sie zu Lasten von Stahl-, Maschinen- und Anlagenbauwerten aufgestockt hat.

In der Phase des Übergangs zum

letzten Drittel des langfristigen Aufschwungs müsse man allerdings Ausschläge bis zu 20 Prozent auch nach unten einkalkulieren. Die derzeitige Konsolidierungspause könnte noch einige Zeit anhalten.

Der Wall Street traut Kirstein noch einen Sprung des Dow-Jones-Index von jetzt rund 1900 auf 2500 Punkte mit besonderen Chancen für zyklische Aktien und Wachstumswerte zu, die schon eine Korrektur hinter sich haben. Auf seiner Favoritenliste steht auch der holländische Aktienmarkt. Die Zeit der Spielerbörsen wie Italien und Tokio hält der Fondsmanager für passe. Für Gold sei mittelfristig ein Preis von 500 Dollar im Bereich des Möglichen.

Bei den Zinsen kann es nach Einschätzung der Union in der Bundesrepublik und in den USA in den nächsten Monaten noch einen Rückgang geben, wenn sich nicht auf den diesjährigen Tiefstand. In der zwei-

ten Hälfte des nächsten Jahres befürchten die Union-Experten den Beginn eines stärkeren und länger anhaltenden Wiederanstiegs.

Das Ende September abgelaufene Geschäftsjahr war für Sperrkunden der Union von unterschiedlichen Erfolgen gekrönt, die sich freilich nicht auf die Vertriebsergebnisse auswirkten. Im Performance-Spitzenreiter Unifonds wurden zwar 140 Mill. DM angelegt, aber gleichzeitig verkauften Anleger für 390 Mill. DM Anteile. Die Deutschen sind eben kein Volk von Aktionären, klagt Wolfgang Deml, Sprecher der Union-Geschäftsführung.

Sie mögen es lieber festverzinstlich – auch wenn Kursverluste an den Zinserträgen zehren. Gut eingeschlagen hat der neue risikoärmere Kurzläufer-Rentenfonds Unikapital. Ihre im letzten Geschäftsjahr verdoppelte Vertriebsmannschaft will die Union weiter verstärken.

Union-Fonds	Wertveränderung in Prozent 1985/1986	Anteilwert in DM 30.9.86	Ausschüttung DM je Anteil 30.9.86	Mittelaufkommen in Mill. DM 1985/1986	Vermögen in Mill. DM 30.9.86
Unifonds	+ 23,0	31,88	1,29	- 250	1926,4
Unirenta	+ 4,0	40,08	3,00	888,5	3876,9
Unizins	+ 8,5	113,32	8,50	82,1	252,7
Unikapital	- 0,4	82,92	1,85	396,0	396,2
Uniglobal	+ 7,1	88,41	2,04	- 2,6	132,5

1 vom 30.9.85 bis 30.9.86 bei Wiederanlage der letzten Ausschüttung
2 incl. Sparerzinsen
3 Ertrag wird thesauriert
4 seit 21.4.1986

Gespräche über Zinnrat beginnen

VWD, Genf

Heute beginnen dreitägige Verhandlungen von Vertretern der Zinnproduzenten und -verbraucher, um zu entscheiden, ob der internationale Zinnrat durch eine Zinnstudiengruppe ersetzt werden soll. Das teilte Graham Shanley von der UN-Welt handelskonferenz (Unctad) in Genf mit. Wie der Sprecher erklärte, sei zu erwarten, daß die Vereinigung der zinnproduzierenden Länder (ATPC) einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten werde. Der Zusammenbruch des internationalen Zinnabkommens Ende Oktober 1985 schloß die Möglichkeit eines neuen Abkommens mit gleich starken wirtschaftspolitischen Vollmachten aus.

Bisher größtes Wasserkraftwerk

dpa/VWD, Caracas

In Venezuela wurde am Wochenende 600 Kilometer südöstlich der Hauptstadt Caracas das gegenwärtig größte Wasserkraftwerk der Welt eingeweiht, das künftig 75 Prozent des Energiebedarfs der 17 Mill. Venezolaner decken soll. Die 30 Turbinen des Wasserkraftwerks Raul Leonil erzeugen zehn Mill. Kilowatt Strom in der Stunde. Sie übertreffen damit das noch nicht voll ausgebaute Wasserkraftwerk Itaipu, das gegenwärtig rund fünf Mill. Kilowatt pro Stunde liefert. Das neue Kraftwerk hat rund 5,3 Mrd. Dollar gekostet und damit wesentlich zum Ansteigen der Auslandsverschuldung Venezuelas auf jetzt 35 Mrd. Dollar beigetragen.

Berliner Börse über Bildschirm

tb, Berlin

Die variablen Kurse der Berliner Wertpapierbörse können jetzt ohne zeitliche Verzögerung während der Börsenzeit über Bildschirmtext abgerufen werden. Das ist bereits bei den Börsen in Düsseldorf und München möglich. Stuttgart soll bald folgen. Mit Hilfe eines besonderen Programms ist, wie die Berliner Börse mitteilt, ein schneller Vergleich der aktuellen Notierungen an verschiedenen deutschen Plätzen möglich. Auch für professionelle Anleger hat Berlin die Information verbessert. Das Informationsnetz der Agentur Reuter kann jetzt mit der aktuellen Kursentwicklung im variablen Berliner Handel bedient werden.

Private Sanierung akzeptiert

Italienische Regierung stimmt Alfa-Romeo-Verkauf zu

WVD, Rom

Die italienische Regierung hat der Privatisierung des staatlichen Automobilherstellers Alfa-Romeo zugestimmt. Damit hat Rom die Entscheidung des Istituto per la Ricostruzione Industriale (Iri) und dessen Tochtergesellschaft Finmeccanica zum Verkauf des Pkw-Herstellers an Fiat bestätigt. Die Entscheidung wurde von dem interministeriellen Ausschuss für Industriepolitik getroffen. Allerdings machte der Ausschuss keine Aussage darüber, ob die Fiat-Offerte günstiger ausgefallen sei als das Konkurrenzangebot des US-Automobilkonzerns Ford, das von Finmeccanica zurückgewiesen worden war.

Aus Mailand war am Freitag Abend zu hören, daß Fiat mit den Zahlungen für Alfa-Romeo nach dem Jahr 1992 beginnen werde. Fiat hatte sich bisher geweigert, über das Volumen der Offerte für Alfa-Romeo nähere Angaben zu machen. In italienischen Industriekreisen wird mit einem Kaufpreis von etwa 1,05 Billionen Lire (rund 1,5 Mrd. DM) gerechnet.

Ein Fiat-Sprecher sagte in diesem Zusammenhang, daß Fiat den Kauf-

preis in einem Zeitraum von fünf Jahren in fünf gleichen Raten begleichen werde. Mit der Ablösung der Verbindlichkeiten von Alfa-Romeo wolle man sobald wie möglich nach Abschluß der Übernahme, die für den 1. Januar 1987 erwartet wird, beginnen.

Mit der Übernahme von Alfa-Romeo wird Fiat Verbindlichkeiten von 700 Mrd. Lire (rd. 1,05 Mrd. DM) übernehmen.

Anzeige
Jetzt gibt's die BERUFG-WELT: Berufliche Chancen, die Sie anderswo kaum finden.
Das macht den großen Stellenanteil der WELT jeden Samstag besonders interessant für Sie. 30 Prozent dieser Berufs-Chancen für Fach- und Führungskräfte finden Sie gleichzeitig in keiner anderen vergleichbaren Tageszeitung.

DIE WELT
ANZEIGEN-ABTEILUNG: TEL. 030 266 11 11

Rentenmarkt noch behauptet

Der Zinsanstieg in den USA läßt nichts Gutes ahnen

Am Rentenmarkt herrscht nach wie vor Funkstille. Im Handel ist man schon froh, daß die Zinsen in der letzten Woche nicht weiter gestiegen sind. Der in der zweiten Wochenhälfte und besonders am Freitag wieder aufwärtsgerichtete Zinstrend in den USA ließ allerdings nichts Gutes ahnen. Erleichtert zeigen sich die Börsianer über Anzeichen für die Verschiebung einer großen Bundesanlei-

he über wohl wieder vier Milliarden Mark; denn es wäre schwer geworden, Käufer im Ausland zu finden. Jetzt stehen Anleihen Bayerns und Hessens vor der Tür, die, wenn die Renditen nicht auf die Wünsche inländischer Anleger zugeschnitten werden, ebenfalls kaum zu plazieren sein dürften. Einziger Trost am Markt: Die Volumina bleiben unter denen einer Bundesanleihe. (cd.)

Emissionen	7.11.86	31.10.86	30.12.85	28.12.84	30.12.83
Anleihen von Bund, Bahn und Post	5,64	5,83	5,91	6,58	7,88
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	6,05	6,02	6,24	6,72	7,72
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	5,72	5,68	5,99	6,56	7,63
Schuldverschreibungen der Industrie	6,09	6,04	6,31	6,94	8,25
Kreditanstalten u. Körperschaften	5,75	5,78	6,04	6,85	7,90
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	5,37	5,36	5,64	6,34	7,64
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,42	6,42	6,73	7,14	7,30
Inländische Emittenten insgesamt	5,75	5,75	6,03	6,84	7,63
DM-Auslandsanleihen	5,49	6,51	6,82	7,20	8,08

Dazwischen gibt es 2778 weitere Modelle und Varianten.



Kleinere und größere Transporter, mittlere und schwere Lkw, Bau- und Schwertransport-Fahrzeuge: Der eine oder andere Nutzfahrzeughersteller mag hier und da auch seine Stärke haben. Die Stärke von Mercedes-Benz hingegen präsentiert sich in einer abgerundeten Modellpalette. Mit dem

größten Programm werden wir auch dem individuellsten Wunsch gerecht: 212 Grundtypen, 2778 Modellvarianten und 2700 Sonderausstattungen sind mit dem Stern zu haben. Zwischen 2,5 und 38 t Gesamtgewicht. Und bis zu 276 kW/375 PS. Diese Palette enthält natürlich auch das größte Angebot

für die Führerscheinklasse 3. Steigen Sie ein! In Betreuung so gut wie in Technik. Das heißt für Mercedes-Benz auch: 1. Überall bedarfsgerechte Ersatzteillager. 2. Strengste Qualitätskontrollen. 3. Rund 3500 Servicestellen in Europa. 4. Einsatzspezifische Wartungssysteme.

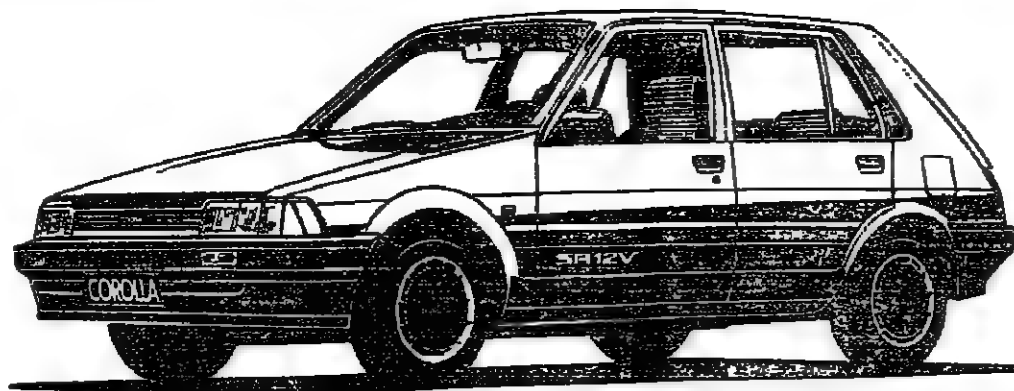


In Betreuung so gut wie in Technik. Mercedes-Benz.

Ihr guter Stern auf allen Straßen.

Bis 31.12. 86 zulassen. Danach wird der Steuervorteil geringer.

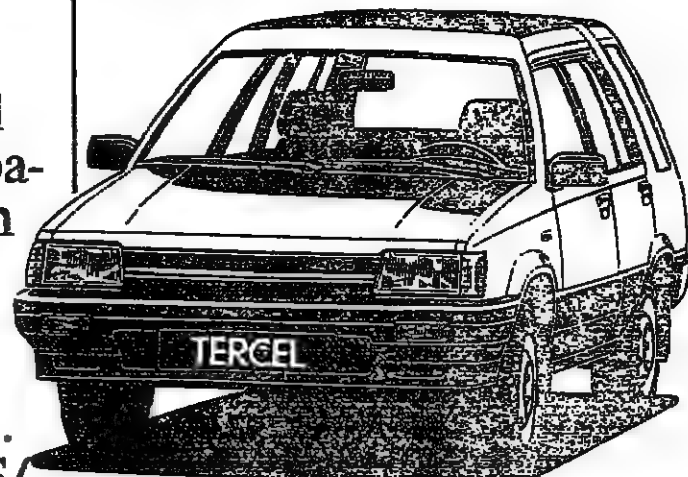
Wer in den Genuß der vollen Steuer-Einsparungen kommen will, muß sein Auto noch 1986 zulassen. Denn ab 1987 wird der Steuervorteil um einiges geringer. Wenn Sie jedoch jetzt noch zu Toyota kommen, ist Ihnen der volle Steuervorteil sicher. Denn bei Toyota können Sie in jeder Fahrzeugklasse sparen. Einige Beispiele sehen Sie hier. Aber nicht vergessen: Eile ist geboten!



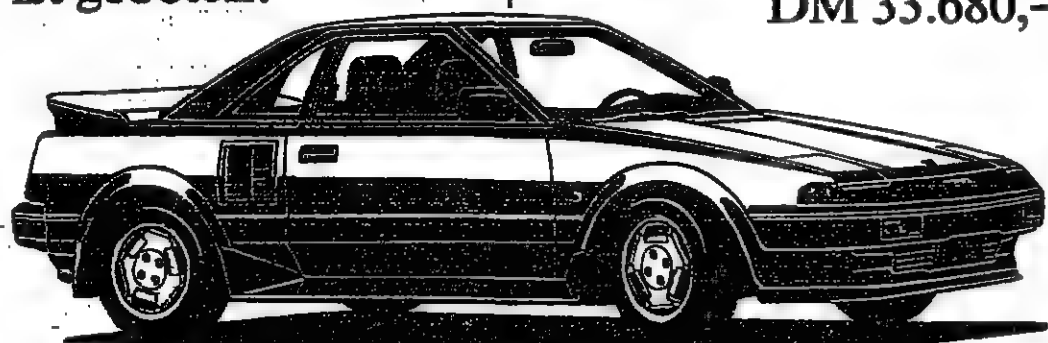
Corolla Compact Diesel 1,8, 64 PS/47 kW. Sie sparen bis zu DM 1.100,- in 2 Jahren, 8 Monaten. Ab DM 17.890,-*.

Corolla Compact SR 1,3. Mit Euro-Kat und 74 PS/55 kW. Sie sparen bis zu DM 750,- in 2 Jahren und 8 Monaten. Ab DM 15.970,-*.

Tercel Allrad 1,5, Kat. 68 PS/50 kW. Sie sparen bis zu DM 2.200,- in 6 Jahren, 10 Monaten. Ab DM 22.400,-*.



MR 2 1,6, Kat. 16 Ventile, 116 PS/85 kW. Sie sparen bis zu DM 2.200,- in 6 Jahren, 5 Monaten. Ab DM 33.680,-*.



EILE

Toyota Btx: *40063 #



Carina Liftback Diesel 2,0. 69 PS/51 kW. Sie sparen bis zu DM 1.100,- in 2 Jahren, 6 Monaten. Ab DM 21.990,-*.

Carina Liftback 1,6, Kat. 74 PS/55 kW. Sie sparen bis zu DM 2.200,- in 6 Jahren, 5 Monaten. Ab DM 20.490,-*.



LandCruiser Turbo-Diesel 2,4. 86 PS/63 kW. Sie sparen bis zu DM 1.100,- in 2 Jahren, 1 Monat. Ab DM 33.480,-*.

Wir können Ihnen hier nur eine kleine Auswahl aus unserem Steuerspar-Programm zeigen. Ihr Toyota Händler berät Sie gern ausführlicher.

* Unverbindliche Preisempfehlung plus Überführung.

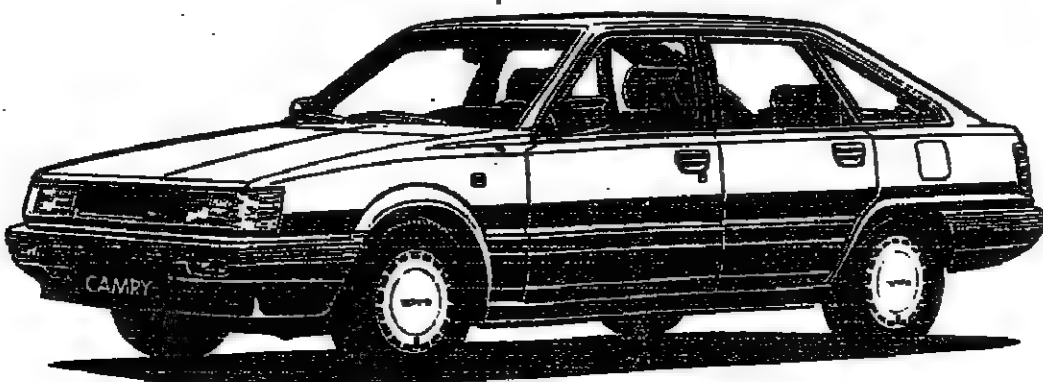


Starlet 1,0. 54 PS/40 kW. Sie sparen bis zu DM 750,- in 3 1/2 Jahren. Ab DM 13.290,-*.

Starlet 1,3 S. Mit Euro-Kat und 74 PS/55 kW. Sie sparen bis zu DM 750,- in 2 Jahren und 8 Monaten. Ab DM 16.070,-*.



Celica GT 2,0, Kat. 16 Ventile, 140 PS/103 kW. Sie sparen bis zu DM 2.200,- in 5 Jahren, 1 Monat. Ab DM 34.490,-*.



Camry Liftback 2,0, Kat. 99 PS/73 kW. Sie sparen bis zu DM 2.200,-

in 5 Jahren, 1 Monat. Ab DM 26.720,-*.

TOYOTA
*Warts ist
unmöglich*

Aachen: „Rundum positiv“

DW, Aachen
Bei Alemannia Aachen, dem Tabellen-Zweiten der zweiten Fußball-Bundesliga, sieht es „rundum positiv“ aus. So sagte Präsident Josef Hirtz schon Mitte der Woche. Und so sahen es am 15. Spieltag der Meisterschaft auch rund 15.000 Zuschauer am Aachener Tivoli beim 4:1-Sieg über die Stuttgarter Kickers.

Gegen die Stuttganger, die zwar auswärts als relativ schwach bekannt sind, dennoch aber zur Spitzengruppe der Liga gehören, gelang Alemannia Aachen das bislang beste Spiel dieser Saison. Das Team, in dem Links- und Rechtsaußen überaus stark, bleibt weiterhin auf eigenem Platz. Unter Trainer Werner Fuchs kommt, ist schon eine Saison in der ersten Liga, weiterhin keine Aufstiegschancen. Alle Spieler seines Klubs stehen zur Verfügung.

Zur guten Stimmung der Veranstaltung trägt zusätzlich bei, daß der Tivoli, dem auch solche Einnahmen zuteil kommen. Den Sieg über Stuttgart sahen erstmals in dieser Saison mehr als 10.000 Zuschauer. Und der Vorverkauf für das DFB-Pokal-Spiel gegen den Erstliga-Klub von Bochum Borussia Mönchengladbach am 16. November läuft gut. So daß Aachen mit einem guten Stadion rechnen kann. Mönchengladbachs Trainer Jupp Heynckes, Beobachter des letzten Aachener Erfolgs, wird das temporäre Spiel der Gastgeber mit gemischten Gefühlen betrachten haben.

DIE ERGEBNISSE

Bayern - Dortmund	2:1 (2:1)
Aachen - Stuttgart	4:1 (3:0)
Wolfsburg - Schalke	2:0 (1:1)
Freiburg - Oldenburg	2:1 (0:0)
S. Pauli - Köln	2:0 (1:1)
Eintracht - VfL	2:0 (1:1)
Eintracht - Schalke	4:2 (0:1)
Wormatia - Kassel	1:1 (1:1)
Eintracht - Hannover	2:1 (1:2)
Eintracht - Oldenburg	3:0 (2:1)

DIE TABELLE

1. Bayern	15	10	6	1	29:10	29:4
2. Aachen	15	10	3	2	24:10	23:8
3. Dortmund	15	9	2	3	27:20	21:9
4. Schalke	15	7	4	4	21:15	18:13
5. Stuttgart	15	6	1	8	20:28	17:13
6. Freiburg	15	7	2	6	21:21	17:13
7. S. Pauli	15	6	4	5	21:23	16:14
8. Wolfsburg	15	6	4	5	20:23	16:14
9. VfL	15	6	4	5	20:21	16:14
10. Wormatia	15	6	7	2	20:24	15:15
11. Eintracht	15	7	1	7	24:25	15:16
12. Eintracht	15	4	5	6	23:26	13:17
13. Hamburger	15	6	1	8	27:32	13:17
14. Kassel	15	4	4	7	25:37	12:15
15. Aach. B.	15	4	4	7	22:32	12:18
16. Köln	15	3	5	7	22:32	11:19
17. Eintracht	15	1	7	7	18:24	9:21
18. Kassel	15	2	4	9	16:32	9:22
19. Schalke	15	1	4	10	16:35	9:24

DIE VORSCHAU

Sonntag, 16. 11. 1986: VfL Kassel - Braunschweig, VfL - Freiburg 16.30 Uhr: Karlsruhe - Stuttgart, Köln - Wormatia, Oldenburg - Aachen, Hannover - S. Pauli, Sonntag, 22. 11. 1986: VfL Stuttgart - Eintracht, Eintracht - Dortmund, 18.30 Uhr: Schalke - Essen, Oldenburg - Aachenburg.

SPORTHILFE / Fachverbände einmütig gegen die Kritik von Harm Beyer

Volleyball-Präsident Mader nennt ihn „Problemschaffer des Sports“

Die Ständige Konferenz der Sport-Fachverbände der Bundesrepublik Deutschland hat sich in ihrer Sitzung in Frankfurt von dem Präsidenten des Deutschen Schwimm-Verbandes, Harm Beyer, geschieden. Die Vertreter von 43 Verbänden verurteilten die Form der öffentlichen Kritik Beyers an der Förderungspraxis der Stiftung Deutsche Sporthilfe, ohne nach diesem einmütigen Verfahren auf den Inhalt der Vorwürfe einzugehen. Beyer wirft der Sporthilfe vor, kein Sozialwerk des deutschen Sports zu sein, sondern eine Art Brutstätte des Professionalismus, die es zu bekämpfen gelte. Wörtlich hatte Beyer in einem Interview gesagt: „Die Sporthilfe als Sozialwerk? Vergiß es. Heute geht es ganz einfach um Bezahlung bestimmter Leistungen durch Geld und Sachleistungen.“

Harm Beyer, im Privatberuf Richter in Hamburg, hatte schon auf der Kuratoriumssitzung der Sporthilfe am 22. Oktober in Frankfurt durch seinen Angriff gegen die Stiftung und gegen die geförderten Sportler, die sie kaufen sich Videos und Motis für die Unterstützung, für eine unliebsame Auseinandersetzung gesorgt und war in der Diskussion von seinen Kollegen Roland Mader, der als Volleyball-Präsident zugleich Sprecher der Ständigen Konferenz ist, und Eberhard Münzer (Deutscher Leichtathletik-Verband) sowie dem Schwimmweltmeister Rainer Henkel („Ohne die Sporthilfe wäre ich nie Weltmeister geworden“) und Michael Groß auf schärfsten Widerspruch gestoßen.

Im eigenen Verband hat Beyer schon seit geraumer Zeit Probleme mit seinen Aktiven und einigen Präsidiumsmitgliedern. Kritisiert wird vor allem Beyer, „DSV-Wirtschaftsdienst“ als Finanzbeschäftigter. Als die Schwimmprozentual am Gewinn beteiligt sein wollten, um DSV-Vorbereitungskurse nicht anteilig selbst bezahlen zu müssen, gab es Ärger. Aktivensprecher Dirk Korthals wurde dann drei Tage nach der Kuratoriumssitzung der Sporthilfe auf einer Schwimmersitzung in Mainz erlaubt,

mit einer 5000-Mark-Einlage (!) Gesellschafter der Wirtschafts-GmbH zu werden: Ein einmaliger Vorgang im deutschen Sport.

Nach der Frankfurter Sitzung der Fachverbände, in welcher der Harm-Beyer-Stellvertreter Günter W. Linger als Vizepräsident des DSV die Erklärung gegen Beyer mitgetragen hat, sagte Roland Mader als Sprecher der Versammlung:

„Harm Beyer erweist sich immer mehr als Problemschaffer des bun-

desdeutschen Sports. Seine Äußerungen schaden der Sache des Spitzensports sehr. Ich weiß nicht, für wen Beyer spricht. Er hat keine Mehrheit in seinem Präsidium und auch keine im Verband. Sein Vizepräsident Lingenau hat hier in Frankfurt gegen ihn gestimmt. Ich glaube, daß Beyer Berührungängste mit der Industrie hat. Folgt Beyer seinen Überzeugungen, dann müssen seine Goldschwimmer die von der Sporthilfe zur Verfügung gestellten „Dienstwagen“ zurückgeben und alle weiteren geförderten Aktiven sofort auf die Sporthilfegelder verzichten.“

Roland Mader machte in seiner Deutung des Vorgehens von Beyer, „mit dem er im bundesdeutschen Sport allein steht“, aber auch den Stellvertretenden Vorsitzenden der Stiftung Deutsche Sporthilfe, Hans

Friderichs, verantwortlich, „der durch seine moderate Leitung der Kuratoriumssitzung Beyer geradezu ermutigt hat, weiter für Unruhe zu sorgen“.

Karl-Adolf Scherer, Experte des Sport-Informationsdienstes (sid) für sportpolitische Fragen, spekuliert in einem Kommentar über die Motive der harschen Kritik von Harm Beyer: Der Richter Beyer überschätzt sich und seine Legitimation. Für das Amt eines Sportvorsitzenden sehr wohl geschaffen, überzeugt von seiner Berufung und von seinem Auftrag, Heranwachsende zu führen und einzuweisen für das Leben, steht er in seinem geistigen Anspruch ein Stück über den vielen, die mit ihm arbeiten sollen. Sendungsbewußtsein des Bekährten ist im Spiel, auch Selbstgerechtigkeit. Einsam geworden in seinem Verband, steht Harm Beyer nicht oben, sondern in der Ecke.

Ein Mann, der seine Dienstprobleme mit dem Hamburger Senat in der Öffentlichkeit ausbreitet, der Spitzenschwimmer disziplinieren möchte und Wirtschaftsfragen pädagogisch zu lösen denkt, gerät in die Außenposition, die Neurosen allerorten fördert: Harm Beyer, der das Gute will und das Böse schafft.

Im eigenen Verband ohne Freunde und gleichgesinnte Mitstreiter, sucht er, um seine Basis nicht zu verlieren, sein Feindbild woanders, und er hat es im angeblich unermesslichen Leistungssport und in der Sporthilfe, die diesen Leistungssport fördert, erkannt. Nicht genug, daß er die Diskussion um die Förderungsmaßnahmen anregte, er beendete sie nun auch mit einem unmäßigen Richterspruch.

Der Sport hört dem Verbandsführer Beyer zu, nicht dem Richter. Um es mit seinem Olympiasieger, Weltmeister und Weltrekordmann Michael Groß zu sagen: Man kann die Sporthilfe nicht abschaffen, um zu erfahren, was sie wert ist. Die Schmerzgrenze ist überschritten (siehe auch Kommentar am Fuß der Seite).

Friderichs, verantwortlich, „der durch seine moderate Leitung der Kuratoriumssitzung Beyer geradezu ermutigt hat, weiter für Unruhe zu sorgen“.

Karl-Adolf Scherer, Experte des Sport-Informationsdienstes (sid) für sportpolitische Fragen, spekuliert in einem Kommentar über die Motive der harschen Kritik von Harm Beyer: Der Richter Beyer überschätzt sich und seine Legitimation. Für das Amt eines Sportvorsitzenden sehr wohl geschaffen, überzeugt von seiner Berufung und von seinem Auftrag, Heranwachsende zu führen und einzuweisen für das Leben, steht er in seinem geistigen Anspruch ein Stück über den vielen, die mit ihm arbeiten sollen. Sendungsbewußtsein des Bekährten ist im Spiel, auch Selbstgerechtigkeit. Einsam geworden in seinem Verband, steht Harm Beyer nicht oben, sondern in der Ecke.

Ein Mann, der seine Dienstprobleme mit dem Hamburger Senat in der Öffentlichkeit ausbreitet, der Spitzenschwimmer disziplinieren möchte und Wirtschaftsfragen pädagogisch zu lösen denkt, gerät in die Außenposition, die Neurosen allerorten fördert: Harm Beyer, der das Gute will und das Böse schafft.

Im eigenen Verband ohne Freunde und gleichgesinnte Mitstreiter, sucht er, um seine Basis nicht zu verlieren, sein Feindbild woanders, und er hat es im angeblich unermesslichen Leistungssport und in der Sporthilfe, die diesen Leistungssport fördert, erkannt. Nicht genug, daß er die Diskussion um die Förderungsmaßnahmen anregte, er beendete sie nun auch mit einem unmäßigen Richterspruch.

Der Sport hört dem Verbandsführer Beyer zu, nicht dem Richter. Um es mit seinem Olympiasieger, Weltmeister und Weltrekordmann Michael Groß zu sagen: Man kann die Sporthilfe nicht abschaffen, um zu erfahren, was sie wert ist. Die Schmerzgrenze ist überschritten (siehe auch Kommentar am Fuß der Seite).

TENNIS / Platz im Masters-Turnier geschafft

Bettina Bunge – Kraft und brillante Technik

dpa, sid, Worcester

Bettina Bunge hat es doch geschafft. Sie gehört als 13. im 16er-Feld neben Steffi Graf und Claudia Kohde zum starken deutschen Trio beim Masters-Turnier im New Yorker Madison Square Garden (17. bis 23. 11.). Damit krönt die 23 Jahre alte Bunge ein bemerkenswertes Comeback nach einem fast zwei Jahre anhaltenden Tief, in das sie nach einer komplizierten Operation geraten war.

Beim mit 250.000 Dollar dotierten Turnier in Worcester begeisterte die in der Schweiz (Zürich) geborene, in Florida lebende, unter Monaco geführte und für Deutschland (Aschaffenburg) spielende Tennis-Weltbunnenin mit brillanter Ballwehse. In die aufgrund ihrer besonders ausgeprägten Technik für sich entschied. In dem bisher besten Spiel des Turniers besiegte sie im Viertelfinale die belgische Antwerpenin Pragerin Helena Sukova, für die sie mit drei erfolgreichen Duellen in Folge langsam zur Angstgegnerin wird. Im Moment spielt Bettina wirklich, was sie will. Sie gehört unbedingt zu den ersten Zehn, in der Welt, kommentierte die Besiegte nach dem Spiel.

Wo früher ein riesiges Repertoire glänzender Schläge häufig eher zum Selbstzweck eingesetzt wurde, kommt Bettina Bunge diesmal erneut mit einem schier unerschütterlichen Kampfeinstellung auch Punkte gewinnen. Bestes Beispiel war das Zweitrundenspiel gegen die Bulgarin Manuela Maleeva, die nach gewonnenem ersten Satz (6:2) gegen die entsetzt aufspielende Deutsche kein einziges Spiel und im letzten Satz bei Aufschlag der Deutschen gar nur einen einzigen Punkt mitbekam. Mit welchem Selbstvertrauen Bettina Bunge zu dem Satz ausgetastet ist, mußte im Tie-Break Helena Sukova schmerzhaft erfahren. Die für Aschaffenburg spielende Bunge triumphierte mit 7:2. Ein Überkopfschmetterball setzte den Schlussschlag. Typisch für eine Bettina Bunge, auf die nach ihrer Rückkehr in die Weltklasse in ent-

scheidenden Phasen in dieser Saison stets Verlaß war.

Unbelastet kann Bettina Bunge nun das Halbfinale gegen die Siegerin des amerikanischen Duells Navratilova – Shriver angehen.

Zu einem Finale der Gastgeber kommt es bei den Internationalen Schwedischen Tennis-Meisterschaften in Stockholm. Für das Endspiel, in dem mit 435.000 Dollar dotierten Turnier qualifizierten sich der Weltanglist Stefan Edberg und sein Landsmann Mats Wilander, der derzeit an Nummer fünf in der Welt rangiert. Edberg besiegte in der Vorrunde in einem dramatischen Spiel den Franzosen Henri Leconte mit 6:7, 6:4, 7:6. Wilander, in Stockholm an Nummer zwei gesetzt, besiegte den Franzosen Guy Forget mit 6:2, 7:6.

Im Kampf um die 210.000 Dollar Siegesprämie beim Einladungsturnier im belgischen Antwerpen trifft der New Yorker John McEnroe im Endspiel auf den Tschechoslowaken Miloslav Meir. Im Halbfinale setzte sich McEnroe mühelos mit 6:2, 6:3 gegen den farbigen Franzosen Yannick Noah durch. Anschließend hatte der an drei gesetzte Meir ebenso leichtes Spiel beim 6:2, 6:1 über McEnroes Landsmann Jimmy Arias.

Unmittelbar nach dem Finale wird Meir nach Düsseldorf fliegen, um dort beim Einladungsturnier im Kaarster „Open Air Tennispark“ seinen verletzten Landsmann Ivan Lendl zu ersetzen. Lendl laboriert an einer schweren Hüftverletzung.

Von einer Krankheit geplagt, mußte auch Boris Becker eine Turnierteilnahme absagen. Wegen einer fiebrigen Erkältung wird er nicht beim mit 375.000 Dollar dotierten Turnier in London antreten können.

Zu ihrer ersten Halbfinaleteilnahme bei einem Grand-Prix-Turnier kam die 13jährige Silke Meier aus Karlsruhe in North Little Rock in Arkansas. In der Vorrunde unterlag sie zwar der Weltanglistin-Zehnten Kathy Rinaldi mit 4:6, 2:6, beeindruckte aber mit sicheren Vorhandschlägen und Kampfwillen.

EISHOCKEY

Erste Liga nur mit acht Vereinen?

Die Eishockey-Bundesliga wird wieder einmal neue Wege gehen. Bei einer Arbeitssitzung der Bundesligavertreter ging es in Frankfurt um brisante Themen: die Fernsehoffensive, die Reduzierung der beiden ersten Ligen mit einer neuen Meisterschafts-Struktur und das Dauerthema Profi-Schiedsrichter. Das sind die Ergebnisse.

Die Honorar-Erhöhung der Fernseh-Anstalten ARD und ZDF von bislang 450.000 auf künftig 550.000 Mark kommt jenen vier Klubs zugute, die im Viertelfinale der Play-off-Runde ausscheiden und damit ohne weitere Einnahmen sind. Eine vor allem vom Mannheimer ERC geforderte drastische Erhöhung der Fernsehgelde wurde abgelehnt. Wichtig sei zunächst einmal, daß Eishockey überhaupt auf dem Bildschirm besser repräsentiert ist.

Endgültig gescheitert ist der Plan, die Spielzeit vor allem während der Winterpause der Fußballer von Freitag und Sonntag auf Mittwoch und Samstag zu verlegen. Das Interesse der Fernseh-Anstalten sei zu gering. Inzwischen aber dürfen in Zukunft die Live-Übertragungen in den dritten Programmen intensiviert werden. So bot der Hessische Rundfunk am Freitag das Spiel zwischen Frankfurt und Landshut an, übertrug der WDR am 16. November das Schlagerspiel zwischen Köln und Düsseldorf. ARD und ZDF werden auch in Zukunft Priorität vor den privaten Anbietern haben, der entsprechende Vertrag soll bis 1990 laufen.

Seinabe revolutionär sind die Pläne zur Modifizierung der Meisterschafts-Struktur. Geplant ist die Reduzierung der ersten Spielklasse von zehn auf acht Klubs. Die zweite Bundesliga soll ebenfalls von derzeit 20 Klubs in Nord und Süd auf acht Klubs gestrafft und mit der „Eliteliga“, so der geplante neue Name für die Bundesliga, verzahnt werden.

So soll die künftige Eliteliga eine Doppelrunde austragen, danach gegen die zweite Liga spielen. Nach dem Play-off-Viertelfinale sollen die dann ausgeschiedenen vier Klubs gegen die vier Punktesten des Unterhauses ebenfalls im Play-off-Modus die Plätze der Eliteliga ausspielen. Damit würde man den Unterbau aufwerten.

„Wir haben in Deutschland 16 Vereine, die in der Lage sind, wirtschaftlich bundesweit zu spielen“, sagt Unsin, der von einer Neuordnung auch für die Nationalmannschaft profitieren würde. „Denn ein einheitlicher Spielplan würde für größere Freiräume sorgen, mehr Länderspiel-Termine zulassen und so für bessere Perspektiven der Nationalmannschaft sorgen.“

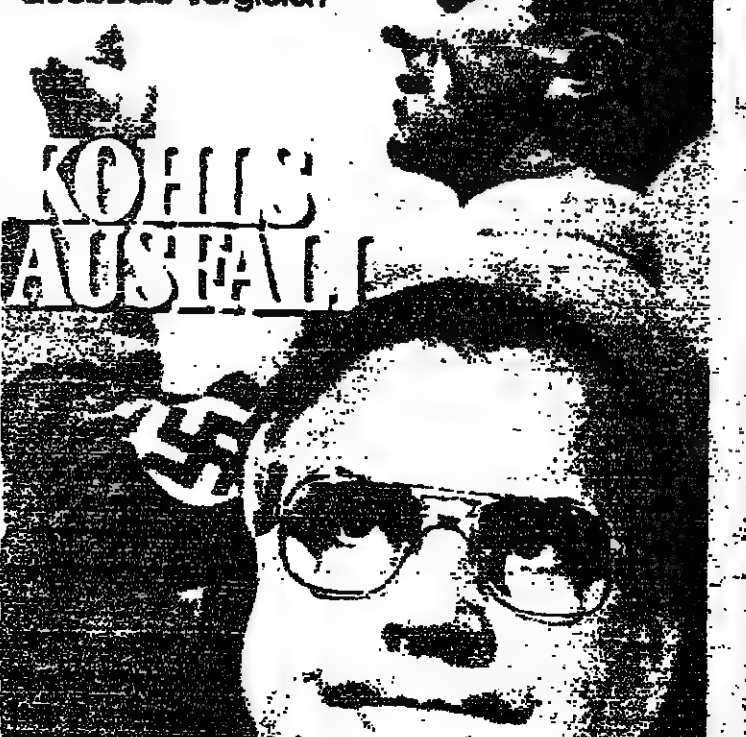
Die Pläne sollen auf der nächsten Sitzung am 17. Januar in Düsseldorf präzisiert werden, ehe im Sommer 1987 auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung Beschlüsse gefaßt werden können. Fallengelassen werden dürfte allerdings die Einführung von Profischiedsrichtern, denn dieser Schritt, da sind sich alle Klubvertreter einig, ist finanziell nicht durchführbar.

DER SPIEGEL

IN DIESER WOCHE:

- Was Kohl noch zu „Newsweek“ sagte: „Ich bin von mehr Leuten gewählt worden als seinerzeit Hitler.“
- SPIEGEL-Umfrage: 93 von 100 Bundesbürgern rügen Kohls Vergleich. Und: Gorbatschow ist populärer als Reagan.
- Neues von der Neuen Heimat: Die Banken steigen aus – der Konzern bricht zusammen.

Der Gorbatschow-Goebbels-Vergleich



FECHTEN / Erstes Degen-Masters-Turnier in Taubertschheim mit einem deutschen Sieg

Bundestrainer Emil Beck lächelte süßsauer beim Händedruck für den abtrünnigen Arnd Schmitt

Die Situation hatte etwas Pikan- tes. Doch Klaus-Dieter Güse, der Prä- sident des Deutschen Fechterbundes (DFB), eloquent wie stets, nahm der Atmosphäre auch den letzten Rest an Gerechtigkeit. Denn daß ein deutscher Fechter, der 21-jährige Arnd Schmitt aus Leverkusen, in Taubertschheim das erste Masters-Turnier der acht weltbesten Degenfechter gewon- nen habe, sagte Güse, sei schließlich ein Geschenk für den gesamten deut- schen Fechtsport. Also auch für Emil Beck, der als neuer Cheftrainer für alle DFB-Fechter zuständig sei - und nicht nur für seinen Fechtclub Tau- bertschheim.

Emil Beck quittierte die Worte sei- nes Präsidenten mit einem süßsauen Lächeln. Sicherlich, das Turnier, bei dem es erstmals in der Bundesrepub- lik Deutschland auch für Fechter um Geld, insgesamt rund 80 000 Mark, ging, war ein Erfolg. Die Veranstat- tung, die noch vor kurzem zu scheitern drohte, war auch erst durch Beck's unermüdliche Sponsorenerwer- bung in seiner Heimatstadt möglich geworden. Doch aus seiner Sicht fehl- te eben doch das I-Tüpfelchen.

Beck hätte den gut 1200 Zuschau- ern in der großen Halle des Olympia- stützpunktes zu gerne auch noch ein- en einheimischen Sieger präsent- ert. Zum Beispiel seinen Muster- schüler Alexander Pusch (31), den mehrmaligen Olympiasieger und Weltmeister, der die vorige Saison als Welttranglistenerster beendet hatte. Oder den alten Kämpfer Volker Fi- scher (36), der als Nummer sieben gesetzt war. Doch ausgerechnet Beck's ehemaliger Schüler Arnd Schmitt, Achter der Rangliste, der in diesem Jahr im Streit Taubert- schheim verlassen hatte, machte ihm einen Strich durch die Rech- nung.

Gleich in der ersten Begegnung warf Schmitt seinen ehemaligen Klubkameraden Pusch aus dem Wett- bewerb. Im ersten Gefecht beim 5:4 hatte er noch erhebliche Schwierig- keiten, doch schon im zweiten der maximal drei Durchgänge ließ er dem unverständlichen nervösen Pusch trotz aller Anfeuerungsrufe der Tau- bertschheimer mit 5:2 keine



Kaisertitel nach dem Sieg: Arnd Schmitt. FOTO: SVEN SIMON

Chance mehr. Da auch Volker Fi- scher gegen den 25-jährigen Italiener Angelo Mazzoni sang- und klanglos mit 1:5, 2:5 ausschied, war Beck's Traum von einem restlos gelungenen Abend geplatzt. Der 51-jährige gehör- te zwar selbstverständlich zu Schmitt's ersten Gratulanten nach dem 5:4, 5:4-Finalsieg über Mazzoni. Doch daß ihn die Situation gehörig wurmte, konnte er trotz aller guten Worte nicht ganz verbergen.

Für den strahlenden und gelösten Sieger Arnd Schmitt war dies „mein

größter Einzelerfolg“. Beim ersten Gefecht gegen Pusch habe er noch „mit gemischten Gefühlen“ die Plan- che betreten, auf jede negative Reak- tion aus dem Publikum gefaßt. Doch als sich zeigte, daß die Zuschauer auch die letzten unschwerflichen Emotionen dieses Duells ignorieren und schließlich den letzten im Wett- bewerb verbliebenen Deutschen un- terstützten, als sei er Franke von Ge- burt, ließ Schmitt von Nervosität nichts mehr spüren.

So gewann er im Halbfinale den

spannendsten und schönsten Kampf des Abends mit 5:6, 6:5, 5:4 gegen den Franzosen Eric Srecki, so sicherte er sich auch in den beiden Final-Gefech- ten den Sieg, den er mit geballter Faust feierte. Nur eine Geste der Er- leichterung, denn „ich wollte mich an niemandem rächen, ich wollte ein- fach gewinnen“.

Streit habe er schließlich nur mit Emil Beck, der nicht eingesehen ha- be, daß sich einer seiner Fechter nicht in seine Abhängigkeit begeben wolle, sagte Schmitt. Es gäbe viele Tauber- schheim's, die „mir diesen Er- folg trotz des Vereinswechsels von Herzen gönnen“. So drückte nicht zu- letzt auch der einheimische Degen- Bundestrainer Bernd Pelzer dem Sie- ger die Hand, stumm, aber dafür um so länger und herzlicher. Dennoch wird Schmitt gerade dieser Erfolg in seiner Karriere helfen. „Ich habe ge- zeigt“, sagte er, „daß ich in Leverkusen nichts verlerne“.

Auch der unterlegene Alexander Pusch, der mit Schmitt hinter den Kulissen nach der Niederlage locker plauderte, mochte nicht von Aversio- nen reden. Viel mehr als das Verhält- nis zu einem ehemaligen Vereinska- meraden interessierte ihn, warum er bei seinem Auftritt derart versagt ha- te. „Ich habe mich“, vermutete der so erfahrene Fechter, „vielleicht zu an- dererhaft auf das Masters vorbereitet“. Pusch meinte damit zwar eher seinen Trainingszustand. Doch war dieses Turnier in der Tat Neuland für eine Sportart, der die Wörter Profi und Kommerzialisierung bislang un- bekannt waren. Und nach den ersten Schritten auf diesem Gebiet - im Mai in Paris hatte der Taubertschheim's- er Matthias Gey das Masters der Florettfechter gewonnen - steht fest, daß Fechten auch so nicht zur großen Attraktion werden kann. Die Regeln bleiben für den Laien zu kompliziert.

DFB-Präsident Güse, der auf dem Verbandstag am 19. November nicht mehr kandidieren wird und der das Turnier als letzten großen Auftritt be- trachtete, sah dennoch nur Vorteile: „Das Masters gibt uns die Chance, unseren Sport als Fernsehspektakel zu bieten, den Zuschauern höchste Fechtkunst zu zeigen und damit zu werben.“ Dies sei bestens gelungen.

HANDBALL

Wunderlich reif für das Nationalteam

sid, Düsseldorf
Er sagte sich in einem Wohnbe- d von Sympathie und Leistung und war an seiner alten Wirkungsstätte der große Sieger. Erhard Wunderlich, der in sieben Jahren 13 Titel mit dem VfL Gummersbach errang, wuchs als Längster trotz der 24:25-Niederlage seines Vereins TSV Milbertshofen beim VfL Gummersbach zum Größ- ten. Der Mann mit dem Gardemaß von 2,04 m erzielte gegen Weltklasse- Torhüter Andreas Thiel 13 Tore und avancierte zur bestimmenden Per- sönlichkeit.

Der 19-jährige Nationalspieler, nach acht Spieltagen mit 75 Toren, davon 36 verwandelten Siebenme- tern, Torjäger Nummer eins der Handball-Bundesliga, wird gut drei Monate vor der B-Weltmeisterschaft in Südtirol bei der es um die letzten zwei Plätze für die Olympischen Spiele in Seoul geht, wieder für die Nationalmannschaft aktuell. Simon Schobel wird heute in einem Ge- spräch mit Wunderlich die gesamte Situation besprechen.

Heiner Brand, Co-Trainer beim VfL Gummersbach und Assistent von Simon Schobel, wollte zwar der Entscheidung des Bundestrainers nicht vorgreifen, sagte aber: „Mit die- ser Leistung steht er außerhalb jeder Diskussion.“ Wunderlich, seit Jahren eine Reizfigur im deutschen Hand- ball, signalisierte Bereitschaft und meinte: „Ich habe heute meinen sportlichen Weg bestätigt. Jetzt hat der Bundestrainer das Wort. Aber Priorität hat der Verein.“ Milbertsho- fen ist durch die dritte Saison-Nieder- lage mit 10:6 Punkten auf den fünften Platz zurückgefallen.

Der TV Großwallstadt (13:3) bleibt durch den vierten Heimsieg mit 27:22 gegen den THW Kiel erster Verfolger von TuSEM Essen. Dabei imponierte der Rückraum der Mainfranken mit insgesamt 21 Treffern, davon allein neun durch Martin Schwalb.

TuRu Düsseldorf stürmte durch den 19:16-Sieg beim TuS Schutter- wald mit 11:5 Punkten auf Platz drei. Die Westdeutschen sind mit 7:1 Punkten die beste Auswärtsmann- schaft der Liga. TuRu-Trainer Horst Bredemeier sah bereits nach neun Mi- nuten die rote Karte wegen lauti- sten Protestierens, nachdem ein ein- wandfreies Tor zum 6:4 von Hertel nicht gegeben wurde.

Einmal mehr rettete Jerzy Klampel Priach aus Göttingen das 22:22 beim THW Lemgo. Der 22-jährige polni- sche Nationalspieler erzielte 13 Tre- ffer. Allerdings vergab er in der Schlussminute den Sieg, als er mit einem Siebenmeter an Martin Rüber scheiterte.

SPORT-NACHRICHTEN

Pause für Evert-Lloyd

Worcester (dpa) - Die Welttrang- listenzweite im Tennis, Chris Evert- Lloyd (USA), wird vorläufig an kei- nem Turnier mehr teilnehmen. Sie will ihre Verletzung im linken Knie auskurieren.

Longo fuhr Weltrekord

Grenoble (UPD) - Weltmeisterin Jeannie Longo (Frankreich) stellte in Grenoble mit 44,718 Kilometern ei- nen Frauenweltrekord im Stunden- fahren für Hallenbahnen auf. Sie ver- besserte den bisherigen Rekord um 1,125 Kilometer.

Sieg für Klimke

Paderborn (sid) - Olympiasieger Reiner Klimke gewann auf Pascal den Grand Prix de Dressage beim Hallenreitturnier in Paderborn. Der Münsteraner erhielt 1719 Punkte und lag damit deutlich vor Monica Theo- doreau aus Warendorf, die auf Gani- dedes 1634 Punkte erzielte.

Seeler-Gala

Hamburg (dpa) - Einen Reinge- winn von 70 000 Mark brachte die große Gala-Show zum 50. Geburtstag von Fußballidol Uwe Seeler in der Alsterdorfer Sporthalle in Hamburg. Das Geld geht zu gleichen Teilen an die Deutsche Muskelschwundhilfe und an Erdbebenopfer in Chile.

Japan vor Europa

Kawasaki (dpa) - Japan gewann in Kawasaki den mit 900 000 Dollar do- tierten Golf-Weltcup für Kontinen- tal-Mannschaften durch einen 8:4- Sieg im Finale über Europa. Der An- hauser Bernhard Langer, Kapitän des europäischen Teams, erlitt mit 67:68 gegen Naomichi Ozaki seine erste Niederlage und belegte in der Einzel- wertung mit 272 Schlägen Rang zwei hinter dem Japaner Tsuneyuki Naka- jima (270).

Reservist Litbarski

Paris (dpa) - Fußballprofi Pierre Litbarski, für 2,7 Millionen Mark vom 1. FC Köln zum französischen Erstligaverein Racing Club Paris ge- wechselt, darf wieder nur in dessen drittklassiger Reservemannschaft spielen. Der neue Trainer Victor Zwunka gab beim 1:0 über Lille den beiden anderen Ausländern, Ruben Paz und Enzo Francescoli aus Uru- guay, den Vorzug.

Spandau im Endspiel

Kotor (sid) - Titelverteidiger Span- dau 04 Berlin hat im Wasserball-Euro- pokal der Landesmeister zum drit- ten Mal nach 1982 und 1985 das End- spiel erreicht, trotz einer 5:8-Nieder- lage im Rückspiel beim jugoslawi- schen Titelträger VK Kotor. In den Finalspielen Ende November trifft Spandau auf Dynamo Moskau.

Jetzt Liverpool vorn

London (sid) - Mit einem 3:1-Aus- wärtssieg am 14. Spieltag der ersten englischen Fußballdivision löste FC Liverpool Titelverteidiger Notting- ham Forest als Spitzenreiter ab. Not- tingham verlor in Coventry 0:1 und ist nun Zweiter vor Arsenal London und Norwich City, einen Punkt zurück.

Wettkampfsorte festgelegt

Karlsruhe (sid) - Die vom Euro- pameister des Internationalen Ringer- Verbandes (FILA) an den Deutschen Ringer-Bund (DRB) übertragenen Europameisterschaften 1991 in bei- den Stilarten wurden an Stuttgart (Freistil) und Aschaffenburg (griechisch-römischer Stil) vergeben.

Bulgarische Erfolge

Sofia (sid) - Programmgemäß be- gannen in Sofia die 57. Weltmeister- schaften der Gewichtheber mit zwei Siegen der Bulgaren. Im Fliegengewicht gewann Sewdalin Marinov mit 257,5 kg und im Bantamgewicht der bislang international nur in Junio- ren-Wettkämpfen angetretene Mitko Grabiev mit beachtlichen 290,0 kg.

Souveränes Paar

Paris (dpa) - Überlegen gewannen Norwegens Weltmeister Geir Bakke/ Trine Delhi die Europameisterschaft in den Lateinamerikanischen Tänzen mit 35 „Einern“. Dritte wurden die Freiburger Hans-Reinhard Galke/ Bi- anca Schreiber.

Niederlagen in Folge

Oslo (sid) - Die Frauenauswahl des Deutschen Handball-Bundes mußte nach dem 19:13 zum Auftakt des Po- lar-Cup-Turniers in Oslo gegen Frankreich zwei Niederlagen hinneh- men. Die Mannschaft unterlag Polen mit 18:19 und Holland mit 11:16.

Susanne Becker gewann

Prag (sid) - Susanne Becker aus Mannheim gewann bei einem interna- tionalen Eiskunstlauf-Meeting um den „Prager Schlittschuh“ in Prag die Damenkonkurrenz. Die Dritte der deutschen Meisterschaften siegte mit 1,4 Punkten vor der Tschechoslowa- kin Jana Příbyllová (4,0) und Macha Krunditschewa (UdSSR/4,6).

Grenzau im Halbfinale

Hannover (dpa) - Tischtennis-Bun- desligaklub TTC Grenzau hat durch ein 5:2 über den italienischen Meister Centrocampa Prato das Halbfinale des Europapokals erreicht. Im Ach- telfinale des ETTU-Pokals siegte die Herren vom SSV Reutlingen über den holländischen Klub Hazersboud- e 5:0 wie die Damen von ATSV Saarbrücken im holländischen Ko- ningslust. Dagegen schied die Spvgg Steinhausen mit 1:5 bei Spartacus Bu- dapest aus.

Handwritten note: 10.11.86

Die Meldung schien nicht we- ter bedeutend, häufig genug verschwand sie auch in den Papierkörben: At Talaq, ein fünfjäh- riger Galopperhengst aus dem Voll- blut-Imperium der Maktoum- Scheichs aus Dubai, gewann den Melbourne-Cup in Australien. Eine Million australischer Dollar (rund 1,4 Millionen Mark) waren der üppige Lohn für den Sieg. Die WELT ver- meldete es am 6. November 1986.

Nun ist dieser At Talaq kei- neswegs ein Pferd von einem „anderen Stern“. Er ist auf den deutschen Rennbahnen wohlbekannt. 1984 wurde er hinter Gestüt Fährhof Abay Zweiter im Großen Preis von Berlin in Düsseldorf, 1985 lief er so- gar dreimal auf deutschen Bahnen und erwies sich dabei eigentlich als ein Aller- weltspferd ohne bedeutendes Kö- nen. Im Großen Preis von Baden wurde er Drittlä- ter, der Röttgerer Hengst Daun als Zweiter hinter dem Sieger Gold und Ivory war deut- lich vor ihm. Im Großen Preis von Berlin kamen die deutschen Hengste Ordo, Abay und Love Letter vor ihm ins Ziel. Im Großen Preis von Gelsenkirchen konnte er nicht ein- mal die internationale drittklas- sigen deutschen Pferde Mantelano und Landfrieden schlagen. Ange- blich bedeutete die deutsche Überset- zung seines arabischen Namen „Das Geschloß“ - doch geizig hat At Talaq in Deutschland nie. Aber bei den deutschen Besitzern und Train- ern könnte es jetzt ja vielleicht zün- den.

Wie kann ein solches Pferd nun den Melbourne-Cup gewinnen? Aus- tralien ist immerhin das Land mit den meisten Rennbahnen der Welt (608!) - und der Melbourne-Cup ge- hört zu den größten Rennen im Turf des Fünftens Kontinents.

Der Erfolg des dort auch noch als Favorit angetretenen At Talaq muß deutschen Züchtern, Trainern und Besitzern Augen öffnen, die sie bis- lang internationalen Märkten gegen- über fest verschlossen gehalten. Es gibt eine ganze Menge deutscher Pferde, die sich vor At Talaq wirk- lich nicht verstecken müssen. Aber unsere Verantwortlichen zeigen ein- fach zu wenig Risikobereitschaft. Der Nürnberger Stahlhändler Wal- demar Zeitelhack hat es doch vor einigen Jahren mit Star Appeal und Pawment bewiesen: Erfolge außer- halb Deutschlands, in der Regel hochdotiert, sind nur möglich, wenn man nach ersten Mißerfolgen nicht gleich verschüchtert wieder ein- packt und sich danach nicht wieder aus der gewohnten Umgebung her- austraut.

Nun ist über den Turf in Australi- en hierzulande nicht sehr viel De- tailliertes bekannt, obwohl mit Zau- berer der deutsche Derbysieger von 1979 im Edgewood-Park von New South Wales als Deckhengst wirkt. Fest steht allerdings, das der Turf dort in Blüte steht.

Dafür bürgen auch Namen von Jok- keys, die weit über Australiens Gren- zen bekannt wurden: Scobie Brea- ley, Bill William- son, George Moore, Ron Hutchinson und neuerdings Brent Thomson, der mit dem australischen Hengst Strawberry Road 1984 den Großen Preis von Baden in Ifezheim gewann.

Es werden ständig ausländische Hengste nach Australien eingeführt, ein lukrativer Markt also. Immerhin gilt nämlich Zaubere als einer der schwächsten Derbysieger der deut- schen Geschichte. Er wurde eigent- lich aus Deutschland abgeschoben.

Hier soll keineswegs zu einer Mas- senflucht Richtung Fünftes Konti- nent animiert werden. Es geht um den internationalen Weitblick. Voll- blutpferde ist international - und unsere deutschen Asse Acate- nango und Limung haben in diesem Jahr bewiesen, daß sie nicht nur als Kulisse für die Gegner aus England, Frankreich und den USA dienen. Der von Acatenango im Großen Preis von Berlin 1986 geschlagene Hengst Theatrical hätte im übrigen am letzten Samstag in Santa Anita in Los Angeles fast das Millionen-Ren- nen um den Breeders-Cup gewon- nen.

Ist das nicht Ansporn genug, auch einmal über die Grenzen, sogar über die kontinentalen Grenzen hinweg zu schauen? Hier wird nicht Toll- kühnheit gefordert, aber doch etwas mehr Mut. KLAUS GÖNTZSCHE

GALOPP

Favorit Ornesto in Köln vorne

KLAUS GÖNTZSCHE, Köln
Der Favorit Ornesto mit Jockey Manfred Hofer gewann gestern in Köln den Waimar-Preis sicher mit fast zwei Längen vor Flower King und Sextaner. Trainer von Ornesto ist der schon 81-jährige Friedrich-Wil- helm Schläpke in Dortmund.

Der fünfjährige Hengst Etzel ge- wann mit Jockey John Allen Reid in Hannover den Großen Preis der Lan- deshauptstadt.

Schwere Gesichtsverletzungen hat der Hindernisjockey Dennis Victor Sherwood aus Dortmund bei seinem Sturz am Samstag auf der Neusser Galopprennbahn erlitten. Er kam mit dem Pferd Mielix zu Fall, stand schon wieder auf und wurde dann von ei- nem ebenfalls gestrauchelten Pferd

Anzeige
Aktiv sein, fit bleiben!
kohlenhydrate für Energie
und Ausdauer! Darum: NUDELN!
Von Natur aus gut.....
3 GLOCKEN

erwischt. Er liegt auf der Intensivsta- tion der Düsseldorfer Uni-Klinik. Sherwood erlitt einen Jochbein- bruch, Knochensplitter sollen ins Ge- hirn gedrungen sein, es droht der Ver- lust eines Auges.

Der Wetthumsatz in den neun Ren- nen betrug 628 400 Mark.

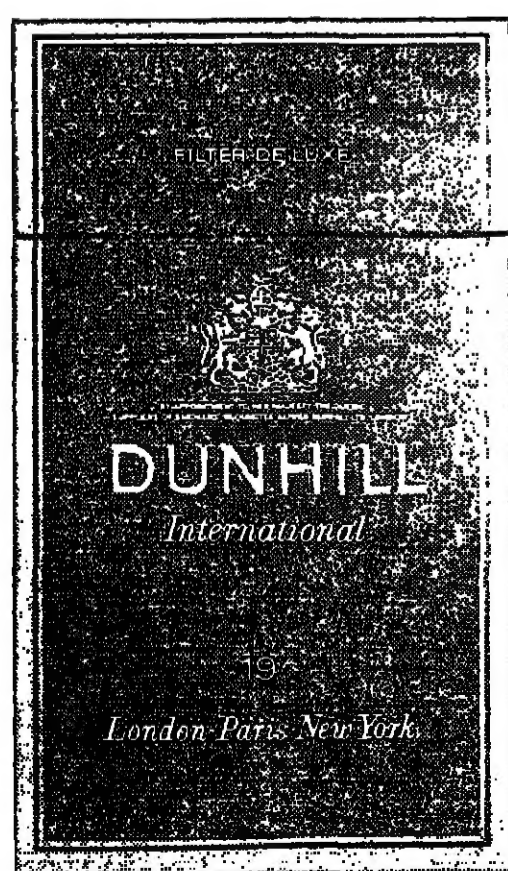
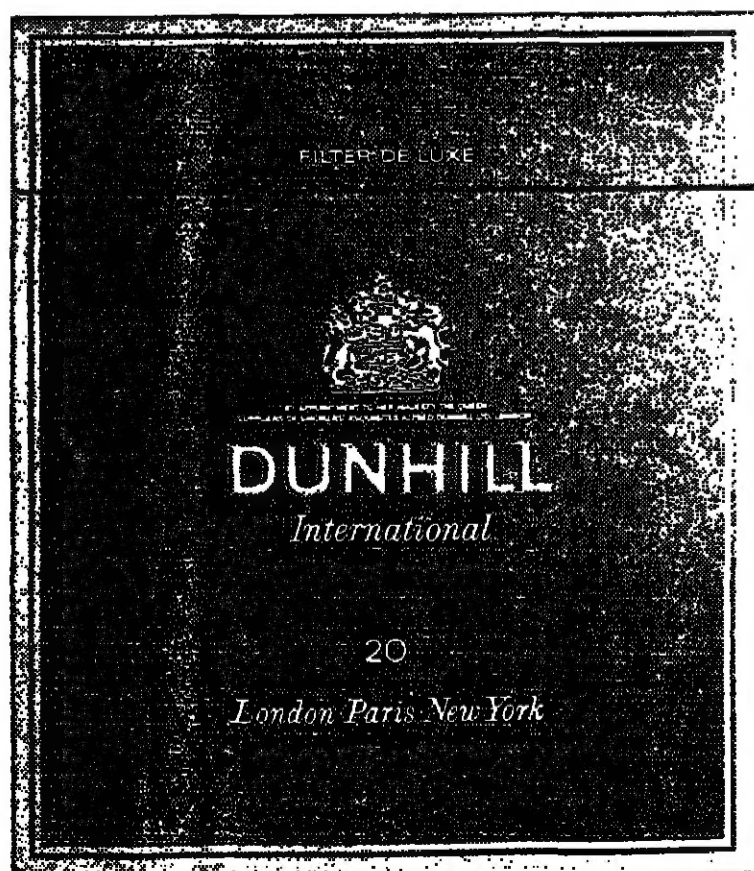
Die amtierende Championesse Vicky Furler (23) muß sich am 17. November vor dem Ordnungsaus- schuß des Verbandes verantworten. Sie soll bei einem Rennen in Frank- furt ihr Pferd Karat nicht ausgeritten haben, das dann beim folgenden Start in Hannover mit ihr gewann.

Vicky Furler führt ihre passive Rei- terei in Frankfurt auf die Folgen ihres gerade ausgeheilten Wadenbein- bruchs zurück.

Das sind die Ergebnisse im Renn- quintett:
• Rennen A (in Neuss): 7 - 4 - 5.
• Rennen B (in Köln): 21 - 27 - 30.
(ohne Gewähr)

DUNHILL INTERNATIONAL

Dunhill hat sich erlaubt,
Ihnen etwas
entgegenszukommen.



Die klassische Dunhill-Qualität
gibt es jetzt auch im Cigaretten-Automaten,
natürlich nicht in jedem.

Pankraz, v. Braunmühl und die Morddämonen

Der Vorgang ist unheimlich, der Brief ein unheimliches Dokument geschwätchter sozialer Instinkte in der Stunde großer Not. Fünf Brüder des von RAF-Terroristen ermordeten Bonner Diplomaten von Braunmühl lassen sich auf eine öffentliche Diskussion mit seinen Mörderinnen ein, diskutieren mit ihnen allen Ernstes darüber, ob sie (die Mörderinnen) denn die Richtigen erwählt hätten, und als Forum der Diskussion wählen sie ausgerechnet die linksradikale Berliner Tageszeitung "Eine derartige 'Trauerarbeit' hat es wohl noch niemand gegeben."

Befremdlich auch der Ton, den die fünf Brüder in ihrem "offenen Brief" anschlagen. Sie gewähren den unbekannten Mörderinnen von vornherein das vertrauliche "Du", und zur Einführung versichern sie, daß sie nicht nur das Schreiben, das die Mörderinnen am Tatort zurückließen, gelesen hätten, sondern auch andere RAF-Schriften. Derart als akzeptable Kenner und Beobachter der "Szene" ausgewiesen, fangen sie ein langes Klage über die bedauerliche "Betonlogik" der Attentäter an.

Die RAF, so schreiben sie altklug, habe bestimmte Anglistische: das "imperialistische Gesamtsystem", "westeuropäische Institutionen, die den Zusammenbruch dieses Systems verhindern sollen", schließlich "die Leute, die das alles machen". Auch Gero von Braunmühl habe zu diesen Leuten gehört. "Also schreibt ihr auf ihn. Eine totisierende Logik. Aber wenn sie überzeugen? Gibt es unter euch und euren Freunden keine kritischen Fragen? Zum Beispiel: ob Einigung und Stärkung Westeuropas und europäisch-politische Zusammenarbeit auch zu etwas anderem führen kann als zu Stützung der USA und verstärkter Ausbeutung der Dritten Welt?"

Die Logik solcher Sätze, ob nun aus Beton oder nicht, erfordert folgenden Schluss: Hätte sich bei reichlich kritischen Fragen herausgestellt, daß Braunmühl mit seiner Arbeit tatsächlich "zu Stützung der USA und verstärkter Ausbeutung" beigetragen, sähe der Mord an ihm schon mal ganz anders aus, selbst in den Augen seiner Angehörigen. Alles ist eine Sache der Überzeugungsarbeit. Deshalb offenbar auch das angestrebte Phänomen, mit dem der Brief schreibt: "Hört auf, kommt zurück-Treffend sind nicht eure Argumente, treffend sind nur eure Kugeln..."

Diese Pankraz, man muß es mit Entschiedenheit konstatieren, ist schief und peinlich. Soll man etwa, wenn die Mörder "zurückkommen", erst noch einmal lang und breit über die politische "Berechtigung" ihrer Tat diskutieren, statt ihnen den Prozess zu machen? Pankraz kennt die Brüder von Braunmühl nicht. Er geht davon aus, daß ihr Schmerz über den Ermordeten groß ist und zur Artikulation drängt. Doch das ändert nichts daran, daß ihr "offener Brief" sich nur allzu gut dazu eignet, die Geister zu verwirren und vor allem junge Menschen in ihren Vorurteilen über die Werte der Gesellschaft zu bestärken.

Es verhält sich keineswegs so, daß Diskussion und kritisches Fragen alle anderen Werte außer Kraft setzen und zum Beispiel verfügen

Pankraz

Elisabeth Grümmer †

Lyrik mit allerfeinstem Timbre

Die schier ewige Jugendlichkeit der Stimme Elisabeth Grümmer hätte darüber hinweggetuscht, daß auch sie älter wurde. Wir hatten sie, trügerisch, in Erinnerung behalten, wie wir sie von einem Vierteljahrhundert auf der Bühne der Deutschen Oper Berlin gekannt hatten: Aufrecht, erleuchtet wie von einem inneren Strahlen, eine Königin unter den Sängerinnen, die jedoch nicht mehr sein wollte als die erste Dienerin der Musik. Und begnadet mit einer Stimme, deren feines Timbre verriet, daß Gesang mehr eine Sache des Herzens als des Halses ist.

Sängerin zu werden, das war ihr nicht an der Wiege gesungen worden. Die stand, 1911, in dem lothringischen Dorf Niederjutz. Später residierte die Familie in Meiningen, und dort stieß Elisabeth Grümmer zum Theater - als Schauspielerin. Aber sie war ja auch noch gar nicht Elisabeth Grümmer, die wurde sie erst durch die Heirat mit dem Geiger Grümmer, und der spielte dann im Orchester von Aachen, dem damals, 1941, Herbert von Karajan Vorstand. Der soll nach einem Abendessen bei den Grümmer die Hausfrau haben singen hören und auf dem sofortigen Tausch von Küche gegen Bühne bestanden haben.

Man kann das Ergebnis ja göttlich auf Schulplätzen kontrollieren und also bis in alle Ewigkeit wissen, was es einmal geheißen hat, eine lyrische Sopranistin im deutschen Fach zu



Elisabeth Grümmer unter den Sängerinnen: Elisabeth Grümmer. FOTO: K.F.A.

sein, als Agathe im Freischütz, als Elisabeth, Elsa und Evchen Wagners, als Mozarts Pamina in der "Zauberflöte" und als "Figaro"-Gräfin.

Ein Vierteljahrhundert in Berlin, wo sie Kammeropern, ja Ehrenmitglied der Deutschen Oper wurde, das war schon damals eine Ensemble-treue, die nicht mehr als selbstverständliche gelten konnte. Die Berliner haben es ihr herzlich gedankt, daß sie von ihren wahrhaft triumphalen Gastspielen in aller Welt stets zurückkehrte an ihr Haus. Und als sie am Neujahrstag 1972 von der Bühne verabschiedete, mit der Marschallin aus dem "Rosenkavalier", der Glanzrolle ihrer späten Jahre, da fragte doch jeder: Warum schon, denn die Stimme klang ja noch immer wie die einer jungen Frau. Sie hat an der Berliner Hofmusik-Hochschule und an der Pariser Opéra als Pädagogin noch manches von ihrer Kunst weitergeben können, bevor sie nun, 75jährig, im westfälischen Wandorf gestorben ist.

EUGEN BICHTERER

Als die Kunst ins Variété ging: Tübingens große Toulouse-Lautrec-Schau bietet Kostbarkeiten und Trouvaillen

Der gute Geist vom Moulin Rouge

War der Mann wirklich so gut oder doch nur eine der erfolgreichsten Fußnoten der Kunstgeschichte, jener Henri de Toulouse-Lautrec, den jetzt die Kunstwelt Tübingen in einer großen Retrospektive vorstellt? Für Götz Adriani, Chef in Tübingen, ist die Antwort klar: Toulouse-Lautrec ist einer der wichtigsten Künstler der Jahrhundertwende. Folgerichtig fehlt denn in der Tübinger Ausstellung das, worauf sich die Popularität des Malers noch immer so gut wie ausschließlich gründet: Die Graphik und die Vorzeichnungen für jene Plakate, mit denen die Unterhaltungsabteilungen am Montmartre ihre Kunden fingen.

Gezeigt werden rund 130 Gemälde und Bildstudien, das pure malerische Œuvre also, großenteils entliehen aus dem Toulouse-Lautrec-Museum von Albi, aber ergänzt auch durch sehr schwer zugängliche Leihgaben aus deutschem und schwedischem Privatbesitz sowie aus amerikanischen Sammlungen. 25 Jahre sind seit der letzten Toulouse-Lautrec-Retrospektive in Deutschland (München und Köln) vergangen; künftig wird es noch schwerer sein, eine solche Ausstellung an die Wände zu bringen, da sich das Museum von Albi nun doch sehr zurückhalten will mit Ausleihungen, was angesichts des nicht gerade robusten Zustands vieler Arbeiten Toulouse-Lautrecs als konservatorische Notwendigkeit zu akzeptieren ist. Tübingen ist eine Reise wert - wenn auch nicht unbedingt für die von vorläufigen Berichten aufgeschreckten Voyeurs, die da hoffen, in dieser Ausstellung durch die Schlüsselblätter der Pariser Konstellationen gucken zu können. Diese Bilder gibt es natürlich auch - aber sie drängen sich nicht vor.

Mehr fallen da einige Porträts ins Auge: Die Tänzerin Gabrielle, in hochgeschlossener Seidenbluse und mit Hut in einem Frühlingssgarten sitzend; sie stützt eine Hand in die Hüfte und hat das Gesicht halb weggedreht vom Maler. Oder die Herren Bourges und Pascal, Plaqueur im Gehrock, das Spazierstöckchen unter den Arm geklemmt. Freunde des Malers, die auf einen Sprung ins Atelier schauen, bevor sie ihren Ruf als Boulevardiers pflegen: Fast identische Situationen auf diesen beiden Bildern, die scheinbar zufällig entstanden sind wie Schnappschüsse, in Wahrheit jedoch Resultate eines langen Einkreisens und Belauers sind. Des Abwartens

stört zu haben, daß aus seinem betagten Erfolgsstück nun eine waschechte italienische Oper geworden ist. La cantatrice calva, die sich kaum eine Pointe der italienischen Übertragung entgehen läßt. So findet in Wien die Aufführung auch in der sogenannten Originalsprache statt: anschließend gastiert die Produktion, zusammen mit der bereits früher produzierten "4-Ton-Oper" von Tom Johnson, bei einem Einakter-Festival in Arezzo. Da Chailly ein alter Fuchs ist, der ganz genau weiß, wo er die Punkte zu setzen hat, sollte es auch dort niemandem stören, wenn musikalisch die Tübingen ins 21. Jahrhundert nicht aufstoßen werden. Noch zählt ja auch das gute alte Handwerk.

Die von Hans Zauner mit Mitgliedern des ORF-Orchesters geleitete Aufführung verrät ersten Pfiff. Eine Gruppe junger, bestens studierter Sänger wirft sich in die Schlacht, wobei die Koloratursopranistin Priti Colles besonders auffällt. Das Stück von der zerbrochenen Beziehungen, von der Ohnmacht des Dialogs und von der Farce der Kleinbürgerlichkeit hat Angela Zabara abwechslungsreich inszeniert. Mit Filmaufnahmen illustrierte sie ein verknöchertes Gesellschaftsritual, wo die Hausgüter in komisch-abgründig dazwischenfahrend und wo ein Feuerwehmann dreimal an der Tür klingelt - um zu melden, daß es nicht brennt.

Wortreich und sich auch in Widersprüche verwickelnd, sprach sich Ionesco gegen diese Regie aus. Po-chend auf seinem Grundsatz, das Absurde sei immer tragisch, auch wenn es komisch dargestellt ist, verurteilte er den spröden Ernst sowie die Gags dieser Aufführung. Zu Unrecht, wie sich herausstellte. Offenbar kennt Ionesco nicht das Inszenierungsniveau der Wiener Staatsoper, sonst hätte er geschwiegen.



Bilder, die den Charakter zeitlicher Schnappschüsse besitzen: "Die Damen im Speisecsal" (1895), aus der Tübinger Ausstellung

bis zum malerischen Zugriff genau im richtigen Moment.

Und doch werden sie mit keinem Strich zur Karikatur, sie verletzen nie. Lautrecs Figuren, die den malenden Betrachter ja scheinbar gar nicht zur Kenntnis nehmen, verströmen eine tiefe Ruhe, eine große Selbstsicherheit. Sie sind ganz offenbar mit der Welt, in der sie leben, und seien es wirklich die Quartiere um die Place Blanche herum, im reinen, kein erschreckter, ja angewidener Ausdruck auf dem Gesicht der Frauen, kaum einmal jenes geifernde Lächeln im Gesicht der Freier, wie es dann Dix und Grosz 30 Jahre später malen. Die soziale oder moralische Anklage ist Toulouse-Lautrec ganz fremd. Die Welt ist, wie sie ist, und sie hat ihre grotesken und ihre schönen Züge dabei. Mehr noch: Er hat die Welt, in der er lebte, mit den Augen eines Weisen gesehen. Er hat etwas begriffen vom Leben, und dieses Begreifen durchdringt seine Bilder.

Das macht die Begegnung mit Toulouse-Lautrecs Bildern so aufregend,

nicht die kunsthistorischen Verbindungen, die man zu Degas und Manet vor ihm, zu Picasso nach ihm spannen könnte. Das besorgt zwar der exzellente Katalog auch, aber bloß nach zeichnerischen Kriterien kommt Toulouse-Lautrec eben doch nicht sehr weit über seine Zeit hinaus. Man kann seinen sparsamen und hintergründigen Strich rühmend, das Picasso bewunderte und den man oft erst beim zweiten Hinsehen bemerkt. Aber der Bildaufbau oder sparsame Gebrauch von Pastellkreiden auf getöntem und grobem Karton, das ist doch alles sehr der Konvention von Manet oder Degas.

Eine Zeitlang begegnen sich die Bilder Degas und Toulouse-Lautrecs unmittelbar. Als Sproß eines der ältesten Adelsgeschlechter Frankreichs waren die Jagd zu Pferde und Falknerei von Kindheit an vertraute Vergnügungen für den Maler. An Bildern von Pferden auf der Jagd wie auf dem Sattelplatz fehlt es denn auch nicht im Œuvre Toulouse-Lautrecs. Aber während bei Degas Dynamik und

Energie aus den Pferdebildern sprechen, zeigt schon der junge Toulouse-Lautrec die lässige Einstellung des bloßen Zuschauers.

Zum Zuschauen war er verdammt, seit er im Kindesalter zum Krüppel geworden war: Erbschäden aus Jahrhundertelanger familiärer Inzucht wirkten sich aus. Er hat nie für seinen Lebensunterhalt malen müssen; das Familienvermögen ließ ihm reichlich zu. Er konnte also malen nach der eigenen Verantwortung und leben in ruhmloser Malnisigkeit. Wenn er sich nicht im Absicht eroffen hätte, sondern blieb im Rotspon von den neidischen Gütern, dann hätte er wohl ein paar Jahre mehr der Zeugnishaft ablegen können. Die Bilder von 1901, seinem letzten Lebensjahr, sind schon schwer, ungelinkt, dumpf. Nun nicht mehr die unbestechliche Schilderung seiner Umwelt, sondern verräterisches Zeugnis seines eigenen Untergangs (bis 15. März, Katalog 39 Mark, im Buchhandel, Dumont-Verlag, 86 Mark als gebundene Ausgabe).

REINHARD BEUTH

Wien zeigt Ionescos „Kahle Sängerin“ als Oper

Schnattriger Belcanto

Die höheren Weihen für den Komponisten kamen als Vorschub: Ionescos Oper geworden ist. La cantatrice calva, die sich kaum eine Pointe der italienischen Übertragung entgehen läßt. So findet in Wien die Aufführung auch in der sogenannten Originalsprache statt: anschließend gastiert die Produktion, zusammen mit der bereits früher produzierten "4-Ton-Oper" von Tom Johnson, bei einem Einakter-Festival in Arezzo. Da Chailly ein alter Fuchs ist, der ganz genau weiß, wo er die Punkte zu setzen hat, sollte es auch dort niemandem stören, wenn musikalisch die Tübingen ins 21. Jahrhundert nicht aufstoßen werden. Noch zählt ja auch das gute alte Handwerk.

Die von Hans Zauner mit Mitgliedern des ORF-Orchesters geleitete Aufführung verrät ersten Pfiff. Eine Gruppe junger, bestens studierter Sänger wirft sich in die Schlacht, wobei die Koloratursopranistin Priti Colles besonders auffällt. Das Stück von der zerbrochenen Beziehungen, von der Ohnmacht des Dialogs und von der Farce der Kleinbürgerlichkeit hat Angela Zabara abwechslungsreich inszeniert. Mit Filmaufnahmen illustrierte sie ein verknöchertes Gesellschaftsritual, wo die Hausgüter in komisch-abgründig dazwischenfahrend und wo ein Feuerwehmann dreimal an der Tür klingelt - um zu melden, daß es nicht brennt.

Wortreich und sich auch in Widersprüche verwickelnd, sprach sich Ionesco gegen diese Regie aus. Po-chend auf seinem Grundsatz, das Absurde sei immer tragisch, auch wenn es komisch dargestellt ist, verurteilte er den spröden Ernst sowie die Gags dieser Aufführung. Zu Unrecht, wie sich herausstellte. Offenbar kennt Ionesco nicht das Inszenierungsniveau der Wiener Staatsoper, sonst hätte er geschwiegen.

Drei Ausstellungen über neue Wege der Keramik

Die Kunst der Nuance

Zwischen Gefäß und Objekt, dem nützlichen und dem autonomen Werk also, bewegen sich scheinbar die Möglichkeiten der keramischen Kunst. Das legen zwei Ausstellungen nahe: "Europäische Keramik der Gegenwart" im Keramik Frechen und "Deutsche Keramik 1950-1980" im Düsseldorfer Hetjens-Museum. In Düsseldorf wird eine Auswahl aus der Sammlung Dr. Vehringer gezeigt, der ganz offensichtlich die Gefäßkeramik bevorzugt. In Frechen dagegen entsteht der Eindruck, daß die zeitgenössischen Keramiker die Plastik bevorzugen, während Schalen, Vasen, Töpfe allenfalls am Rande erscheinen. Die nützlichen Künste beschränken sich hier auf keramische Platten, die allerdings eher als Einzelstücke denn als Teil einer Wandgestaltung komponiert wurden.

Das Objekt nimmt in der Töpferei eine zwiespältige Stellung ein. Der Weg zum Nippes, der seit der Antike mit den Tanagra-Figuren bis zu den Hummelfiguren heute seine eigene Tradition hat, ist leicht beschritten, während nur wenige den steilen Pfad, den Kandier, Meyer und andere Modellmeister in Meißel und den übrigen Manufakturen erklimmen, für begehrenswert halten. Es ist die Gestaltungsfreiheit der Bildhauerei, der Keramikkünstler nachzueifern. Ihr Vorteil gegenüber Arbeiten in Stein, Metall oder Holz ist die besondere Oberflächenstruktur des gebrannten Tones, der zusätzlich durch die Glasur gefärbt werden kann. Carlo Zauli,

Rita Ternes, Philippe Lambercy führen das in Frechen vor. Aber es gibt auch eine Gefäßführung bei plastischen Arbeiten in Ton.

Das Spekulieren auf ein ansehnliches Zufallsergebnis beim Brand und eine inakquate Bunttheit gehören dazu. Dem unterliegen besonders die Franzosen, wie die Wander-Ausstellung "Terre de France" über Aspekte zeitgenössischer Keramik in Frankreich führt. Die nach Hohl-Grenzhäusen nun von Mitte November an im belgischen Hasselt zu sehen ist. Die Farblichkeit der Objekte von Gilbert Portantier (auch in Frechen) entstammt einer malerischen Zutat, die den Eigenarten der Keramik nicht entspricht. Allerdings demonstriert Pierre Bayle in dieser Auswahl mit streng geformten und brillant glasierten Gefäßen, die manchmal wie aus Holz gedreht sind, wie auch die französischen Töpfer die keramischen Tugenden beherrschen.

Bei den keramischen Objekten verschwimmt die Grenze zwischen Klein- und Großplastik. Das zeigen die französischen Beispiele wie die Auswahl in Frechen. In der Gefäßkeramik erfordert Größe dagegen noch immer eine besondere handwerkliche Kunstfertigkeit. Alex Ebbuzzi-Siesby führt das mit ihren dünnwandigen großen Schüsseln vor. In Düsseldorf bestimmen dagegen vorwiegend kleinere Stücke das Bild, allerdings in einer bemerkenswerten Vielfalt der Formen und Glasuren.

Von Rolf Overberg, der in Frechen "Schrifttafeln", keramische Platten mit Ornamenten meist aktiver Buchstabenfolgen zeigt, sind in Düsseldorf frühe Flaschen und Vasen zu sehen. Auch Johannes Gebhardt ist inzwischen den Weg vom Gefäß seinen Blütenkelchen aus Porzellan (in Düsseldorf) zu Miniatur-Monumenten aus unglasiertem Steinzeug wie aus Ziegelsteinen aufgetaut (in Frechen) gegangen, während Anja Brügmann-Breckwoldt, die mit eigenartigen Kleinsplastiken, Kombinationen von Obst und Tüchern begann, sich nun Vasen mit geometrischen Formen und Dekoren zugewandt hat.

Die drei Ausstellungen bieten eine reiche, anregende, vielfach schöne Auswahl von Beispielen. Und zugleich machen sie deutlich, daß die Keramik eine leise Kunst der Nuance ist, für den lauten Kunstmarkt der Aktualitäten kaum geeignet.

PETER DITTMAR



Elldauerischer Gestaltungsfreiheit nachempfunden: "Niké" (1986) von C. Gebhardt in Frechen. FOTO: KATALOG

JOURNAL

Dresdner Regisseur bleibt im Westen

Zu Köln. Der bisher am Staatstheater Dresden angestellte Regisseur Dietrich Drescher, ein Schüler von Monty Wedekind und Wolfgang Hübner, ist nach einer Gastinszenierung in Köln, wo er "Das wirkliche Leben des Jakob Gellert" von Bertolt Brecht ins. WELT vom 11. 10. inszenierte, im Westen geblieben. Auch der Schauspieler Matthias Günther, zuletzt in Ost-Berlin tätig, ist nicht in die DDR zurückgekehrt. Beide haben inzwischen am Schauspiel Köln mit den Proben zu Shakespeares "Maß für Maß" begonnen.

Leben in Nordamerika vor rund 10 000 Jahren

AP, Fresno. In der Sierra Nevada, rund 250 Kilometer nördlich von San Francisco, sind Spuren einer Besiedlung entdeckt worden, die sich auf mindestens 9750 Jahre v. Chr. datieren läßt und damit als die älteste Nordamerikas gilt. Die Datierung, so heißt es, sei durch Holzkohle einer Feuerstelle ermöglicht worden, die sich auf dem Lehmbohlen einer ehemaligen drei Meter langen ovalförmigen Behausung fand. Die bisher älteste Spur einer menschlichen Behausung in Nordamerika war in Hell's Gap, ein US-Staat, Wyoming entdeckt und auf ein Alter von 9000 Jahren geschätzt worden.

Der Arbeitsplatz des Bergmanns

DW, Bochum. Den "Weg zur Vollkommenerung" schildert der zweite Band der Reihe "Der Arbeitsplatz des Bergmanns in historischen Bildern und Dokumenten", die vom Deutschen Bergbau-Museum in Bochum herausgegeben wird. Evelyn Kroker schildert darin die Entwicklung des Ruhrbergbaus vom Zweiten Weltkrieg bis zur Neugründung 1965. In einem Anhang werden die Stollungsdaten der Schachtanlagen, Erleichterungen und Kolkereien sowie größere Grubenunfälle aufgelistet. Der Band kostet 55,50 Mark.

Französische Filme weniger beliebt

AFT, Paris. Amerikanische Kinofilme sind in Frankreich auf dem Vormarsch. In der Publikumsstatistik haben sie in den ersten sechs Monaten dieses Jahres Produkte aus dem eigenen Land um Längen geschlagen. Das zeigt eine Statistik, die das Centre national de la cinématographie veröffentlicht hat. Danach verzeichneten französische Filme ein Minus von 13,17 Prozent, amerikanische Produktionen dagegen ein Plus von 18,17 Prozent. Der Anteil von französischen und amerikanischen Filmen betrug 39 zu 46 Prozent.

Die Plattenhülle wird zum Kunstwerk

APF, Nürnberg. Rund 1500 Plattenhüllen von 1940 bis zur Gegenwart präsentieren eine Ausstellung, die ein Miniatur-Luxushotel am 15. und 16. November präsentiert. Dabei werden nicht nur Cover gezeigt, die sich durch ihre hervorragende künstlerische Gestaltung auszeichnen, sondern auch Plattenhüllen, die besonders typisch einen bestimmten Zeitalterschmack widerspiegeln.

Artur London †

SAD, Paris. Der tschechische Schriftsteller Artur London ist im Alter von 71 Jahren gestorben. London, der vor allem durch sein Buch "Das Götterdämmerung" bekannt wurde, trat bereits mit 14 Jahren der Kommunistischen Jugend bei, flüchtete 1945 nach Moskau und kämpfte während des spanischen Bürgerkriegs in der Internationalen Brigaden. Von 1940-1942 leitete er die Auslandsorganisation der französischen KP. 1942 wurde London nach Mexiko deportiert. Nach der Machtübernahme der Kommunisten in der Tschechoslowakei 1948 ernannte man ihn zum stellvertretenden Außenminister. Zwei Jahre später wurde er verhaftet, in dem berühmten Slansky-Prozess zum Tode verurteilt und 1955 wurde er rehabilitiert. Seit 1963 lebte er in Frankreich.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Was hat der Nase im Bett auf der grünen Wiese vor einer mondulichenen Flußlandschaft zu suchen? Die Antwort ist einfach: Er ist des Rätsels Lösung. Für "Das Buch der hundert Rätsel" hat Monika Beisner nicht nur hübsche alte Rätsel zusammengetragen, sie hat dazu auch ein Dutzend ganzseitiger bunter Bilder von surrealistischem Reiz gemalt, in denen jeweils die Lösungen mehrerer Rätsel verflochten sind. Ein sehr vergnüglicher Rate- und Guck-Buch. P. J. Monika Beisner: Das Buch der hundert Rätsel, Insel, 50 S., 10 Mark.

Fehlalarm: Viele flüchteten in die Keller

PETER W. FISCHER, Köln

Angst und Unruhe verbreiteten sich am Samstag morgen in den Regierungsbezirken Köln und Düsseldorf, als um 8.30 Uhr etwa 5000 Sirenen aufhüllten. Sie verbreiteten einen einmütigen auf- und abschwellenden Dauerton. Ein Mitarbeiter des Wärmes 5 in Linnich im Kreis Düren hatte im Rahmen einer bundesweiten Wärmes 5-Übung „Natec 86“ den Alarm versehentlich ausgelöst.

Etwa eine Stunde lang waren daraufhin die Telefonleitungen der Polizei und Feuerwehren in den beiden Regierungsbezirken durch Hunderttausende von Anrufen besorgter Bürger blockiert. Das gesamte Telefonnetz der Polizei brach vorübergehend zusammen, berichtete ein Sprecher des Innenministeriums.

Viele brachten den Sirenenalarm in Zusammenhang mit der Giftwelle im Rhein. Bürger in zahlreichen rheinischen Städten und Dörfern ließen ihre Badewannen volllaufen, weil sie annahmen, daß ihnen eine Verknappung von Trinkwasser bevorstehe. In Neuss kaufte ein besorgter Autofahrer gleich eine ganze Wagenladung Mineralwasser. In Düsseldorf stürzte ein aufgeregter Kunde in einen Friseursalon, wo Kunden gerade die Haare gewaschen wurden. Der Mann rief: „Sofort aufhören – es ist alles vergiftet!“

Ältere Bürger glaubten, ein Krieg sei ausgebrochen

In Köln flüchteten nach Polizeiangaben zahlreiche Bürger und die Schüler einer größeren Schule nach dem Fehlalarm in die Keller. Bei der Polizei riefen auch Soldaten und etliche Offiziere an, die offensichtlich einen militärischen Angriff befürchteten. Sie hatten jedoch ihre eigenen Dienststellen telefonisch nicht erreichen können.

Viele ältere Bürger glaubten, ein Krieg sei ausgebrochen. Nur mit Mühe konnten Polizei und Feuerwehr manche tief verängstigte Anrufer beruhigen. „Sie haben ja noch keinen Krieg mitgemacht“, hörten die jüngeren Besanten häufig am Telefon.

Nur den wenigsten war bekannt, was das fälschlich ausgelöstete Sirenenalarm in Friedenszeiten eigentlich bedeutet: Es fordert die Bürger auf, sofort ihr Radiogerät einzuschalten. Der Westdeutsche Rundfunk verbreitete dann um neun Uhr die Nachricht, daß es sich um einen Fehlalarm gehandelt hatte. Als diese Meldung dann als erste verlesen wurde, wandten sich die meisten wieder beruhigt ihrem Frühstück oder der Morgenzeitung zu. (dpa)



Großes Defilee der Mannequins im Theater des Westens: Brautkleider aus elf Pariser Haute-Couture-Häusern

FOTOS: JOCHEN CLAUS

Berlin ist wieder en vogue

RUTH HABER, Berlin

„Berlin en vogue“ – ein Motto mit doppelseitiger Bedeutung. Das Modejournal „Vogue“ hatte die Anregung gegeben zu einem Gala-Abend in der Stadt, die als Mode- und Kulturzentrum international wieder en vogue ist. Zur Wohltätigkeitsveranstaltung zugunsten von „Care“ entsandte die Pariser Haute Couture elf ihrer namhaftesten Häuser an die Spree. Im Theater des Westens präsentierten sie am Samstag ihre aktuellen Wintermodelle. Eine solche Gemeinschaftsschau der großen Couturiers hat es noch nie gegeben, auch nicht in Paris.

Die Haute Couture als Symbol für Luxus, Eleganz und Schönheit kreiert Mode mit Hilfe von Handwerkskunst, die ohne sie zum Aussterben verurteilt wäre. Frankreich hat es verstanden, aus dieser Couture-Tradition ein Exportgut hohen Ranges zu entwickeln. Berlin als traditionelles Zentrum der Konfektion versteht es ebenfalls, mit Mode hohe Exportquoten zu erzielen. Die Pariser Haute Couture gibt Maßstäbe vor, das Ideal Berlin sortiert mit einem industriellen System für die Verbreitung von Mode als Konsumgut.

Vor nunmehr 150 Jahren erfanden Berliner Unternehmer die Konfektion, die Mode von

der Stange. Diese Idee machte Revolution. Mode verbreitete sich heute ohne Sprachbarriere und schnell mittels Medien. Mode trägt den Zeitgeist über alle Landesgrenzen. Gewiß, die Exklusivität der Haute Couture ist nicht reproduzierbar, sie bleibt wenigen vorbehalten, begeistert aber viele mit ihrer Perfektion.

Darum gelang es in Berlin, dieser kulturreichen Stadt, eine Sternstunde in Sachen Luxus und Schönheit zu gestalten. Die elf beteiligten Pariser Haute Couture-Häuser Balmain, Chanel, Christian Dior, Givenchy, Jean Paul Gaultier, Grès, Guy Laroche, Hanae Mori, Jean Patou, Jean Louis Scherrer, Lanvin, Louis Feraud, Nina Ricci und Philippe Venet zeigten 180 Modelle, meist Abendkleider im Wert von 50 000 bis 100 000 Mark pro Modell. Der Pariser Juwelier Cartier ergänzte mit Perlen im Wert von Millionen die Schau der schönen Roben. Am Tag zuvor hatte Cartier in Anwesenheit seines Präsidenten Alain D. Perrin in Berlin eine Filiale eröffnet. In den Vitrinen waren die zwölf Sets für das Finale der Modenschau zu bewundern, das teuerste Stück für rund fünf Millionen Mark.

Choreograph Olivier Massart setzte mit Video und Lasereffekten die Schau der Superlative in

Szene. Ein musikalisches Intermezzo mit dem französischen Violinisten Raphael Oleg, Preisträger der Tschalkowsky-Ausschreibung 1986, beschloß das Ereignis und leitete musikalisch zum Empfang im Charlottenburger Schloß über.

Nun wurde es rein politisch beim Empfang in den historischen Räumen durch den Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen und den französischen Botschafter in Bonn, Serge Boidevaux. Sie hatten gemeinsam an der Wohltätigkeitsgala teilgenommen und das Motto „Berlin en vogue“ akzeptiert. 360 hochkarätige Gäste begaben sich nach

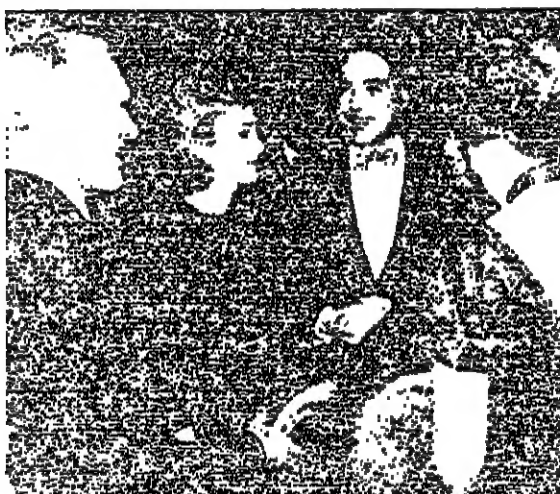
dem Empfang zum Galadiner in die Orangerie. Der Erlös von Eintrittspreisen (100 Mark der Theaterplatz, 1000 Mark das Dinner) und Spenden gingen an die Hilfsorganisation „Care Deutschland“. Als Kuratoriumsmitglied der „Care“-Organisation nahm Außenminister Hans-Dietrich Genscher den symbolischen Scheck durch einen Notar in Empfang.

Die Berliner haben zu „Care“ bekanntlich eine besondere Beziehung. Nach dem Krieg und während der Blockade bildeten „Care“-Pakete für viele die einzige Hoffnung aufs Überleben. Heute danken wir mit Spenden, die wiederum anderen helfen können. Unter den hohen Gästen aus Politik, Wirtschaft und Kultur sah man den amerikanischen Botschafter Burt mit Gattin

Gale. Frau Friede Springer, den Prinzen Poniatowski, Direktor der „Vogue“ Paris, Jacques Mouchier von der Pariser Haute Couture-Vereinigung, Direktor Gilles Dufour von Studio Chanel überbrachte Grüße von Karl Lagerfeld. Aus Berlin die Designer Reimer Claussen und Sandra Pabst, Sponsoren aus Industrie, Banken und Versicherungswesen. Die hohen Ränge der Militärs gaben mit ihren Uniformen dem festlichen Bild farbige Akzente.



Im Charlottenburger Schloß: Friede Springer und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher



Aus Paris: Donice Dubois vom Syndicate Haute Couture (l.) und Gilles Dufour von Chanel

WETTER: Meist trocken und mild

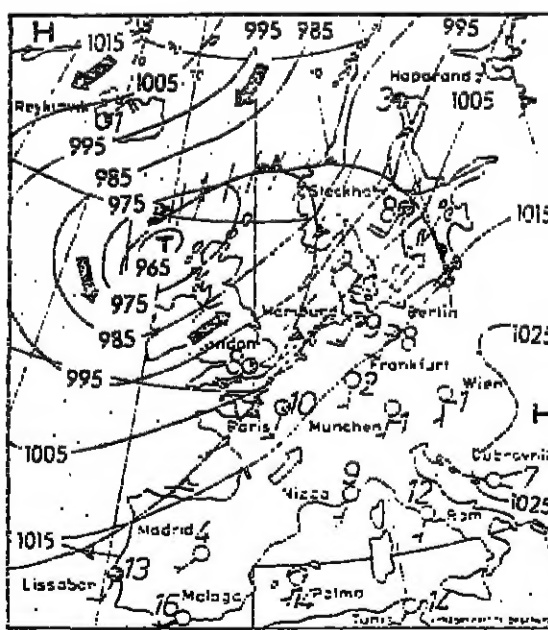
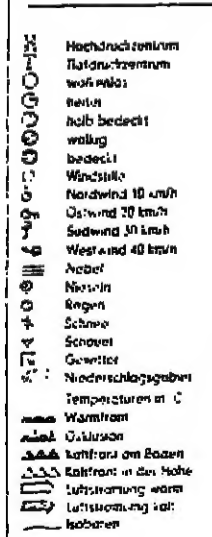
Lage: Zwischen hohem Druck über dem Balkan und einem Tief bei Schottland wird milde Meeresluft nach Deutschland geführt. Eingelagerte Tiefdruckgebiete streifen dabei den Nordwesten.

Vorhersage für Montag: Im Norden nur gelegentlich auflockernde Bewölkung und zeitweise leichter Regen. Höchsttemperaturen 11 bis 14, nachts + bis 8 Grad. Frischer Wind aus Süd bis Südwest. In der Mitte

und im Süden gebietsweise Nebel, sonst sonnig und trocken. Höchsttemperaturen 10 bis 14 Grad, in Nebelgebieten um 5 Grad. Nachts Abkühlung auf + bis null Grad. Schwacher bis mäßiger Wind aus Süd.

Weitere Aussichten: Wenig Änderung. Sonnenaufgang am Dienstag: 7.32 Uhr. Untergang: 16.40 Uhr. Mond: 15.03 Uhr. Untergang: 1.26 Uhr (MEZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 10. Nov., 2 Uhr



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Sonntag, 13. Uhr (MEZ):

Deutschland:		Grad Celsius	Wetter	Grad Celsius	Wetter	Grad Celsius	Wetter	
Berlin	6	bc	München	9	bc	Frankfurt	10	bc
Bonn	6	bc	Düsseldorf	8	bc	Köln	7	bc
Bremen	7	bc	Hamburg	8	bc	Stuttgart	9	bc
Darmstadt	8	bc	Regensburg	9	bc	Wien	10	bc
Dresden	7	bc	Salzburg	8	bc	Zürich	9	bc
Düsseldorf	8	bc	Stuttgart	9	bc	Basel	10	bc
Frankfurt	9	bc	Wien	10	bc	Madrid	11	bc
Hamburg	8	bc	Zürich	9	bc	Lissabon	12	bc
Köln	7	bc	Basel	10	bc	Paris	11	bc
Regensburg	9	bc	Madrid	11	bc	Brüssel	10	bc
Salzburg	8	bc	Lissabon	12	bc	Amsterdam	11	bc
Stuttgart	9	bc	Paris	11	bc	Brüssel	10	bc
Wien	10	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Zürich	9	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Basel	10	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Madrid	11	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Lissabon	12	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Paris	11	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc
Brüssel	10	bc	Amsterdam	11	bc	Brüssel	10	bc
Amsterdam								